

AIB

D 7426 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 5/Mai 1985

16. Jahrgang

DM 2,50

Aufbegehrendes Südafrika



Libanon: Besatzung und Widerstand

Sudan • El Salvador • Chile • Pazifik

Inhalt

Kommentar: US-„Friedens“-Initiative zu Nikaragua?	3
Südafrika Aufstand in den Vorstädten	4
Sudan Numeiris Ende - Neuanfang für den Sudan Daten	6 8
Pazifik ANZUS-Pakt vor dem Ende?	10
Chile Die Salvadorisierung Chiles Grundsatzprogramm der MDP	12 14
LIBANON-SONDERTEIL Nahost-Solidarität ist alles andere als exotisch! Israels Libanonpolitik der „Eisernen Faust“ Daten Plattform der Nationalen Demokratischen Front des Libanon Die FRNL - Avantgarde des Volkswiderstands Interview mit A. Hosen (Amal) Das Beispiel Libanon Schlußfolgerungen der 3. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission Politische Gefangene Das Massaker von Zrariyeh Besatzerwillkür gegen die Palästinenser Was jüdische Antifaschisten so betroffen macht Material- und Aktionsspiegel	16 18 19 20 22 23 24 29 31 32 34 36 37
Uruguay Generalamnestie in Uruguay	39
El Salvador Gespräch mit C. Martinez (FMLN)	40
USA Reagan greift den „Terrorismus“ an (II) Trumpf-As Special Forces Nikaraguanische „Contras“ - Reagan's Vorzeigeterroristen	42 43 44
Kultur Morengafilm: nebulöse Kolonialgewalt	46
Rezension Die Dritte Welt als „globales Problem“	47
Lesermeinungen, Standpunkte	48
BRD-Infodienst	49
Kurzinformationen Iran-Irak, Namibia, Französische Kolonien, Honduras, Brasilien, Peru, Bolivien, Mexiko, Indien, Kam-puchea	50



Sudan

S. 6

Nach tagelangen Streiks gegen die vom IMF diktierten Subventionsstreichungen hat die sudanesische Militärführung das Numeiri-Regime gestürzt. Hat der Militär-rat reale Zugeständnisse an die Volksbewegung gemacht? Oder soll alles beim Alten bleiben?

Wir beleuchten die Hintergründe des Putsches und die Politik der neuen Macht-haber.



Libanon

S. 15

Israels (teil)abrückende Besatzungstrup-pen heizen mit einer Politik der „Eisernen Faust“ den innerlibanesischen Konflikt-stoff an. Trotz der schwelenden Regie-rungskrise zeigt sich der Volkswiderstand zur vollständigen Befreiung des Südens un-gebrochen.

Wir schätzen die Lage ein und präsentieren den Widerstand. Und wir dokumentieren die Erkenntnisse, die eine internationale Untersuchungskommission Ende März d.J. in Bonn über Israels Besatzerpraktiken zusammentrug.



El Salvador

S. 40

Der Ausgang der Märzahlen 1985 in El Salvador löste Verwunderung aus. Die Christdemokratie unter Präsident Duarte errang die absolute Mehrheit über die ge-einte Ultrarechte. Doch nur 50% der wahl-berechtigten Salvadorianer gingen zu den Urnen.

Über die Hintergründe und Konsequenzen sprachen wir mit Carlos Martinez, Unter-grundkämpfer der Befreiungsfront FMLN.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diede-richts, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistoflidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Wer-ning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, J. Becker, G. Blank, H. Merkelbach, I. Utz, U. Wöhrmann
Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbe-dingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwi-schenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenan-gabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren ge-stattet.

Titel: Proteste gegen Rassistenterror in Kwanobuhle

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** mindestens zweimal im Jahr in Abständen von höchstens 6 Monaten beigelegt.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förder-abos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppel-heft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 18. April 1985

Anzeigen: DFG-VK, EPK, FORUM entwicklungspoliti-scher Aktionsgruppen, links, Päd. extra, Plambeck & Co., Jugendpolitische Blätter, Weltkreisverlag

Fotonachweis: G. Blank, W. Brönnner, FRNL, FMLN/FDR, AIB-Archiv, ADN

US-„Friedens“-Initiative zu Nicaragua?



Die Regierungen in „Gottes eigenem Land“, begehen die christlichen Feiertage auf ihre Weise: Erreichte die Völkermordpolitik der USA in Vietnam mit den Weihnachtbombardements 1972 einen Höhepunkt, so nahm Reagan in diesem Jahr mit einem sog. „Friedensvorschlag“ „im Geist der Osterwoche“ einen erneuten Anlauf, die Finanzierung des schmutzigen Kriegs der „Contras“ in Nicaragua zu sichern.

Der Reagan-Plan vom 4. April d.J. entsprach im wesentlichen dem Aufruf der „Contras“ vom Februar d.J.: Waffenstillstand, Gespräche durch Vermittlung der Kirche und international überwachte Wahlen.

Verbunden war der Vorschlag mit einer Aufforderung an den US-Kongreß, die beantragten 14 Mio Dollar zur Unterstützung der „Contras“ freizugeben.

Um dem Kongreß die Zustimmung etwas schmackhafter zu machen, sollte das Geld während einer 60tägigen Verhandlungsfrist nicht für Waffen und Munition, sondern für Lebensmittel, Kleidung und Medikamente ausgegeben werden. Ließen sich die Sandinistas auf dieses „Friedensangebot“ nicht ein, würden die Beschränkungen wieder aufgehoben.

Dabei ging es Reagan weniger um die Summe von 14 Mio Dollar (weitaus größere Beträge erreichen die „Contras“ über andere Kanäle) als vielmehr um die politische Legitimierung der militärischen Beseitigung der sandinistischen Revolution.

Wie schon den „Contra“-Vorschlag haben die Sandinistas auch dieses Ultimatum abgelehnt. Einem Waffenstillstand würden sie nur unter der Bedingung zustimmen, daß jegliche US-Hilfe an die „Contras“ eingestellt wird.

Sie forderten die Wiederaufnahme der Gespräche mit den eigentlichen Betreibern dieses Krieges, der Reagan-Administration, die die bisherigen bilateralen Gespräche in Manzanillo (Mexiko) im

Januar d.J. abgebrochen hatte. Außenminister d'Escoto: „Es hat keinen Sinn, mit Söldnern zu sprechen... Sie können nichts entscheiden. Das ist Reagans Krieg. Er kann ihn beenden.“

Nun zielte aber Reagans „Friedensplan“ weniger auf die Beendigung des Krieges in Nicaragua als vielmehr auf die Umstimmung des bis dahin widerwilligen US-Kongresses und der Öffentlichkeit. Denn obwohl nach Grenada das Vietnam-Trauma endlich überwunden schien, ist die Bevölkerung der USA mehrheitlich nicht bereit, Reagans Kriegskurs in Mittelamerika zu folgen. Bei einer Umfrage sprachen sich 70% der US-Amerikaner gegen ein Eingreifen der USA zum Sturz der Sandinistas aus. 200.000 demonstrierten am 20.4.1985 gegen Washingtons Mittelamerika- und Südafrikapolitik.

Um aber eine der „größten moralischen Herausforderungen der Nachkriegsgeschichte“ anzunehmen, wurde von Reagan und seinen Gefolgsleuten in bewährter Kalte-Kriegs-Manier eine riesige Propagandaschlacht gegen Nicaragua entfacht.

„Vorbereitung für den Krieg“

So erklärte Reagan in seiner wöchentlichen Rundfunkansprache am 20. April d.J., in den nikaraguanischen Kampfzonen stünde sowjetisches Militärpersonal bereit und eine Ablehnung seiner Forderungen im Kongreß gäbe der sowjetisch unterstützten Aggression grünes Licht.

Die durch die „Contra“-Überfälle notwendig gewordene Umsiedlung der Bauern von der honduranisch-nikaraguanischen Grenze ins Landesinnere verglich Reagan mit „stalinistischen Gulag-Deportationen“.

Dagegen wurden die Terroranschläge der zu „Freiheitskämpfern“ hochgejubelten „Contras“ gegen die Zivilbevölkerung auf eine Stufe mit dem antikolonialen Befreiungskampf Simon Bolivars oder dem antifaschistischen Widerstand der französischen Resistance gestellt.

Im Kampf gegen die „kommunistische Tyrannei“ ist halt jede Peinlichkeit erlaubt. Und daß die Sandinistas in Wirklichkeit Marxisten sind, konnte Vizepräsident George Bush sogar beweisen: Hatten sie doch eine Briefmarke mit dem Porträt von Karl Marx in Umlauf gebracht.

Doch ebensowenig wie diese Kampagne, durch die sich einige Demokraten an die Kommunistenhatz der McCarthy-Zeit erinnert fühlten, konnte Reagans „Frie-

densplan“ die Abgeordneten umstimmen.

Angesichts dieser ablehnenden Haltung in den USA überraschten die zustimmenden Meldungen aus aller Welt, die das Weiße Haus verbreiten ließ. Nach Aussage Reagans habe selbst der Papst ihm geschrieben, daß er seine Mittelamerikapolitik unterstütze. Dies klang zwar nicht unwahrscheinlich, wurde jedoch prompt von der päpstlichen Nuntiatursdementiert.

Auch die anfängliche Zustimmung einiger lateinamerikanischer Staaten, vor allem aus der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien, Venezuela), relativierte sich bald. Daß Reagan überhaupt von Dialog und Waffenstillstand sprach, wurde begrüßt, insgesamt lehnten sie den Plan jedoch ab.

Deshalb mußte der US-Sonderbeauftragte für Mittelamerika, Harry Shlaudeman, wieder einmal zu den Contadora-Verhandlungen vom 11./12. April 1985 nach Panama eilen, um sie auf US-Kurs einzuschwören.

Doch dieser Versuch scheiterte, denn über Reagans „Friedensvorschlag“ wurde nicht verhandelt. Der panamesische Präsident Nicolás Ardito Barletta erklärte, daß die Contadora-Gruppe nach den „Prinzipien des internationalen Rechts handelt, unter denen das der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines jeden Landes grundlegend ist“. Auch der kolumbianische Präsident Belisario Betancur mußte nach Kenntnisnahme einiger Einzelheiten des „Friedensplans“ seine Meinung ändern. Hatte er ihn zuerst als einen „positiven Schritt“ begrüßt, so bezeichnete er ihn nach einer Unterredung mit US-Außenminister Shultz nicht mehr als einen „Friedensvorschlag, sondern als eine Vorbereitung für den Krieg“.

Diese Auffassung schien auch die Mehrheit des Repräsentantenhauses zu teilen, das am 23.4.1985 mit 248:180 Stimmen gegen Reagans 14-Mio-Dollar-Forderung stimmte. Lediglich im Senat kam es aufgrund der Zugeständnisse Reagans, das Geld in jedem Fall für „humanitäre Zwecke“ zu verwenden und direkte Verhandlungen mit Nicaragua aufzunehmen, zu einer knappen Mehrheit für den Präsidenten.

Damit mußte Reagan erstmals seit seiner Wiederwahl in einer außenpolitischen Frage eine deutliche Niederlage im Kongreß einstecken.

Statt Nicaragua in die Isolation zu treiben, mußte die Reagan-Administration einsehen, daß ihrer Aggressionspolitik national wie international Grenzen gesetzt sind.

Ute Kampmann

Joachim Becker/Marianne Kolter

Aufstand in den Vorstädten

Genau 25 Jahre nach dem Sharpeville-Massaker, bei dem 69 unbewaffnete Schwarze von der Polizei ermordet wurden, erschossen die südafrikanischen Sicherheitskräfte am 21. März d.J. mehr als 40 Menschen. Sie nahmen an einem Trauermarsch in der schwarzen Township (Vorstadt) Langa in der Kap-Provinz teil.

Die Regierung hatte den zunächst erlaubten Trauermarsch verboten, als ihr die Bedeutung des Jahrestages des Sharpeville-Massakers von 1960 auffiel. Den 4.000 Teilnehmern war das Verbot allerdings nicht mehr „rechtzeitig“ mitgeteilt worden.

Der Mord an mehr als 40 Menschen ist seit 1960 einer der gravierendsten Vorfälle in den Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften des Rassistenregimes und der schwarzen Bevölkerung des Landes. Aufgrund des Drucks innerhalb und außerhalb Südafrikas wurde eine Untersuchungskommission gebildet, die das Vorgehen der Polizei beurteilen soll.

Infolge der Brutalität der Vorfälle kam es zu zahlreichen internationalen Protesten. Staaten wie Großbritannien, Frankreich, Schweden, China und selbst US-Außenminister Shultz verurteilten die südafrikanische Regierung. Ronald

Reagan jedoch brachte es auch diesmal nicht zu einer Verurteilung, sondern er beschuldigte „ein Element in Südafrika, das keine friedliche Einigung will, sondern Gewalt in den Straßen“. Die Bundesregierung äußerte lediglich „schwere Betroffenheit“.¹

Dieser Vorfall in Langa bei Uitenhage ist nur das krasseste Beispiel für das Vorgehen der Sicherheitskräfte in den Auseinandersetzungen der letzten Monate. Die Zeitschrift Newsweek meldete Ende April d.J., daß seit August letzten Jahres mehr als 300 Schwarze getötet worden seien.² Die wahre Zahl ist wohl noch höher anzusetzen.

Massaker beim Trauermarsch

Doch trotz des Einsatzes von Tränengas, Gummiknüppeln, Schrot und Hartgummigeschossen, trotz der Verhaftungen und Hausdurchsuchungen gelang es der Regierung Botha bis heute nicht, die Unruhen in den Townships zu beenden. Sie hatten im Rahmen der Wahlboykottkampagne zu dem neuen Dreikammernparlament vom August 1984 begonnen. Seit Anfang 1985 kommt es vor allem in der östlichen Kap-Provinz und um Johannesburg, in den schwarzen Vor-

städten Grahamstown, Port Elizabeth und Uitenhage fast täglich zu neuen Auseinandersetzungen. Erstmals in der Geschichte des Landes wurde deshalb der Regeleinsatz der Armee bei innenpolitischen Auseinandersetzungen gestattet. Die Bewohner von Crossroads (nahe Kapstadt), einer illegalen Siedlung mit fast 100.000 Menschen, verbarrikadierten sich Mitte Februar d.J. drei Tage lang gegen die südafrikanische Polizei, die ihre Zwangsumsiedlung in die „ordentliche“, von den Weißen errichtete Zeltstadt Khayelitsha erzwingen wollte.

Auch gegen das Massaker in Uitenhage organisierte die Widerstandsbewegung am 26. März d.J. eine bisher einmalige Aktion, einen Marsch auf das Parlament. Dort sollte eine Petition mit Forderungen nach Verhandlungen und Abzug der Polizei aus den schwarzen Vorstädten übergeben werden.

Trotz ihres absolut friedlichen Verhaltens wurden 239 Demonstranten verhaftet, darunter Allan Boesak, Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen, Beyers Naudé, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats und die Präsidentin der Bürgerrechtsorganisation Black Sash (Schwarze Schärpe), Sheena Duncan. Sie wurden zwar in den folgenden Tagen entlassen, müssen aber voraus-

Schwarze fliehen vor der Rassistenpolizei in Crossroads



sichtlich im Juni d.J. vor Gericht.

Ein wichtiges Kennzeichen der gegenwärtigen Unruhen in den Vorstädten ist, neben den Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, die faktische Absetzung der von der Regierung eingesetzten sog. „Bantu-Verwaltungen“, der schwarzen Stadträte (vgl. AIB 11/1984, S. 15).

Mehrere von ihnen traten aufgrund des Drucks der Massenbewegung zurück. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hatte bereits im November 1984, im Anschluß an den Generalstreik in Transvaal, dazu aufgerufen, die Apartheidinstitutionen wirkungslos zu machen.

Diese Erfolge konnte nur erreicht werden durch die im Rahmen der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) erwirkte Vereinheitlichung des Widerstands und die breite Organisation der Massen. Dies geschah sowohl in ihrer beruflichen oder schulischen Sphäre als auch durch den Aufbau einer Infrastruktur des Widerstands auch in den Wohngebieten der Schwarzen.

So wurde es möglich, daß sich in den Townships Parallelaktionen zu Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen durchführen lassen.

Ein Beispiel hierfür ist etwa der Warenboykott gegen bestreikte Firmen, den lokale Komitees organisieren. Dies ermöglicht auch das flexible Einsetzen zahlreicher weiterer Aktionsformen, die unter dem Stichwort ziviler Ungehorsam gefaßt werden können, wie z.B. Busboykotte, Zahlungsverweigerungen bei Mietserhöhungen usw.

„Diese 'Grassroots'-Bewegung ist in dem Moment zu einem nicht nur lokalen, sondern nationalen Machtfaktor geworden, als es ihr gelang, die Vielfalt der unter-



Die Repressionskräfte machen rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch (l.); A. Boesak kurz vor seiner Verhaftung beim Protestmarsch gegen das Massaker von Uitenhage

schiedlichen Ansätze unter einem Dach zu vereinen.“³

Auf diese Stärkung des Widerstands und die dabei maßgebliche Rolle der UDF reagierte Pretoria mit sattsam bekannten Mitteln: Terror, Verhaftungen und teilweise Illegalisierung (hierunter fallen z.B. Versammlungsverbote).

Gegenwärtig ist nahezu die gesamte Führung der UDF inhaftiert. Am 29. März d.J. begann in Pietermaritzburg gegen sechs führende Mitglieder der UDF, die Präsidentin Albertina Sisulu, den Schatzmeister Cassim Saloojee, den Vizepräsidenten in Transvaal, Reverend Frank Chikane und andere ein Prozeß wegen Hochverrats.

Ihnen drohen entweder lebenslängliche

Haft oder gar die Todesstrafe. „Das Ziel des Hochverratsprozesses ist es ..., die UDF zu zerschlagen, was bedeuten würde, daß es die Regierung dann nur noch mit kleineren und schwächeren Organisationen zu tun hätte.“⁴

Dieser Prozeß, dessen Dauer auf mehr als 1 Jahr angesetzt ist, wird vom südafrikanischen Widerstand und der internationalen Öffentlichkeit verglichen mit den Hochverratsprozessen gegen Nelson Mandela und weitere führende ANC-Mitglieder von 1964. Ihnen hat die südafrikanische Regierung inzwischen die Freilassung angeboten unter der Bedingung, daß sie dem bewaffneten Kampf abschwören. Diese Forderung wurde jedoch von Nelson Mandela zurückgewiesen (siehe: AIB 4/1985, S.12).

Zur Strategie der teilweisen Illegalisierung gehört auch das am 28. März d.J. von Staatspräsident Botha verkündete Versammlungsverbot in 18 Distrikten am Eastern Cape und in Johannesburg gegen die UDF und 28 weitere Organisationen.

Beyers Naudé kommentierte: „Eine Verzweiflungstat der Regierung.“⁵ Für die UDF ist dieser Schritt die „Erklärung des regionalen Notstands“.⁶

Von dem Versammlungsverbot sind u.a. auch Schüler- und Studentenorganisationen, z.B. der Kongress Südafrikanischer Studenten (Cosas), die Azanische Studentenorganisation (AZASO) und die Bewegung Schwarzer Studenten (BSM) betroffen. Denn die Schüler- und Studentenorganisationen spielen eine zentrale Rolle im Widerstand der Vorstädte. Ihre Kämpfe sind dort besonders stark, wo sie im Zusammenhang mit anderen sozialen Kämpfen geführt werden. Wenn sich auch das organisierte Vorgehen gezielt gegen Mißstände im Ausbildungs-

Kampagne „Freiheit für Nelson Mandela“

Die Forderung nach der bedingungslosen Freilassung Nelson Mandelas, des seit 1962 inhaftierten und 1964 zu lebenslänglicher Haft verurteilten Führers des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas, unterstützten im ersten Quartal 1985 1/2 Mio Menschen in aller Welt mit ihrer Unterschrift, mit der Umbenennung von Straßen, Plätzen usw.

So überreichte der anglikanische Erzbischof Trevor Huddleston, Präsident der britischen Anti-Apartheid-Bewegung, am 11.10.1984 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine internationale Petition mit einer 1/2 Mio Unterschriften, die die Freilassung Mandelas fordert. Am 12. März d.J. votierte der UN-Sicherheitsrat in einer Resolution für die Freilassung Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen.

Die bundesdeutsche Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) startete im März d.J. eine Unterschriftenkampagne, die im Mai d.J. in einer Anzeige in der Frankfurter Rundschau ver-

öffentlicht werden soll. Das AIB wird im Juni d.J. eine Postkartenaktion für die Freilassung Nelson Mandelas starten.

Die AAB hat auf ihrer Mitgliederversammlung vom 19.-21. April d.J. beschlossen, die Solidarität mit den politischen Gefangenen, vor allem mit Mandela, zu einem Aktionsschwerpunkt zu machen. Nähere Informationen bei: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.



Farbiges Poster (DIN A4), erhältlich beim Solidaritätsshop 3. Welt für 6 DM

sektor wendet, so sehen sich doch Cosas und AZASO als Teil der großen Widerstandsbewegung gegen das Apartheidregime. Und sie bemühen sich um Kontakte zu anderen sozialen Kräften, insbesondere zur Arbeiterbewegung. Das Aktionsniveau ist deutlich höher als in Soweto 1976. 1984 wurden über 1.000 Schüler, Studenten und Lehrer verhaftet, von denen noch über 200 in Haft sind.

Eine ganz zentrale Rolle spielen auch die Gewerkschaften. 1984 fanden 350 Streiks statt, darunter der Generalstreik in Transvaal und der Streik von 40.000 Bergarbeitern in den Goldminen im November 1984. Damit lag die Zahl der Streiks dreimal so hoch wie 1982. Und das trotz einer verschärften Wirtschaftskrise.

Sie finden statt vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit – etwa 2 Mio Arbeitslose, was einer Arbeitslosenquote von 20% entspricht – Massenentlassungen (vor allem in der um Port Elizabeth konzentrierten Automobilindustrie), einer Inflationsrate von 20% und Erhöhungen der Verkaufssteuer (die sich seit August 1984 verdoppelt hat). Aufgrund der stärksten Wirtschaftskrise seit über 50 Jahren verschärft das Kapital, insbesondere auch die Multis, seine Gangart.

Diese härtere Strategie und die massive Verschlechterung der Lebensbedingungen haben Arbeiter und Gewerkschaften radikalisiert. Die Gewerkschaften verbesserten ihre Organisation in den letzten Jahren stark. In vielen Betrieben sind sie inzwischen eine effektive Kampforganisation. Die traditionell erhebliche Zersplitterung ist aufgrund von Vereinigungen zu neuen, größeren Verbänden und

den Vereinigungsgesprächen seit Anfang der 80er Jahre bereits ansatzweise aufgehoben.

Innerhalb der gewerkschaftlichen Diskussion ist derzeit das Verhältnis zu den „Community“-Organisationen ein wichtiger Punkt. Ein Teil der Gewerkschaften, darunter die große Gewerkschaftsföderation FOSATU, sind nicht Teil der Bürgerrechtsorganisationen und geben dem Aufbau einer einheitlichen, starken Gewerkschaftsföderation den Vorrang. Aber auch für sie stellt sich nur noch die Frage, wie die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft aussehen soll.

Auch solche Gewerkschaften beteiligten sich am Generalstreik in Transvaal im November 1984. Ian Bisell von der FOSATU: „Minister in der Regierung haben kürzlich die Gewerkschaften wiederholt ermahnt, sich von der politischen Bühne fernzuhalten. Das ist jedoch unannehmbar, besonders im südafrikanischen Kontext...“⁷

Die „Reformpolitik“ des Regimes hat sich als Fehlschlag erwiesen. „Ich denke, die andere Seite ist heute in größeren Schwierigkeiten, wirtschaftlich und politisch, als sie es jemals in ihrer Geschichte gewesen ist,“⁸ sagt Joe Slovo, Stabschef des militärischen Flügels des ANC, Umkhonto we Sizwe.

Er spricht sich auch für verstärkte militärische Aktionen aus, betont aber, daß politische Aktionen wie Streiks, Boykotte und Demonstrationen von gleicher oder sogar größerer Wichtigkeit seien.

Slovo kündigt an, daß Angriffe auf Polizei und Militär verstärkt würden. Ähnlich äußerte sich auch der Präsident des ANC, Oliver Tambo, zum bewaffneten Kampf in einem kürzlich erschienenen Interview.⁹

Die konservative Zeitschrift U.S. News & World Report sieht Grund zur Beunruhigung: „Große Teile des Landes könnten schwierig zu regieren werden. Beunruhigender ist, daß der verbotene Afrikanische Nationalkongreß gerade warnte, daß weiße Zivilisten und multinationale Unternehmen Ziele eines breiteren Guerillakrieges werden könnten.“¹⁰

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 23./24.3.1985
- 2) Vgl. Newsweek (NW), New York, 29.4.1985
- 3) Informationsdienst Südliches Afrika (issa), Nr. 2, März/April 1984, S.9
- 4) Financial Times, London, 20.2.1985
- 5) NW, 8.4.1985
- 6) IHT, 30./31.3.1985
- 7) issa, ebenda, S. 26
- 8) Guardian, London, 10.2.1985
- 9) New Statesman, London, 25.1.1985
- 10) U.S. News & World Report, New York, 8.4.1985



Demonstration in Khartoum gegen die Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln

Lothar A Numeiri Neuanfang für

Nach tagelangen Massendemonstrationen, die ihren Höhepunkt in einem Generalstreik fanden, stürzte die Armee unter Führung ihres Oberbefehlshabers, General Hassan Abdul-Rahman Suwwar edh-Dhahab, am 6.4.1985 Präsident Gaafar Numeiri. Numeiri weilte zu diesem Zeitpunkt auf der Rückreise von den USA in Kairo. Etwas mehr als 1 Monat später hätte er, der bislang immerhin an die 20 Putschversuche überstanden hatte, sein 16jähriges Dienstjubiläum feiern können.

Die Situation seines Landes hätte freilich für eine solche Feier wenig Veranlassung gegeben. In der Tat befindet sich der Sudan in seiner bisher wohl tiefsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise.

Dank seiner strategischen Lage erfreut sich der Sudan seit langem der besonderen Aufmerksamkeit solcher potenter Geldgeber wie der Staaten der Arabischen Halbinsel und der USA. Das Land grenzt an acht Staaten, darunter so wichtige wie Ägypten, Libyen und Äthiopien, kontrolliert einen Teil der Küste des Roten Meeres und liegt relativ nahe an den Ölfeldern des Golfs.

So haben die USA den Sudan zum Hauptempfänger ihrer Wirtschaftshilfe in Schwarzafrika gemacht. Dies geschah im Ausgleich dafür, daß Numeiri praktisch als einziger arabischer Staatsmann das ägyptisch-israelische Separatabkommen von Camp David (1978) unterstütz-



„Sie werden uns nie alle töten“



Einrich s Ende - den Sudan?

te, daß er kaum eine Gelegenheit vorübergehen ließ, um den USA Propagandamunition gegen deren Buhmann Ghaddafi zur Verfügung zu stellen, und daß er ihnen vor allem die Einrichtung von Militärbasen für ihre auf das Golfgebiet zielende Schnelle Eingreiftruppe (RDF) ermöglichte.

Die „Großzügigkeit“ der USA und der arabischen Geldgeber hat jedoch eine Entwicklung gefördert, die einen wesentlichen Anteil am wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes hat. Der Sudan wurde auf Großprojekte im Bereich landwirtschaftlicher Exportkulturen festgelegt, während im Rahmen einer arabischen „Arbeitsteilung“ der industrielle Sektor völlig vernachlässigt wurde.

Die damit einhergehenden strukturellen Disproportionen, Korruption und Mißwirtschaft und die Dürre der letzten Jahre, die inzwischen auch den Sudan voll erreicht hat, haben die mit dieser Option verbundenen Hoffnungen zu Staub werden lassen.

Die Hungersnot und das politische Chaos in verschiedenen Nachbarländern haben schon seit vielen Jahren eine inzwischen in die Hunderttausende gehende Zahl von Flüchtlingen in den Sudan getrieben. Das Übergreifen der Dürre auf den Sudan selbst hat dazu geführt, daß heute bereits 5-7 Mio der 22 Mio Sudanesen hungern. Diese Zahl könnte sich bis zum Sommer d.J. auf 50% der Bevölkerung ausdehnen. UNO-Experten bezeichnen die

Situation des Landes heute als kritischer als die in Äthiopien vor dem Eintreffen der internationalen Hilfeleistungen.

Zur Verschärfung der Krise hat außerdem die seit geraumer Zeit zu beobachtende Zurückhaltung der arabischen Geldgeber geführt. Sie sind selbst wegen des Verfalls der Erdölpreise nicht mehr so liquide wie in früheren Jahren und betrachteten darüber hinaus auch die politischen Maßnahmen Numeiris mit wachsendem Mißtrauen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn der Sudan eine Rekordauslandsschuld von 9 Mrd Dollar hat. Kurz vor seinem Sturz hatten die USA Numeiri die Auszahlung von 67 Mio Dollar für dieses Jahr zugesagt. Das war deutlich weniger als die Hälfte der 180 Mio Dollar, die Washington im vergangenen Dezember blockiert hatte, um Numeiri zu einer innenpolitischen Kursänderung zu zwingen.

Selbst wenn die USA dem neuen Regime die gesamte für dieses Jahr vorgesehene Hilfe von 266 Mio Dollar auszahlen würden, würde das nicht einmal ausreichen, um nur die Zinsen der Auslandsschulden zu begleichen.

Die Demonstrationen und Streiks, die zum Militärputsch geführt haben, waren unmittelbar durch die Entscheidung des Numeiri-Regimes ausgelöst worden, den bekannten Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) nach Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel nachzukommen.

Es ist zweifellos in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung, die Numeiri zu den im Laufe seiner Herrschaft immer bizarrer werdenden politischen Winkelzügen veranlaßt hatte. Auch das neue Militärregime sowie die von diesem in Aussicht gestellte Zivilregierung werden mit dieser schwierigen Situation konfrontiert sein.

Stolperstein IMF

Als Numeiri am 25. Mai 1969 zusammen mit anderen Offizieren der mittleren und unteren Ränge die damalige rechte Zivilregierung stürzte, geschah das vor dem Hintergrund einer zugespitzten Wirtschaftskrise.

Hinzu kam, daß die traditionellen Rechtsparteien für das Jahresende die Einführung einer islamischen Verfassung geplant hatten, die u.a. jegliche Hoffnung auf eine Beendigung des Sezessionskrieges im christlich-animistischen Südsudan hinfällig gemacht hätte. Wie der libysche Oberst Ghaddafi sah Numeiri damals sein Vorbild im ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser.

Sein Putsch wurde von der Bevölkerung breit unterstützt, nicht zuletzt auch von der Sudanesischen Kommunistischen

Partei (SCP), der stärksten des Kontinents. Die Opposition kam von rechts, von den feudalen Elementen der Mahdiya-Bewegung und den von Israel und dem CIA unterstützten südsudanesischen Sezessionisten.

Nach einem Attentatsversuch im März 1970 zerschlug er die Mahdiya durch die Bombardierung ihrer Basis auf der Insel Aba militärisch und verstaatlichte bald darauf ihren Großgrundbesitz am Weißen Nil. Kurz danach verstaatlichte er ausländische Banken und Firmen, um die mit diesen verbundene wirtschaftliche Macht der traditionellen Parteien zu brechen.

Diese Maßnahmen und die Einbeziehung einzelner Kommunisten — nicht der SCP! — in die neue Regierung sowie die guten politischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern waren für den Imperialismus ausreichender Grund, in ihm einen gefährlichen Radikalen zu sehen.

Die Westmächte verhinderten deshalb durch entsprechende Waffenlieferungen an die südsudanesischen Anyanya-Bewegung, daß diese das im Juni 1969 von Numeiri gemachte Angebot einer regionalen Autonomie annahm und stellten praktisch jede Wirtschaftshilfe ein. Die sozialistischen Länder konnten oder wollten das nicht ausgleichen.

Die Zeitschrift MERIP Reports (Washington, April 1976) schrieb in diesem Zusammenhang: „Die Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft von der Baumwoll-Monokultur und die daraus resultierenden Ungleichgewichtigkeiten und fehlende Möglichkeit der Kapitalschöpfung waren logische Ergebnisse der kolonialen Politik Großbritanniens. Die Unterentwicklung des Sudan war in seine Muster sozialer Beziehungen und Klassenfragmente strukturiert. Numeiri war vor die Wahl gestellt entweder mit dem internationalen Monopolkapital zu dessen Bedingungen (Rückgängigmachung der Verstaatlichungen, Garantie für die Repatriierung von Profiten usw.) zu kooperieren, oder die Bindungen des Sudan mit diesem Kapital abzubrechen.“

Diese Option hätte jedoch seine politische Basis (Armeec, mittlere Beamten-schaft, städtischer Handel, Mittelbauern) beschädigt und eine wirkliche Verbindung mit und Mobilisierung der ländlichen und städtischen Massen verlangt, um aus dem nachkolonialen Muster der wirtschaftlichen Beziehungen auszubrechen und eine grundlegende Neustrukturierung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen des Sudan zu erreichen. Dazu waren Numeiri und seine politische Basis weder ideologisch noch wirtschaftlich bereit.“

Die logische Folge war die Rechtsentwicklung des Regimes.

Sie fand ihren ersten dramatischen Aus-

Sudan - Daten



Territorium: 2.505.813 qkm (10fache Fläche der BRD)

Bevölkerung: 20,2 Mio (Mitte 1982); ethnische Hauptgruppen: Sudanaraber 40%, Niloten und Hamitoniloten 30%, Nubier 10%
Hauptstadt: Khartoum; 561.000 Einwohner (1980; mit Vororten 1,6 Mio)

Religion: Moslems 70% (verschiedene Sekten), Anhänger von Naturreligionen 28%, Christen 2%

Sprache: Amtssprache ist Arabisch; außerdem Englisch und Sprachen der verschiedenen ethnischen Gruppen

Währung: Sudanesisches Pfund; 1 Sudanesisches Pfund = 1,30 DM (13.2.1985)

Wirtschaft und Soziales: Das Bruttoinlandsprodukt betrug 1982 440 Dollar pro Kopf. Struktur des Bruttoinlandsprodukts: Landwirtschaft 36%, Industrie 14%, Dienstleistungen 50%.

Wichtigste Exportgüter sind Baumwolle (50%), Erdnüsse (20%) und Sesam (9%). Wichtigste Handelspartner sind die EG, USA und Japan.

Die Außenverschuldung beträgt 9 Mrd Dollar, die Inflationsrate durchschnittlich 15,2% (1970-82), die Analphabetenrate 80% und die Lebenserwartung 47 Jahre.

Geschichte:

- 1820 Beginn der türkisch-ägyptischen Herrschaft
- 1899 Der Sudan wird britische Kolonie
- 1956 Unabhängigkeitserklärung am 1. Januar
- 1958 Machtantritt rechter Militärs
- 1963 Beginn des bewaffneten Kampfes der separatistischen Anyanya-Bewegung im Süden
- 1964 Die Militärdiktatur wird durch einen Generalstreik gestürzt
- 1969 Nach mehreren Regierungswechseln wird das zivile Regime durch junge Offiziere unter Gaafar el-Numeiri gestürzt.
- 1971 Linke Offiziere übernehmen am 20. Juli die Macht. Mit Unterstützung Ägyptens und Libyens kann Numeiri nach 2 Tagen einen erfolgreichen Gegenputsch durchführen.
- 1972 Ein Abkommen über eine Autonomie für den Süden beendet den Bürgerkrieg
- 1983 Die Sudanesische Volksbefreiungsbewegung (SPLM) nimmt im Süden den bewaffneten Kampf auf, nachdem Numeiri die islamische Schari'a-Gesetzgebung einführt und die Südregion in drei Provinzen teilt
- 1985 Nach Generalstreik Sturz Numeiris durch die Militärführung

druck, als Numeiri 1971 die SCP und die von ihr geführte Gewerkschaftsbewegung blutig niederschlug, nachdem zuvor linke Offiziere versucht hatten, die ab 1970 zu beobachtende Rechtswende durch einen Putsch zu stoppen. Der Machtantritt Sadats in Ägypten und die nicht zuletzt auf Ödollars basierende Stärkung der arabischen Rechten überhaupt forcierten diese Entwicklung in den folgenden Jahren.

Auf dieser Basis gelang es ihm mit dem Abkommen vom März 1972 auch den Konflikt im Südsudan fürs erste zu beenden und danach verstärkt Wirtschaftshilfe zu bekommen.

Die Stabilisierung seines Regimes blieb jedoch kurzfristig. Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage begann sich die rechte und linke Opposition erneut zu formieren.

Ohne ein Konzept zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme mußte Numeiri sich zunehmend rein politischer Tricks bedienen.

Zu diesen gehörte die demagogische Islamisierung von Ende 1983 und das Bündnis mit dem im Land traditionell einflusslosen Moslembrüdern. Darüber trachtete er speziell seine Beziehungen zu Saudi Arabien, dem wichtigsten Geldgeber dieser fundamentalistischen Partei, zu intensivieren.

Islamisierung stieß auf Widerstand

Dieses Bündnis und die besonders barbarische Vollstreckung der auf dem islamischen Recht (Schari'a) beruhenden Strafen sowie die negativen Auswirkungen des islamischen Zins- und Wucherverbotes auf die internationalen Wirtschaftsinteressen im Sudan, brachten es mit sich, daß die Kämpfe im nichtislamischen Süden diesmal unter Führung der nichtsecessionistischen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) erneut aufflammten und praktisch den gesamten Südsudan der Regierungskontrolle entzogen. Die traditionellen Verbündeten, die USA, Ägypten und bei pielsweise Kuwait, begannen deshalb außerdem Abstand von Numeiri zu nehmen.

Diese Art der Islamisierung erfreute sich auch bei der sozialen Basis von Numeiri, speziell bei der zwar schon mehrfach „gesäuberten“ Armee und bei Polizei und Geheimdienst, alles andere als großer Sympathie. Als das allzu offensichtlich wurde, begann Numeiri, von den USA dazu ganz besonders ermutigt, sich von den Moslembrüdern schrittweise abzusetzen.

Im Dezember 1984 ließ er Sadiq al-Mahdi, den Führer der reformistischen Fraktion der Mahdisten (traditionelle moslemische Bewegung, die die Islami-

sierungspolitik Numeiris ablehnte) und 24 seiner führenden Anhänger frei. Etwa gleichzeitig begann er mit der Rehabilitierung verschiedener Repräsentanten der nichtkommunistischen „linken“ Offiziere, die Numeiri im Mai 1969 unterstützt hatten.

Am 3.3.1985 verkündete er einen einseitigen Waffenstillstand im Süden. Am 10. März schließlich ließ er die gesamte Führung der Moslembruderschaft verhaften. Am 18. Januar d.J. hatte er jedoch noch den 76jährigen Führer der liberalen islamischen Republikanischen Brüder, Mohammad Taha, als Gotteslästerer hängen lassen.

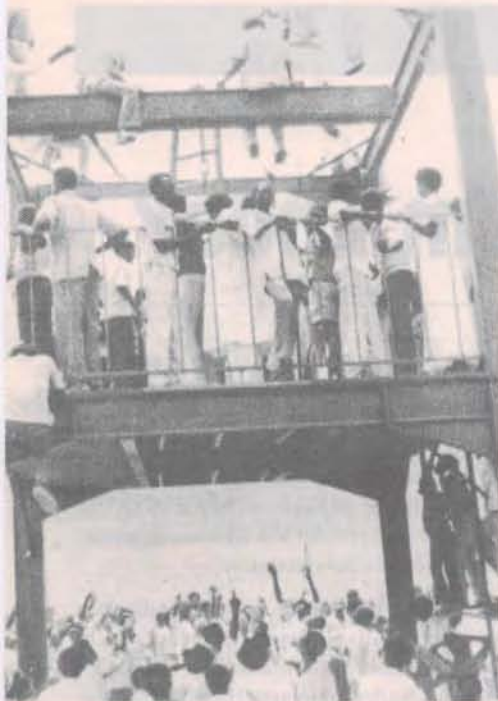
All diese Maßnahmen waren jedoch zu spät. Sie hatten vor allem nicht das Gewicht, der Bevölkerung die Durchsetzung des IMF-Hungerprogramms schmackhaft zu machen.

Das sudanesische Volk hat zweifellos keinen Grund, Numeiri hinterherzweifen. Zugleich deutet jedoch nichts darauf hin, daß das neue Regime, dessen Chef ein hoher Karriereoffizier und Mitglied der traditionell proägyptischen und die Interessen des Handelskapitals zum Ausdruck bringenden Khatmiya-Bruderschaft ist, in der zentralen Frage, der der Wirtschaft, einen anderen Weg gehen könnte als Numeiri. Wenn es das nicht kann, werden auch ihm zur Machterhaltung schließlich nur die brutale Repression und allerhand demagogische Maßnahmen übrigbleiben.

Das Militär konnte zu diesem Zeitpunkt die Macht übernehmen, weil die zivile Opposition dazu aufgrund ihrer mangelnden Einheit kräftemäßig nicht in der Lage war, und aufgrund ihrer sozialen Zusammensetzung auch inhaltlich nicht. Gleichzeitig ist es keineswegs auszuschließen, daß die Militärführung die Macht übernommen hat, sei es auf eigene Rechnung oder nach einem entsprechenden Hinweis aus Washington oder Kairo, um einer in der sich zuspitzenden sozialen Situation des Landes durchaus vorstellbare Umgruppierung innerhalb der Opposition zugunsten sozialrevolutionärer Kräfte vorzuzukommen.

Widerstandskämpfer im nichtmoslemischen Süden des Sudan





Am 11. April d. J. versammelte sich eine jubelnde Menge unter den Galgen des Kober-Gefängnisses nach der Freilassung Tausender Gefangener

Die bisherigen Maßnahmen des Putschregimes scheinen denn auch diese Einschätzung zunehmend zu bestätigen. Der Militärerrat, der ausnahmslos aus höheren Offizieren besteht, hat die politischen Gefangenen freigelassen und dafür eine Reihe führender Vertreter des Numeiri-Regimes ins Gefängnis gesteckt sowie Presse- und Vereinigungsfreiheit versprochen.

Schließlich haben die Militärs, wenn auch erst mehrere Tage nach dem Umsturz und auf Druck der Parteien, Gewerkschafts- und Berufsverbände, die das Numeiri-Regime soeben in die Knie gezwungen hatten, eine Rückkehr zu einer gewählten Zivilregierung nach einer Übergangszeit von 1 Jahr angekündigt. Auf der anderen Seite sind die Gespräche, die vom Militärerrat mit den Vertretern der losen Front der Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbände, über die Bildung einer Übergangsregierung geführt wurden, am 14. April d.J. offenbar in eine Sackgasse geraten. Als Grund



wird die Weigerung des Militärrates genannt, Personen, die als links angesehen werden, zumal solche, die der SCP nahe stehen, in einer solchen Regierung zu dulden.

Das entspricht nicht nur voll der vom Militärerrat offiziell bekanntgegebenen Absicht, eine Außenpolitik weiterzuführen, deren Hauptlinie proimperialistisch ist, sondern vor allem auch der Unwilligkeit und sicher auch Unfähigkeit, ein Wirtschaftsprogramm vorzulegen, das sich qualitativ von dem Numeiris unterscheidet.

Nach Aussagen edh-Dahabs sollen die vom IMF diktierte Politik fortgesetzt und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Libyen und Äthiopien nur verbessert werden, um ihre angebliche Unterstützung für die SPLM zu beenden. Darüber hinaus will man die von Numeiri eingeführte Schari'a-Gesetzgebung beibehalten und nur ihre Auswüchse beenden.

Unter diesen Umständen ist auch nicht zu erkennen, wozu die Angebote zu einem Treffen mit dem Führer der SPLM, Oberst John Garang, führen sollen. Dieser hat das neue Regime bereits unmittelbar nach dem Putsch als einen Neuaufguß des Numeiri-Regimes bezeichnet und gefordert, daß es bis zum 16.4.1985 einer Zivilregierung Platz mache, und ansonsten jegliche Zusammenarbeit abgelehnt. Damit gebe er, so bezeichnenderweise der Militärerrat, nur wieder, was ihm „seine kommunistischen Lehrmeister vorschreiben“.

Kompromißlose SPLM

Die praktisch unterschiedlichen Positionen der SPLM und der Parteien und gesellschaftlichen Kräfte des Nordens weisen auf eines der zentralen Probleme der sudanesischen Opposition hin.

Die SPLM kann eine solche – wohl richtige – Position beziehen, da sie über eine schlagkräftige bewaffnete Macht verfügt. Die Parteien des Nordens hingegen, deren Spektrum von der SCP über Baathisten, Nasseristen bis zu den religiösen Rechtsparteien der mahdistischen Umma-Partei, der von der Khatmiya-Bruderschaft gegründeten Demokratischen Unionistischen Partei (PUP) und schließlich der Moslembruderschaft reicht, von denen bislang keine ein eindeutiges Übergewicht über alle anderen erlangen konnte, sind zwar in der Lage, durch Generalstreik und zivilen Ungehorsam ein Regime zu stürzen, nicht aber eine tragfähige Regierung zu bilden.

Sie konnten darüber hinaus in dieser Situation, mangels einer eigenen bewaffneten Macht, auch nicht verhindern, daß das Militär immer wieder die Früchte ihres Kampfes erntet.

päd.extra

Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik



hat nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch viele gewohnte und neue Seiten.

Alternative Bekanntmachungen

Das sind Mitteilungen außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich wie Theatergruppen, Hexenschulen oder Bildungsläden.

Autoren ins Klassenzimmer

In jedem Heft stellen sich ein oder zwei Autorinnen und Autoren vor, die in der Schule gern etwas vorlesen würden.

päd.extra's Preisrätsel

Unsere Hausaufgabe zwischen vielen Kreidestrichen. So nennen wir auf zwei Seiten unseren bildungspolitischen Monatsspiegel.

Praxismarkt

Leser und Leserinnen schreiben, welche Unterrichtsideen sie verwirklicht haben. Keine Unterrichtseinheiten, sondern vier Seiten zum Raustrennen und Abheften.

Markt

Vier, fünf, sechs Seiten prallvoll mit Terminen, Angeboten und Gesuchen. Hinten im Heft, wo viele zu lesen beginnen.

Außerdem in jedem Heft:

Kommentare, Berichte und Hintergründiges zu Freinet, Computern, Öko-Pädagogik, Legasthenie, Gewalt in der Schule und, und, und...

Probeheft gefällig zum Neu- oder Wiederentdecken?

päd.extra, Rotlintstr. 45 H, 6000 Frankfurt/Main 1,

Georg Diederichs

Der ANZUS-Pakt vor dem Ende?



Die neuseeländische Friedensbewegung hat Erfolg im Kampf gegen das Anlaufen der Häfen des Landes durch atomar bewaffnete Schiffe

Über 30 Segelschiffe, Motorjachten und Ruderboote versuchten Anfang März d.J. im Hafen von Sydney das Einlaufen der US-Zerstörer „John Young“ und „Buchanan“ zu verhindern.

Die spontane Blockade-Aktion überraschte selbst die australischen Friedensaktivisten von „Greenpeace“, von der Bewegung Volk für Atomare Abrüstung (PND) und der neu gegründeten Partei für Atomare Abrüstung (NDP), die zwar zu Protestaktionen zu Lande und zu Wasser aufgerufen, aber nicht mit einem solchen Aufgebot gerechnet hatten.

Der neuseeländische „Anti-Atom-Virus“ hat der australischen Friedensbewegung neuen Auftrieb gegeben. Darauf weisen sowohl die 6,8% Stimmenanteil der NDP bei den Parlamentswahlen im Dezember 1984 als auch die 250.000 hin, die am 30. März d.J. gegen die atomare Aufrüstung demonstrierten.

Ermutigt wurden sie durch den Beschluß der im Juli vergangenen Jahres neugewählten Labour-Regierung der Nachbarinsel Neuseeland, alle Häfen des Landes für Schiffe mit Atomwaffen an Bord oder Atomantrieb zu sperren. Daß es der neuseeländischen Regierung unter Premierminister David Lange damit ernst ist, mußte die Reagan-Administration Anfang d.J. erleben, als dem US-Zerstörer „Buchanan“ das Anlaufen neuseeländischer Häfen im Rahmen des für März d.J. geplanten Seekriegsmanövers „Sea Eagle“ verwehrt wurde.

Die USA sagten das Manöver daraufhin ab. Sie beschuldigen die neuseeländische Regierung seitdem, ihren militärischen Verpflichtungen im ANZUS-Bündnis zwischen Australien, Neuseeland und den USA nicht mehr nachkommen zu wollen.

Dieses Bündnis wurde seit seiner Gründung im Jahr 1951 von Australien und Neuseeland als Schutzschild gegen diverse „Gefahren“ aus dem Norden angesehen.

Für die USA war der Pakt jedoch kaum mehr, als eine psychologische Begleitmaßnahme zum Friedensschluß mit Japan. Die beiden kleineren Partner sahen in ihm hingegen „eine Garantie gegen



einen japanischen Angriff“. Während die USA Japan schon als Bündnispartner einkalkulierten, lebten Neuseeländer und Australier noch in den Ängsten des 2. Weltkrieges. Später, vor allem in den 60er Jahren, richtete sich der ANZUS-Pakt dann gegen die VR China und natürlich gegen die Sowjetunion.

Daß die USA den neuseeländischen Atomschiff-Bann heute derart ernst nehmen und über diplomatischen Druck sowie die Androhung von Handelsanktionen versuchen, die neuseeländische Regierung zur Zurücknahme zu zwingen, ist vor allem in der geostrategischen Bedeutung dieser Region begründet. Es muß darüber hinaus auch im Kontext der Bestrebungen für eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik gesehen werden.

Das weite Gebiet zwischen Hawaii, den Philippinen, Australien und Neuseeland hat nämlich für die USA in dreierlei Hinsicht militärische Bedeutung: als Testgebiet für Atomwaffen (siehe AIB 11-12/1984, S. 49ff.), als Aufmarschgebiet für die 7. US-Flotte und als Teil des weltweiten elektronischen Überwachungssystems der USA.

Atomares Aufmarschgebiet

Derzeit verfügen die USA über etwa 160 militärische Stützpunkte und Einrichtungen im Südpazifik.

Die hier operierende 7. US-Flotte stellt eine Armada von 43 U-Booten, 5 Flugzeugträgern und 65 Kampfschiffen dar, die nach Angaben des ehemaligen US-Admirals Gene LaRoque zu 70% atomar bewaffnet sind. Darüber hinaus planen die USA eine Flotte von weiteren 30 Trident-U-Booten, die zum Teil in dieser Region eingesetzt werden sollen.

Jedes dieser U-Boote wird mit 24 Trident-II-Raketen ausgerüstet sein, deren atomares Potential ausreicht, sämtliche Städte der Sowjetunion mit mehr als 100.000 Einwohnern auf einen Schlag zu vernichten. Außerdem rüsten die USA ihre Überwasserkampfschiffe im Pazifik und die strategischen B-52-Bomber mit Cruise Missiles aus.

Auf Neuseeland und Australien unterhalten die US-Streitkräfte wichtige Abhöreinrichtungen, Befehlsstellen sowie Stützpunkte für Orion-P-3-Flugzeuge,

die, ausgerüstet mit einer Wasserstoffbombe, gegnerische U-Boote bekämpfen sollen. Auf Neuseeland liefert die von den USA mitfinanzierte Sternwarte „Black Birch“ Daten für das „Stellar Inertial Guidance System“, einer Navigationshilfe für die Trident-Interkontinentalraketen.

Den Schießbefehl erhalten die Trident-U-Boote von der australischen US-Kommunikationszentrale „North West Cape“, wo sich das regionale Zentrum des Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssystems C³I befindet. Es koordiniert den Einsatz der strategischen B-52-Bomber sowie der land- und seegestützten Interkontinentalraketen. Eine weitere hochgeheime Computerzentrale, „Pine Gap“, ist ebenfalls auf australischem Boden stationiert.

Sie sammelt Daten von Aufklärungs- und Nachrichtensatelliten, die über der Sowjetunion spionieren, und leitet sie direkt in die USA weiter. Das Satellitensystem befähigt „Pine Gap“, sofort Alarm zu schlagen, falls sich irgendwo in der Sowjetunion ein Raketensilo öffnet.

Belastungsprobe für ANZUS

Angesichts dieser Fakten ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß die Reagan-Administration, neben den politisch-psychologischen Auswirkungen des neuseeländischen Beispiels auf andere Verbündete, auch die militärisch-strategischen Folgen des Atomschiff-Banns fürchten. Vor allem dann, wenn Australien gleichfalls „weich“ werden und die US-Flotte aus seinen Häfen verbannen sollte.

Doch Australiens Ministerpräsident Robert Hawke, dessen Australische Labour-Partei (ALP) aus den vorgezogenen Parlamentswahlen im Dezember 1984 erneut als klare Siegerin hervorging, verfolgt eher einen Zickzack-Kurs. Einerseits scheint Hawke bemüht, das von der früheren konservativen Regierung geprägte Vasallenverhältnis zu den USA zu lösen, was sich u.a. in der Absage an die USA ausdrückt, australisches Territorium zur Beobachtung von Testflügen der strategischen MX-Rakete zur Verfügung zu stellen. Andererseits beteiligte er sich am Washingtoner Druck auf Neuseelands Labour-Regierung.

So sagte Hawke das für Juli d.J. in Canberra geplante Treffen der Außenminister des ANZUS-Paktes ab, nachdem zuvor geführte Gespräche mit Neuseelands Regierungschef Lange diesen nicht „zur Vernunft“ gebracht hatten. Laut Hawke funktioniert im ANZUS-Pakt zur Zeit überhaupt nichts mehr. Die Absage des Außenministertreffens wurde in Washington ausdrücklich begrüßt.

Stellt sich die Frage, ob dies das Ende des ANZUS-Paktes bedeutet?

Premierminister Lange sagt nein. Die Sperrung neuseeländischer Häfen für US-Kriegsschiffe sei nicht gegen die USA und den ANZUS-Pakt gerichtet, sondern vielmehr Ausdruck der Ablehnung aller Atomwaffen. Auch die USA und Australien wollen – zumindest ihren Verlautbarungen nach – an dem Dreierbündnis festhalten.

Doch Langes Atomschiff-Bann, den nach jüngsten Meinungsumfragen ca 76% der Neuseeländer unterstützen, wird auch weiterhin für Konfliktstoff sorgen. So steht außer Frage, daß die Maßnahmen der neuseeländischen Regierung den Bestrebungen für eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik zusätzlichen Auftrieb gegeben haben.

Es sind dies Bestrebungen, die den Atomkriegsplänen Washingtons diametral entgegenstehen.

Für eine Änderung der neuseeländischen Position gibt es momentan eigentlich nur drei Möglichkeiten: Entweder gibt Lange aufgrund des jetzigen Drucks der USA nach, was angesichts der Stärke der neuseeländischen Friedensbewegung eher unwahrscheinlich ist, oder die USA verstärken ihre diplomatischen, publizistischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegen Neuseeland derart, daß große Teile der Bevölkerung umschwenken.

Schließlich könnten die USA einen konstitutionellen Coup wie 1975 in Australien inszenieren. Damals fand die Labour-Regierung unter Ministerpräsident Whitlam ein schnelles Ende, als in der ALP die Forderung nach Kontrolle über die elektronischen Einrichtungen der USA auf australischem Boden stärker wurde.

Seinerzeit mischte der CIA mit, als das nominelle Staatsoberhaupt, Generalgouverneur Kerr, aus seiner üblichen Rolle als zeremonieller Vertreter der britischen Königin ausbrach, Ministerpräsident Whitlam ausmanövrierte und zusammen mit dem damaligen Oppositionsführer Fraser Neuwahlen erzwang, die dann eine konservative Mehrheit er-

Gegenspieler R. Hawke, R. Reagan, D. Lange (v.l.n.r.)



Proteste gegen das Einlaufen des US-Zerstörers „Buchanan“ in den Hafen von Sydney (Australien)

brachten.

So wenig diese Möglichkeiten von der Hand zu weisen sind, muß allerdings auch gesehen werden, daß eine immer stärker werdende Friedensbewegung in dieser Region durchaus Chancen hat, solche Entwicklungen zu verhindern.

Daß es auch den USA nicht leicht fallen wird, mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen Neuseeland vorzugehen, zeigt sich u.a. in den Beschlüssen des Pazifischen Gewerkschaftsforums Anfang Oktober 1984 auf Fidschi. Auf Antrag des Präsidenten des neuseeländischen Gewerkschaftsverbandes, Jim Knox, haben nämlich die Vertreter von 12 pazifischen Gewerkschaftsverbänden beschlossen, im Falle solcher Handelssanktionen geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen.



Begräbnis von J. Parada und M. Guerrero, die am 29. März d. J. vom Geheimdienst entführt und anschließend ermordet wurden

Gunter Blank

Die Salvadorisierung Chiles

Als vor etwa 1 Jahr in Diskussionen mit chilenischen Freunden das erste Mal das Wort El Salvadorisierung fiel, hielt ich dies für eine Übertreibung und glaubte noch an einen schnellen Sturz der Diktatur.

Ein halbes Jahr später, das Wort fiel nun schon häufiger, stand es vor allem für die tiefer werdende Kluft der sozialen Gegensätze und der daraus resultierenden Festgefahrenheit der politischen Fronten, die Lösungen wie in Argentinien oder Uruguay ausschlossen.

Spätestens seit der Ermordung von José Manuel Parada, Manuel Guerrero und Santiago Natino hat das Wort einen weiteren unheimlichen Beiklang. Zwar ist die Ermordung von Regimegegnern in Chile durchaus an der Tagesordnung, erschreckend ist aber doch die Dreistigkeit mit der dies seit einigen Wochen geschieht.

Konnte man bisher noch davon ausgehen, daß die Verbrechen der Diktatur einem politischen Kalkül unterworfen waren, so läßt die jüngste Kette von Morden, der innerhalb eines Wochenendes sechs Personen zum Opfer fielen, darauf schließen, daß zumindest der Geheimdienst CNI die letzten Hemmungen hat fallenlassen.

Die Empörung quer durch alle Kreise der Opposition, einschließlich der Kirche,

die sich vor allem daran festmachte, daß eines der Opfer Mitarbeiter des Solidaritätsvikariats war, zwang selbst General Pinochet dazu, die Tat öffentlich als „abscheuliches Verbrechen“ zu verurteilen und eine offizielle Untersuchung einzuleiten. Ob diese zur Überführung der Schuldigen führen wird, darf angesichts der Erfahrungen in ähnlichen Fällen, etwa der Ermordung des Gewerkschaftsführers Tucapel Jimenez am 26.2.1982, bezweifelt werden.

CNI-Morde an Gewerkschaftern

Zwar fordert Luftwaffenchef Matthei eine ernsthafte Untersuchung der Vorfälle, aber dadurch hat er sich bisher nur den Unmut seiner Junta-Kollegen Merino und Mendoza zugezogen, die eine Aufklärung vermeiden wollen.

Auch die angesichts der starken Worte Pinochets entbrannten Spekulationen, ob die Täter nicht vielleicht doch in rechtsextremistischen oder gar links-extremistischen Kreisen zu suchen seien, entbehren jeder Grundlage.

Allenfalls kann darüber gestritten werden, ob die Täter auf eigene Faust und ohne das Wissen der Junta gehandelt haben. Wenn dem so ist, so zeigt dies jedoch lediglich, wer innerhalb des

Staatsapparats das Sagen hat.

Die Morde an den drei Kommunisten und den beiden Mitgliedern des Jugendverbands der Christlichen Linken (JJIC) passen durchaus in Pinochets Konzept vom Vernichtungsfeldzug gegen die Linke. Nachdem ihm der US-Staatssekretär für Lateinamerikaangelegenheiten, Langhorne A. Motley unlängst die Absolution erteilt hat (siehe: AIB 4/1985, S. 54), verwundert es nicht, wenn seine CNI-Schergen die neugewonnenen Freiheiten gleich weidlich nutzen.

Nach Lage der Indizien können nur noch notorische Lügner oder berufsunfähige Barhocker wie der Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Willy Otto Philipengracht, die Täter außerhalb des Staatsapparats vermuten.

Am Freitag den 29. März d.J. begleitete José Manuel Parada, Sohn des auch bei uns durch seine Neruda-Rolle in Skarmetas Film „Brennende Geduld“ bekanntgewordenen Schauspielers Roberto Parada, seine Tochter zum Colegio Latinoamericano, einer der beiden als links bekannten Oberschulen Santiagos. Während Parada sich noch mit dem Lehrer und Vizepräsidenten der Lehrergewerkschaft AGECH, Manuel Guerrero, unterhielt, näherten sich ihnen drei mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer

und zerrten sie in einen bereitstehenden Wagen, der keine Kennzeichen trug.

Leopoldo Munoz, ein Kollege Guerreros, der den beiden zur Hilfe eilen wollte, wurde mit einem Bauchschuß niedergestreckt.

Dies alles geschah kurz vor 8 Uhr morgens, während Dutzende Eltern ihre Kinder zur Schule brachten, unter den Augen der Polizei, die routinemäßig die allmorgendlich anfallenden Verkehrsbehinderungen zu beheben trachtete. Zu allem Überfluß kreiste auch noch ein Polizeihubschrauber über der Schule, der jedoch keine Anstalten machte, den im Verkehrsgewühl verschwindenden Wagen zu verfolgen.

Am Abend zuvor hatten bereits Unbekannte das Büro der AGECH überfallen und vier Personen verschleppt. Während die drei entführten Lehrer Samstagabend wieder freigelassen wurden, tauchte die Leiche des Malers Santiago Natino erst am Sonntag zusammen mit denen Paradass und Guerreros wieder auf. Alle drei wiesen schwere Folterspuren auf.

Gar nicht erst die Mühe einer Entführung machten sich die Mörder der beiden Brüder Rafael und Eduardo Vergara. Die beiden IC-Mitglieder – beide bereits einmal wegen ihrer Tätigkeit in Schülerorganisationen inhaftiert – wurden am Donnerstagabend auf offener Straße von „Carabineros“ erschossen. „Kurz nach dem Doppelmord verwüsteten etwa 30 Maskierte das Haus der Eltern.“

Am Freitag wurde die 20jährige Studentin Isabel del Rosario Plaza Fierro, im Haus ihrer Eltern, bei einem sog. Zusammenstoß ermordet. Den Medien präsentierte das CNI ein angeblich im Haus entdecktes Waffenarsenal der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), zu dessen Auflistung die Tageszeitung La Tercera 31 Druckzeilen benötigte.

Trauerfeier als Massenprotest

Die Trauerfeierlichkeiten für die Opfer wurden zu den größten Protestkundgebungen seit der Verhängung des Ausnahmezustands am 8. November 1984. Dabei kam es während der Totenmesse für Parada und Guerrero, die Erzbischof Fresno, angesichts des Drucks und der Empörung in Kirchenkreisen nicht umhin konnte selbst zu zelebrieren, zum Eklat.

Schon am frühen Morgen glich die Kathedrale eher einer belagerten Festung als einem Gotteshaus. Rund um die Plaza de Armas waren Polizeifahrzeuge aufgeföhren und mehrere Hundert Sicherheitskräfte hielten die in die Kathedrale drängenden Trauernden in Schach. Während Fresno drinnen vor 6.000 Zuhörern die Messe las, beschöß die Polizei diejenigen mit Tränengas, die in der über-

füllten Kathedrale keinen Platz mehr gefunden hatten und auf dem Platz die Feier über Lautsprecher verfolgten.

Dennoch konnte sich Fresno wieder einmal nicht dazu aufraffen, die Täter beim Namen zu nennen. Einmal mehr provozierte er die Anwesenden durch allgemeine Phrasen gegen jegliche Gewalttätigkeit. Seine Worte gingen in den „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit“-Rufen der Menge unter.

Während Fresno noch um oder mit seiner Würde rang und die Zuhörer aufforderte, für die Toten zu beten, drang die Polizei bereits in die Kathedrale ein. So mußte Fresno – wohl zum ersten Mal in seiner Laufbahn – die Messe abbrechen. Deutlichere Worte fanden dagegen andere Kirchenvertreter.

Generalvikar Christian Precht, der auf dem von 10.000 Menschen besuchten Begräbnis sprach, gab seiner Hoffnung Ausdruck, der gemeinsame Dienst am Menschen, der über alle ideologischen Grenzen hinweg und unter tiefem Respekt für die Weltanschauung des anderen im Solidaritätvikariat ausgeübt worden sei, werde im Sinne José Manuel Paradass weitergeführt.

Zögern der Mittelschichten

Der Protesttag vom 11. April d.J., erfüllt zwar nicht ganz die Erwartungen, die man sich nach den Manifestationen anläßlich der Begräbnisse erhofft hatte. Er hat aber gezeigt, daß es der Diktatur auch nach einem halben Jahr Belagerungszustand noch immer nicht gelungen ist, das Volk zum Schweigen zu bringen.

Die bei früheren Anlässen aufgetretenen Charakteristika haben sich auch diesmal fortgesetzt: Eher spärliche Beteiligung im Zentrum, wo um die Mittagszeit, traditionell die Mittelschichten demonstrierten und Demonstrationen an den Universtitäten und in den radikalisierten Elendsvierteln La Victoria und Pudahuel, die auch vom Militär nicht unter Kontrolle zu bringen waren.

Der Opposition, die sich an der Demokratischen Volksbewegung (MDP) orientiert, ist es gelungen, ein hohes Maß an Massenmobilisierung in den Zentren des Widerstands trotz des Belagerungszustands aufrechtzuerhalten. Hingegen ist ein Überspringen auf die Mittelschichten unter diesen Bedingungen offenbar nicht möglich.

Dies kann sich aber unter Umständen schon in naher Zukunft ändern. Denn als Konsequenz der Ereignisse der letzten Wochen ist es 2 Tage nach dem Protesttag endlich zu einer gemeinsamen Erklärung führender Oppositionspolitiker des demokratischen Spektrums gekommen. In einem Dokument, das u.a. von zwei

Führern der Demokratischen Allianz (AD), Gabríel Valdés (Christdemokratische Partei) und Ricardo Lagos (Sozialistische Partei), zwei Führern der MDP, José Sanfuentes (Kommunistische Partei Chiles) und Rafael Marotto (MIR) sowie von Vertretern des Sozialistischen Blocks unterstützt wurde, heißt es, daß die Unterzeichnenden angesichts der Vorfälle bereit seien, ihre politischen Differenzen zurückzustellen und sich gemeinsam für die Erreichung der Demokratie einzusetzen.

Dies kommt überraschend, sah es doch vor wenigen Wochen noch so aus, als würde sich innerhalb der PDC der rechte Flügel um Hamilton und Duprés durchsetzen. Valdés war Anfang März d.J. bereits für 2 Tage zurückgetreten, weil er glaubte, dem Druck der Rechten nach innerparteilichen Neuwahlen nicht mehr standhalten zu können, und erst nach massiver Intervention seiner Parteifreunde zum Verbleiben bewegt werden konnte.

Die jetzige Entwicklung läßt hoffen, daß sich die Mehrheit der Christdemokraten nun doch endlich durchgerungen hat, den Weg der Massenmobilisierung mitzubeschreiten, da die Aussichten auf eine Übereinkunft mit den Militärs auch in ihren Augen nun wohl endgültig bei Null angelangt sind.

Inwieweit es gelingt, diese zunächst formelle Übereinkunft in tatsächliche Aktionen umzusetzen, muß vorerst noch dahingestellt bleiben. Innerhalb der Linken wird die Forderung nach einem erneuten Generalstreik lauter. So erklärte die MDP auf ihrer 2. Nationalversammlung, die sie im Februar d.J. in der Illegalität durchführte, einen langandauernden Generalstreik zum wichtigsten Hebel auf dem Weg zum Sturz der Diktatur (siehe Kasten).

Soll dieser überhaupt Aussicht auf Erfolg haben, dann ist unter den augenblicklichen Bedingungen die aktive Beteiligung der der AD nahestehenden Kräfte wohl unabdingbar.

Ausnahmezustand und Terror: die letzten Mittel der Diktatur



Grundsatzprogramm der MDP

Vorschlag für die demokratische Einheit

Die Demokratische Volksbewegung (MDP), der die Kommunistische Partei, die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Teile der Sozialistischen Partei und anderer Linksparteien angehören, wurde vom Pinochet-Regime am 20.1.1985 verboten. Im Februar d.J. hielt sie ihre 2. Nationalversammlung in der Illegalität ab. Unter der Bezeichnung „An das Volk Chiles: Unser Vorschlag für den Kampf und die demokratische Einheit“ verabschiedete sie ein Programm für den Sturz der Diktatur. Wir bringen Auszüge.

Nur der entschiedene Kampf, ohne Stillstand und Schwankungen, wird es ermöglichen, die neue Eskalation der Unterdrückung durch die Diktatur einzudämmen, dem Regime tatsächlich Einhalt zu gebieten und den Weg für den Aufbau einer wirklich demokratischen Zukunft zu öffnen. Daher gibt es weder einen Anlaß, die Mobilisierung der Massen heute zu stoppen noch sie zu verringern unter dem Vorwand, daß das Regime seine Unterdrückung verdoppeln würde, wenn es sich neuen Mobilisierungen gegenüber sähe.

Ganz im Gegenteil. Nur die Aufrechterhaltung und Durchführung der ernsthaften Anstrengungen zur Vertiefung und Verstärkung des Kampfes der Massen werden dazu führen, daß die neue Unterdrückungsoffensive der Diktatur eingeschränkt wird, ihre Instabilität und Isolierung zunimmt und ihr Zusammenbruch näherückt. (...)

Bereiche möglicher Übereinkünfte

Die Einheit, die das Volk bei jeder der durchgeführten Mobilisierungen an der Basis vorgefunden hat, bedarf einer Abstimmung und Einheit auf der Ebene der politischen Führungen der verschiedenen Oppositionssektoren, weil dies dazu beitragen wird, die notwendigen neuen und höheren Stufen der Mobilisierung zu ermöglichen.

Davon ausgehend ist es notwendig, vor allem die Einheit derjenigen Oppositionssektoren zu fördern, die nicht schwanken, die die Mobilisierung des Volkes nicht fürchten, die sich nicht von den Dialogmanövern der Diktatur oder ihrer Diener blenden lassen und die konsequent demokratisch sind.

Ausgehend von dieser einheitlichen Kraft wird es möglich sein, eine breitere Einheit mit dem Rest der Opposition zu fördern. (...)

Der Weg zu einer besseren Abstimmung und Einheit der Opposition muß drei grundlegende Belange in Betracht ziehen:

- Übereinkunft über den Weg des Kampfes um mit dem Regime Schluß zu machen;
- Übereinkunft über die Charakteristika und die programmatischen Grundlagen der Übergangsperiode zwischen dem Ende des diktatorischen Regimes und der Errichtung eines demokratischen Regimes das der freien Ausübung der Volkssouveränität entspringt; und
- Übereinkunft über die Prinzipien und institutionellen Grundlagen des zukünftigen demokratischen Regimes.

Der Weg des Kampfes

Der Weg des Kampfes für die nächsten Monate wird den Kampf für wirtschaftlich-soziale Forderungen und die nationale Forderung nach Demokratie der zahlreichen und verschiedenen Sektoren des Landes als Richtschnur haben.

Sein Hauptziel ist die Entfesselung eines langandauernden nationalen Streiks der Arbeiter und des Volkes, der der Diktatur einen schweren Schlag versetzen wird. Auf diese Weise wird das Volk Chiles die Fortsetzung seines Kampfes in die Perspektive der Auslösung einer allgemeinen Volkserhebung einordnen. (...)

Die Förderung und die erfolgreiche Vollen- dung der wichtigsten Kampfziele für die gegenwärtige Periode, die wir umrissen haben, erfordert es bei der Verwirklichung bestimmter Aufgaben von großer Relevanz entschieden voranzugehen:

a) Es ist von grundlegender Bedeutung, die Einheit des chilenischen Volkes und die Einheit der Arbeiterklasse im besonderen weiter zu fördern und zu vertiefen. (...)

b) Angesichts der sich steigernden Mobilisierungen müssen höhere und effizientere Formen der Koordination und Abstimmung der Massen und der Gesamtheit der demokratischen Kräfte entwickelt werden.

Wir unterstützen entschlossen die Anstrengungen des Nationalkommandos der Werktätigen, ein Koordinationsgremium zu bilden. (...)

c) Es müssen entschlossene Anstrengungen unternommen werden, um die Massenorganisationen zu stärken, welche aufzubauen, wo keine bestehen, und sie politisch und technisch zu unterstützen, um die adäquate Erfüllung der Aufgaben, die die Mobilisierungen erfordern, zu ermöglichen. (...)

d) Die Fortsetzung und Vertiefung der Massenmobilisierung wird auf den repressiven Widerstand der Tyrannei stoßen...

Angesichts dessen müssen die Massenorganisationen ihre Selbstverteidigung in seinen verschiedensten Formen entwickeln, um die Kosten für das Volk und seine Organisationen so niedrig wie möglich zu halten und seinen offensiven Kampf zu schützen. (...)

Nationaler Konsens für eine provisorische demokratische Regierung

Der Umfang der gerechten wirtschaftlich-sozialen Forderungen der breitesten Sektoren des Landes, die materielle Zerstörung unserer Wirtschaft und die beeindruckende Schuldenlast, der das Land trotz muß, werden für das Regime, das auf die Diktatur folgt, zu einer Reihe großer Schwierigkeiten bei der Lösung dieser schweren nationalen Probleme führen.

Die einzige Form, um zur Schaffung solider Bedingungen zu gelangen, die dem schließlichen demokratischen Regime, das das Volk sich gibt und der Regierung, die es wählt, Stabilität und Kraft verleihen, ist eine provisorische demokratische Regierung, die mit der festesten Unterstützung des breitesten Spektrums der sozialen und politischen Kräfte, die konsequent für die Beendigung der Tyrannei gekämpft und den Weg für eine wirkliche Demokratie geöffnet haben, die Macht übernimmt.

Eine solche Unterstützung wird ihrerseits nur in dem Maße möglich sein, wie ein starker Konsens zwischen allen demokratischen Kräften aufgebaut wird. Er bezieht sich auf die grundlegenden programmatischen Inhalte dieser provisorischen demokratischen Regierung sowie auch auf die zentrale Rolle die die Organisationen des chilenischen Volkes auf jeder Ebene der Entstehung, der Führung und der Kontrolle der Staatsmacht spielen sollen.

Kurz, die provisorische demokratische Regierung muß den beängstigenden wirtschaftlich-sozialen Problemen, unter denen die Mehrheit des Landes und besonders die am meisten benachteiligten Sektoren leiden, entgegentreten und gleichzeitig entscheidende Aspekte der Redemokratisierung des Landes und der effektiven Ausübung der Volkssouveränität in die Wege leiten. (...)

Die Aufgaben der provisorischen demokratischen Regierung

Das Dokument der MDP erläutert sodann die Aufgaben dieser Regierung im Bereich wirtschaftlich-sozialer und demokratischer Maßnahmen.

Das wirtschaftlich-soziale Sofortprogramm sieht die Schaffung von Arbeitsplätzen in produktiven Bereichen, die Festlegung eines angemessenen Mindestlohns, die Anpassung der Löhne an die Inflation, einen Preisstopp für Güter des täglichen Bedarfs, Schuldennachlaß und Umschuldung für Privathaushalte und mittlere und Kleinunternehmer, ein Zahlungsmoratorium für die Auslandsverschuldung, die Verstaatlichung der Banken und andere Maßnahmen vor.

Die Aufgaben der provisorischen demokratischen Regierung im Bereich der Redemokratisierung bestehen u.a. in der Außerkraftsetzung der Verfassung von 1980 und der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung. Die Regierung soll den Menschenrechtsverletzungen ein Ende machen, alle politischen Gefangenen freilassen, die repressive Gesetzgebung aufheben und den Geheimdienst CNI auflösen. Justiz, Erziehungs- und Gesundheitswesen sollen demokratisiert werden.

Die Demokratisierung der Streitkräfte sieht die Absetzung der hohen Offiziere, die mit der Diktatur zusammenarbeiteten, und ihre gerichtliche Verfolgung vor. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit in der Ausbildung der Offiziere soll beseitigt und durch eine Doktrin, die sich auf demokratische Werte stützt, ersetzt werden. Verträge mit ausländischen Armeen sollen überprüft werden.

Im Bereich der Wirtschaft soll die Rolle des Staates gestärkt, die Banken, die Finanzgruppen und die Naturreichtümer verstaatlicht werden. Formen gesellschaftlichen Eigentums und kollektiver Leitung und Kontrolle sollen gefördert werden.

An diese Vorschläge schließen sich Kapitel über die institutionellen Grundlagen eines zukünftigen demokratischen Regimes, über ein Abkommen aller oppositionellen Kräfte und ein Aufruf an die verschiedenen Sektoren des chilenischen Volkes an.

(Quelle: Al pueblo de Chile: nuestra propuesta de lucha y unidad democrática, Santiago, 20.1.1985)

AIB

Sonderheft 2/85

2DM

LIBANON

Besatzung und Widerstand



Inhalt

Nahost-Solidarität ist alles andere als exotisch! II

Ivesa Lübben-Pistofidis

Israels Libanonpolitik der „Eisernen Faust“ IV

Daten V

Plattform der Nationalen Demokratischen Front des Libanon VI

Wolfram Brönner

Die FRNL – Avantgarde des Volkswiderstands VIII

Interview mit A. Hosein (Amal) IX

Das Beispiel Libanon X

Schlußfolgerungen der 3. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission

Israels Besatzerpraktiken haben System XV

Politische Gefangene XVII

Das Massaker von Zrariyeh XVIII

Gerhard Stuby

Besatzerwillkür gegen die Palästinenser XX

Peter Gingold

Was jüdische Antifaschisten so betroffen macht XXII

Material- und Aktionsspiegel XXIII

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionschluß: 18. April 1985

Anzeigen: DFG-VK, EPK

Fotonaachweis: G. Blank, W. Brönner, FRNL, FMLN/FDR, AIB-Archiv, ADN

Titel: Fotomontage zu Besatzung und Widerstand im Libanon



K. D. Fischer, Nahost-Verantwortlicher des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) auf der Bonner Kommissionssitzung

Vom 16.-31. Dezember vergangenen Jahres reiste eine Fraktions- und Parteidelegation der Grünen in den Nahen Osten (Libanon, Syrien, Jordanien, Westbank und Israel).

Eher zurückhaltend stellten Jürgen Reents und Ulrich Tilgner damals in einer vorläufigen Dokumentation fest, sie habe „mehr öffentliche Aufmerksamkeit gefunden als jede andere außenpolitische Aktivität zuvor. Sowohl innerhalb der Grünen als auch außerhalb ist sie vor allem auf Kritik gestoßen.“

Ausgesprochen verlogen und diffamierend war zu jener Zeit die gesamte bürgerliche Journaille über diese Reisegruppe hergefallen. „Wenn man ein so schlechtes Echo erreicht, muß man was falsch gemacht haben.“ (Zitat aus der zur Reise anberaumten öffentlichen Fraktionssitzung der „Grünen im Bundestag“ vom 5.2.1985, die wohl ein Tribunal hätte sein sollen.)

Was hatte sie „falsch“ gemacht, diese Gruppe, der u.a. die Bundestagsabgeordneten Gaby Gottwald und Jürgen Reents, die Europaparlaments-Abgeordneten Brigitte Heinrich sowie das Bundesvorstandsmitglied Ali Schmeisser angehört hatten?

Sie hatten sich nach 14tägigen intensiven Gesprächen und Ortsbesichtigungen in den genannten Ländern eine Position erarbeitet oder bestätigen lassen müssen, wie sie von weit mehr als 100 UNO-Mitgliedsstaaten seit langem vertreten wird: „Voraussetzung für Fortschritte auf dem Wege friedlicher Lösungen ist der vollständige, bedingungslose Rückzug Israels aus dem Libanon...“

Die Grünen dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht aller Völker der Region anerkennen, daß sie für den Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon eintreten,

daß sie sich für die Anerkennung der PLO auch durch die Bundesregierung einsetzen.“ (Reents vor der Fraktion)

Warum also die Aufregung? Etwas war neu und bedrohlich: Zum ersten Mal seit dem Ausscheiden der KPD im Jahr 1953 hatten Mitglieder des Bundestags in einer der für den BRD- und US-Imperialismus sensibelsten Fragen eine derart unmißverständlich klare Position bezogen, erstmals auch neben Kommunisten und der „traditionellen Linken“ eine weitere relevante Strömung der Friedensbewegung. Vom „braunen“ Grünen (zionistische und Rechtspresse) bis zum „Russenknecht“ (aus den „eigenen“ Reihen) reichte die hysterische Reaktion.

Der antizionistische(?) jüdische Professor und Neu-Grüne Dan Diner gab als erster der drei vor die Fraktion geladenen „Experten“ die Richtung an:

„Sich Objektivität anmaßen heißt, sich aus der Geschichte fortschleichen.“ „Hinter dem Wunsch nach Objektivität und Normalität steht etwas Bedrohliches: Auschwitz.“ „Was man als Deutscher tun kann? ...besser schweigen!“

Doch gerade durch Auschwitz sei sie eine Linke geworden, entgegnete Gaby Gottwald, sei sie Antifaschistin, Antimilitaristin, Internationalistin, Vertreterin unterdrückter Minderheiten geworden: „Meine Lehre aus Auschwitz: nie als Mitläuferin mitschuldig werden.“

„Verschwörung des Schweigens“...

Völlig konträr war jetzt, 3 Monate später Ende März d.J., die öffentliche Resonanz, als etwa 100 Persönlichkeiten aus 31 Ländern zur 3. Sitzung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen gegen das palästinensische und libanesische Volk“ in Bonn zusammentrafen.

Schweigen im Walde, als hätte Goebbels bei einer Reichspressekonferenz den Finger auf den Mund gelegt. Ein Kronanwalt, ein Oberster Richter, Völkerrechtswissenschaftler, ein Justizminister, Parlamentsabgeordnete, Experten verschiedener politischer Richtungen und mehrerer Länder – eine solche Ansammlung ist halt schwerlich mit dem Etikett „neuer linker Antisemitismus“ zu versehen. Da ist dann schon besser Totschweigen angesagt. Eine Ausnahme machte die Allgemeine jüdische Wochenzeitung: „Koalition des Hasses zu Gast in Bonn.“

Der „Verschwörung des Schweigens“ (Felicia Langer) war natürlich eine Verschwörung der Mächtigen dieses Landes vorausgegangen. Eine Verschwörung, die

älter ist, als diese Kommission, die hier aber im Hintergrund ihre Pressionsmöglichkeiten zumindest andeutet.

Das reichte im nationalen Rahmen – im internationalen verpuffte sie. Mit einer rühmlichen Ausnahme blieben sozialdemokratische Funktionsträger dem Unterstützerkreis für diese Bonner Sitzung fern. Ohne Ausnahme erhielten alle Mitglieder und Gäste der Kommission ihre Einreisevisa, trotz z.B. 15-jähriger Haft in israelischen Gefängnissen, trotz z.B. langdauernder Haft im „Terroristen“-KZ Ansar und sogar ohne international gültige Reisedokumente.

Trotz allem – wieso diese jeweils „einstimmige“ Reaktion der Medien, diese heftige Auseinandersetzung bei den Grünen, diese „Scheu“ der linken Sozialdemokraten, dieses Desinteresse(?) bei anderen Kräften der Friedensbewegung?

Sicher, die Fronten zwischen zentral-amerikanischen Völkermordregimes und katholischen Basisgemeinden, zwischen weißen Rassisten und verhungerten schwarzen Kindern, zwischen wahllos mordender Soldateska und Freiheitskämpfern sind offensichtlicher. Sie sind leichter zu erfassen als der zuweilen undurchsichtige, jedenfalls komplizierte Frontenverlauf im Nahen Osten.

Dennoch: Hat sich nicht die Friedensbewegung in ihrer großen Mehrheit die (technisch und politisch) komplizierte Bedeutung der Erstschlags- und Enthauptungsfähigkeit der Pershing II angeeignet, die Air-Land-Battle- und die „Star Wars“-Konzeptionen des US-Imperialismus? RDF, WHNS usw. sind doch fast schon allgemein geläufige Kürzel.

Und die wirtschaftliche, militärische, globalstrategische Bedeutung des Nahen Osten für den (US-)Imperialismus ist alles andere als unbekannt. Sie ist wesentlicher Hintergrund der Schnellen Eingreiftruppe der USA (RDF), des bundesdeutsch-amerikanischen Hilfsabkommens im Fall von Krise und Krieg

(WHNS, von 1982), von Air-Land-Battle 2000 (wenn nicht mehr als das – doch das soll hier nicht aufgerollt werden).

Daß Szenarios des letzten aller Kriege in der Regel von einem nahöstlichen „Sarajewo“, „Gleitwitz“ oder „Tonking“ ausgehen, ist zumindest den Aktivisten der Friedensbewegung geläufig.

Und doch: Die als „Gesamtschuld“-Trauma in den Köpfen hängengebliebene „Bewältigung“ des Nazi-Faschismus durch seine nach wie vor herrschenden Finanziere vernebelt oder verstellt den Blick.

...gegen die Libanon-Kommission

Die Kontroverse zwischen Diner und Gottwald aufgreifend, behaupte ich, daß derjenige, der – gerade im 40. Jahr der Befreiung Deutschlands (8. Mai 1945) vom Nazi-Faschismus – über Auschwitz spricht, über Dachau und Buchenwald nicht schweigen darf. In Dachau, dem ersten und „Modell“-KZ der Nazis, wurden jene inhaftiert, gefoltert und gemordet, die gegen den Antisemitismus schon kämpften, als er noch kein staatliches Massenmordprogramm geworden war: Kommunisten, linke Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Christen. Sie waren die ersten „Juden“ des deutschen Faschismus.

In Buchenwald befreite sich eine Aktionseinheit der gleichen Kräfte kurz vor Kriegsende selbst von den SS-Wachmannschaften. Wer sich bewußt in diese politische Tradition stellt, aktiv mitwirkend an antifaschistischen, antirassistischen, antiimperialistischen Bündnissen, und vorrangig der überlebenswichtigen Anti-Reagan-Koalition – wie unsere Vorgänger an der Anti-Hitler-Koalition (UdSSR, Großbritannien, USA, Frankreich) –, der ist mit keinem noch so abgefäimten Vorwurf („linker Antisemit“, „Russenknecht“ o.ä.) einzuschüchtern oder aufzuhalten.

Auschwitz war nur möglich nach Dachau und fand ein Ende durch die Rote Armee. Jeder beweist durch seine Taten, in welcher Traditionslinie er steht – noch niemand hat in diesem Land gefordert, 20 Mio sowjetische Opfer zwingen zum Schweigen gegenüber sowjetischer Politik.

Stattdessen Stationierung einer „Enthauptungs“-Kapazität als „Vergangenheitsbewältigung“. Noch fast jeder in diesem Lande hat gefordert, Vergleiche der zionistischen mit Nazi-Methoden zu unterlassen – angesichts von „Blitzkriegen“, Gestapo-Methoden, KZ, Politik

der „Eisernen Faust“ (vor 40 Jahren hieß das „Verbrannte Erde“).

Cui bono? Wem nützt es? Jedenfalls überhaupt nicht den ums pure (Über-)Leben kämpfenden Völkern des Nahen Ostens, einschließlich des „anderen Israel“.

Und wer mit unverstelltem Blick auf den Befreiungskampf im Nahen Osten schaut, wird Erstaunliches, Beispielhaftes wahrnehmen.

Da gelingt es einer nationalen Koalition (einschließlich der nationalen Bourgeoisie) dieses kleinen libanesischen Volkes, der imperialistischen Vormacht die erste militärische Niederlage seit Vietnam (und besonders unter Reagan!) beizubringen und sie aus dem Land zu werfen. Da geschieht das Gleiche mit der modernsten, am meisten kriegs- und sieg-erprobten Armee der Region, der Israels, die mit den modernsten, je auf dem „Schlachtfeld“ erprobten konventionellen Waffen ausgerüstet ist.

Nicht „nur“ aus Gründen der Humanität, der Solidarität müssen wir diesem Kampf zur Seite stehen – er geht gegen jene, die die Lunte in Händen halten, an deren anderem Ende die Pershing II in unserem eigenen Lande hängen.

Peter Gingold, Jude, Kommunist, Kämpfer gegen die Nazis in der Resistance, sagte in seinem Schlußwort in Bonn: „...vor allem werden wir diese Fakten zur Kenntnis in allen Bewegungen bringen ... und vor allem der Friedensbewegung hier begreiflich machen, daß das Schicksal der beiden Völker Palästinas und des Libanon unser Schicksal ist, daß von dort aus der Weltbrand ausgehen kann, der unseren Planeten in leblose atomare Asche verwandelt. Aus eigenem, elementarem Friedensinteresse gehört der nationalen Befreiungsbewegung des libanesischen und palästinensischen Volkes die ganze Solidarität.“

Zwar mußte Gerhard Stuby realistisch feststellen: „Noch lange nicht haben die Völker die Kraft wiedererlangt, die zur Anti-Hitler-Koalition führte.“ Seine Schlußfolgerung allerdings ergibt sich zwingend – nicht nur für die Lösung dieses „regionalen“ Konflikts: „Einer solchen Kraft wird es jedoch bedürfen, um den Nahostkonflikt zu lösen, in dessen Mittelpunkt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und des Rechts auf einen eigenen Staat und damit die Befreiung des palästinensischen Volkes steht.“

Es gibt keine regionalen Konflikte mehr – die angestrebte „Endlösung“ von Reagan & Co ist globaler Art. Handeln wir entsprechend. Noch ist Zeit.

Klaus D. Fischer





Israelische Kolonne auf „Strafaktion“ im Südlibanon: Die Massakerpolitik der „Eisernen Faust“ wird auch in bereits geräumtes Gebiet getragen

Ivesa Lübben-Pistofidis

Israels Libanonpolitik der „Eisernen Faust“

„Ich kann mir nicht vorstellen, daß Israel uns den Libanon auf einem silbernen Löffel serviert.“ Das war die Reaktion Walid Junblatts, des Führers der Libanesischen Sozialistischen Fortschrittspartei, auf die Ankündigung des israelischen Truppenrückzugs aus dem Libanon im Januar d.J.

Junblatt sollte recht behalten. Denn trotz der Schläge, die die israelische Armee im Südlibanon hat einstecken müssen, bleiben die Kriegsziele der Regierung Peres bestehen. Zwei Entwicklungen, die seit Beginn des israelischen Truppenrückzugs im Februar d.J. die politische Landschaft des Libanon prägen, bestätigen das: der Putsch Samir Geageas gegen die politische Führung der phalangistischen Kataeb und die israelische Politik der „Eisernen Faust“ im Südlibanon.

Geageas Putschversuch

Am 12. März d.J. putschten die Forces Libanaises (Libanesischen Streitkräfte), der militärische Arm der Phalangisten, unter ihrem Kommandanten Samir Geagea gegen die politische Führung unter dem libanesischen Präsidenten Amin Gemayel.

Geagea, der fast 20.000 Mann unter seinem Befehl hat, besetzte in wenigen Stunden fast alle Teile des sog. christlichen Ghettos – Ostbeirut und die Gebiete um Jounieh und Byblos – und kontrolliert inzwischen ca. 80% der christlichen Enklave.

Konkreter Auslöser war eine Zusage Amin Gemayels gegenüber dem syrischen Vizepräsidenten Khaddam. Auf

deren Gipfeltreffen in Bikfaya vom 5.3.1985 hatte Gemayel in die Sperrung des phalangistischen Kontrollpunktes in Barabak an der Küstenstraße Beirut-Tripoli, in dem die Syrer 20 km von den eigenen Stellungen in Nordlibanon entfernt eine militärische Herausforderung sahen, eingewilligt. Für die Forces Libanaises waren die Zölle, die sie auf alle Waren, die Barabak passierten, erhoben, eine der wichtigsten Finanzierungsquellen.

Auf dem Bikfaya-Gipfel, der nach langer Pause das erste Mal wieder alle Minister der „Regierung der Nationalen Einheit“ (in ihr sind seit dem Frühjahr 1984 alle Bürgerkriegsparteien vereint; siehe AIB 5/1984, S. 12-15) an einen Tisch brachte, beschloß die libanesischen Führung unter Anwesenheit und Vermittlung Khaddams die Abschaffung fast aller Sondervollmachten.

Diese Gesetzesdekrete sind von der vorausgegangenen Regierung Wazzan verabschiedete Ausnahmegesetze. Mit deren Hilfe hatte die Kataeb versucht, dem Libanon ihre Alleinherrschaft aufzuzwingen, sich den Zugriff auf die Staatsfinanzen zu verschaffen und den politischen Handlungsspielraum der Linken



weitgehend einzuschränken. Die Abschaffung von 30 der umstrittenen 53 Dekrete und die Abschwächung der restlichen Dekrete kam dem offenen Eingeständnis Präsident Gemayels gleich, daß er sich außerstande sah, das phalangistische Projekt im Libanon zu verwirklichen.

Aber die Differenzen zwischen Gemayel und seiner einstmaligen militärischen Hausmacht gehen viel weiter. Gemayel hatte sich unter dem Druck der libanesischen Nationalbewegung und der mit ihr verbündeten Syrer gezwungen gesehen Schritt für Schritt von der eigentlichen politischen Linie der Kataeb abzurücken.

Noch 1982 hatte er mit der Hilfe der israelischen Invasionstruppen die Nachfolge seines ermordeten Bruders Bechir Gemayel als Präsident des Libanon angetreten und sich darangemacht das Programm der Phalange in die Praxis umzusetzen: Politik der freien Marktwirtschaft, Errichtung der Hegemonie der maronitischen Bourgeoisie mit faschistischen Herrschaftsmethoden, Antiarabismus, Verwandlung des Libanon in einen Truppenstützpunkt der USA, Abschluß des Khalde-Separatabkommens vom 17. Mai 1983 mit Israel (siehe: AIB 7-8/1983, S. 30ff.), der libanesischen Variante der Nahost-Separatabkommen von Camp David/Washington 1978/79. Dies alles provozierte jedoch die Vereinheitlichung und das Anwachsen der Nationalbewegung.

Zugeständnisse Gemayels...

Die Kämpfe im Schuf im September 1983, die Aufstände in West- und Südbeirut im Februar 1984 und das Erstarren der Widerstandsbewegung im von Israel besetzten Südlibanon veränderten jedoch das innerlibanesischen Kräfteverhältnis radikal.

Im Verlauf dieser Kämpfe wurden den drei wichtigsten Stützen Gemayels, den USA, Israel und den phalangistischen Milizen selber, heftige Schläge versetzt. Die US-Truppen mußten im März 1984 den Libanon verlassen. Israels Besatzungsarmee sah sich zu immer neuen Rückzügen und Frontbegradigungen gezwungen bis hin zu dem Beschluß des einseitigen Truppenrückzuges vom Januar 1985 (siehe: AIB 3/1985, S. 4-6). Und die Phalangisten sowie die mit ihnen verbündeten Teile der libanesischen Armee mußten sich aus dem Schuf und Westbeirut zurückziehen.

So seiner wichtigsten Machtstützen beraubt, sah sich Gemayel in dem Dilemma, entweder abzutreten, und damit entgegen seinem eigenen Programm zu handeln, oder den Forderungen der Nationalbewegung Schritt für Schritt

nachzugeben.

Um seinen Präsidentenstuhl zu retten, entschied er sich für das letztere. Er bestätigte auf den Nationalen Versöhnungskonferenzen in Genf (November 1983) und Lausanne (März 1984) die Arabität des Libanon. In Lausanne erklärte Gemayel sich zu Änderungen des politischen Systems bereit, kündigte das Abkommen von Khalde mit Israel, verbesserte die Beziehungen zu Syrien, das im Nord- und Ostlibanon rund 30.000 Mann (Arabische Friedenstruppen) stationiert hat.

Präsident Gemayel erklärte sich schließlich auf dem Bikfaya-Gipfel mit der Abschaffung bzw. Abänderung der Sondervollmachten einverstanden.

...gegenüber der Nationalbewegung

Das mußte natürlich Widersprüche in den eigenen Reihen hervorrufen. Diese mündeten schließlich in den offensichtlichen von Israel inspirierten Aufstand Samir Geageas.

Letzteres räumt übrigens selbst Gemayel ein, der bei seinem Besuch am 23. März 1985 in Damaskus gegenüber dem syrischen Präsidenten Assad einräumte, daß die Bewegung Geagea eine israelische Bewegung gegen seine „arabische Willenserklärung“ sei.

Alle Führer der Bewegung wurden in Israel ausgebildet und sind bekannt wegen ihrer engen Beziehungen zur israelischen Regierung und ihrem Geheimdienst MOSSAD. Unter ihnen sind die Verantwortlichen für die im September 1982 verübten Massaker von Sabra und Schatila. Und am Tag nach dem Putsch vom 12. März d.J. wurde ein israelisches Schiff im Hafen Jounieh gesehen, das die Rebellen mit Nachschub versorgte.

Die Forderungen der Rebellen treffen sich so auch mit Plänen der Regierungen der USA und Israels, den Libanon auf religiöse Sektenbasis zu teilen, um ihn einfacher beherrschbar zu machen. Die Rebellen fordern zur angeblichen „Demokratisierung der christlichen Gesellschaft“ einen christlichen Nationalrat – was nichts anderes ist, als der erste Schritt zur Schaffung einer Art Parlament eines christlichen Ministaates im sog. „Ghetto“.

Zweitens wenden sie sich in Anspielung auf die libanesisch-syrischen Beziehungen gegen eine ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon, woraus der syrische Vizepräsident Khaddam zurecht den Schluß zog, daß die „Bewegung von seiten Israel gegen Syrien gerichtet ist“.

Parallel zu dem Aufstand in Ostbeirut begannen die Phalangisten in dem gerade erst von israelischen Truppen geräumten Saida mit massiven Angriffen. Diese wa-

ren auf die moslemischen Viertel der südlibanesischen Hafenstadt und auf die benachbarten Palästinenserlager Ain-Al-Hilweh und Mieh-Mieh gerichtet.

Die Israelis hatten ein Neuaufflammen des libanesischen Bürgerkrieges nach der ersten Phase ihres Teilrückzuges (Mitte Februar d.J.) und dadurch die Schwächung der Nationalbewegung, aufkeimende Widersprüche zwischen Libanonesen und Palästinensern sowie die Fortsetzung des Desintegrationsprozesses des Libanon erhofft.

Aber stattdessen herrschte unter allen am Ort ansässigen Kräften, von der Nationalen Demokratischen Front (siehe Plattform) und der Amal (siehe Interview mit Ali Hosein) bis hin zu den moslemischen und christlichen Würdenträgern, von den örtlichen Kräften der Fatah über die marxistische Volksfront und Demokratische Front bis hin zu den Fatah-Rebellen, die Erkenntnis vor, daß nur der gemeinsame Kampf aller den israelischen Rückzug erzwungen hat. Und einig war man sich in der Auffassung, daß dieser Erfolg nicht wieder durch zweitrangige Widersprüche und Zusammenstöße zunichte gemacht werden dürfe.

Gerade diese Auseinandersetzungen will Israel nun mit seinen Marionetten der Bevölkerung von Saida aufzwingen. In den östlichen Stadtteilen zwangen die Force Libanaise massenhaft Moslems, ihre Häuser zu räumen, was einen Exodus von 30.000 Menschen auslöste. Währenddessen entführten in den Christenvierteln undurchsichtige Figuren immer wieder Menschen – Versuche, die Christen gegen die Moslems und die Moslems gegen die Christen aufzuhetzen. Nach den Bombardierungen der Palästinenserlager haben 90% der Bevölkerung Ain Al-Helweh und ein Drittel der Lagerbewohner Mieh-Mieh verlassen.

Hinter diesen Zusammenstößen verbirgt sich kein in erster Linie innerlibanesischer Konflikt, sondern eine neue Kriegserklärung Israels. Dies beweist schon allein die Tatsache, daß die Force Libanaise von Gebieten aus operieren, die bislang noch nicht von Israel geräumt wurden.

Die israelische Armee stellt ihnen ihre Artillerie und Logistik zur Verfügung. Die verletzten Phalangisten werden in israelischen Krankenhäusern behandelt und Minister Ariel Sharon selbst besuchte am 26.3.1985 das Hauptquartier der Phalangisten im Südlibanon, um die Operationen zu überwachen.

Auf Versammlungen in den Stadtteilen Saida und der umliegenden Dörfer distanzieren sich Christen wie Moslems von den Kämpfen und bekannten sich zur Einheit des Libanon. Der maronitische Erzbischof von Saida, Ibrahim

Libanon-Daten

Fläche: 10.400 qkm

Bevölkerung: 3,3 Mio, zuzüglich 1,2 Mio Libanonesen mit Sitz im Ausland; hinzu kommen rund 500.000 Palästinenser

Religion: Die Mehrheit der Bevölkerung gehört dem Islam an (über 50%). 1/3 der Libanonesen sind schiitische, 1/5 sunnitische Moslems, 1/4 maronitische Christen. Bedeutsam sind ferner die moslemischen Drusen, die katholischen und griechisch-orthodoxen Christen

Amtssprache: Arabisch

Währung: Libanesisches Pfund (LL); 1 LL = 0,35 DM (Stand Dezember 1984)

Staatsordnung: In der präsidentialen Republik Libanon gilt gemäß dem Nationalpakt von 1943 ein konfessioneller Proporz. Demnach stehen in der Abgeordnetenkammer von 99 Sitzen den Christen 54, den Moslems 45 zu, muß der Staatspräsident ein maronitischer Christ (seit 1982 Amin Gemayel), der Ministerpräsident ein sunnitischer (Raschid Karamé) und der Parlamentspräsident schiitischer Moslem sein.

Wirtschaft/Soziales: Außergewöhnlich starker Dienstleistungssektor, der rund 2/3 des Bruttosozialprodukts und der Erwerbstätigen ausmacht. Traditionell stark und attraktiv für das Auslandskapital sind Handel, Tourismus, Banken- und Versicherungswesen. Die nationale Industrie ist schwach entwickelt (27% der Beschäftigten). Die vom Großgrundbesitz geprägte Landwirtschaft (Getreide, Früchte, Gemüse) deckt 1/3 des Innenbedarfs, bei nurmehr 11%-Beschäftigtenanteil (1960 noch 38%).

Vormals Finanzzentrum des Nahen Ostens, krankt der Libanon nach den zerstörerischen Kriegen 1975/76, 1978 und 1982 an Kapitalabfluß, verdreifachter Auslandsverschuldung (1982: 213 Mio Dollar) und einem enormen Handelsbilanzdefizit (1982: 2,5 Mrd Dollar). Haupthandelspartner sind die EG, Japan, die USA und die arabischen Ölländer.

Die Lebenserwartung liegt bei 65 Jahren, die Analphabetenrate bei 23%.

Geschichte:

- 636 Arabische Eroberung
- 1516/17 Türkische Eroberung
- 1860 Intervention Frankreichs
- 1916-41 Französisches Kolonialregime
- 1941 Proklamierung der Unabhängigkeit
- 1943 Konfessioneller Nationalpakt
- 1946 Abzug französisch-britischer Truppen
- 1958 US-Intervention
- 1975/76 Bürgerkrieg und Stationierung Arabischer Friedenstruppe (syrisch)
- 1978 Kriegszug Israels im Südlibanon
- 1982 Libanonkrieg Israels: Belagerung Beiruts, PLO-Austreibung aus Westbeirut und dem Süden
Stationierung einer NATO-Streitmacht (USA!)
Erste bewaffnete Aktionen der FRNL gegen Besatzer
- 1983 Separatfrieden Gemayel-Israel
US-Militärintervention um Beirut
- 1984 Nationalbewegung erobert Westbeirut, Abzug der NATO-Streitmacht
Regierung Karamé kündigt Separatabkommen mit Israel und unterstützt Befreiungskämpfer des Südens
- 1985 Einseitiger Rückzug Israels in drei Phasen

Helou, erklärte, daß „diese Gruppen einen israelischen Plan ausführen“.⁴ Und dies nicht nur in Saida...

Der israelische Truppenrückzug ist verbunden mit Massakern, Bombardierungen von Dörfern und Massenverhaftungen. Wir haben es zu tun mit der Politik der sog. „Eisernen Faust“, der zionistischen Form der etwa im US-Vietnamkrieg 1964-73 vollführten „Politik der verbrannten Erde“.

Mit der Politik der „Eisernen Faust“ verfolgt die Regierung Peres im Südlibanon das Ziel, der nationalen Widerstandsbewegung die Operationsbasis und die Unterstützung zu entziehen – durch Einschüchterung, Vertreibung und Eliminierung der Bevölkerung, unter deren Schutz und mit deren Hilfe die Widerstandskämpfer unerkannt operieren können. Denn den Besatzern ist es bislang nicht gelungen, wichtige Strukturen aufzudecken und der Widerstandsbewegung (siehe Beitrag zur FRNL) größere

Schläge zu versetzen.

Im Gegenteil, durch den einsetzenden israelischen Truppenrückzug hat der Widerstand noch Auftrieb erhalten. Indikator dafür: Meldeten die libanesischen Radiostationen noch Ende letzten Jahres durchschnittlich 3-4 Operationen pro Tag, so wurden allein im März dieses Jahres 240 Anschläge auf israelische Stellungen und die der Kollaborateure gezählt.

Was Israel besonders beunruhigt, ist, daß sich die Operationen auf den südlichen Grenzstreifen erstrecken, den die Regierung in Jerusalem bisher relativ fest unter Kontrolle ihres Quislings General Lahad, des Nachfolgers von Major Haddad, wähnte. Letzterer hatte 1978 nach dem israelischen Einfall in den Südlibanon seinen eigenen „Freien Libanon“ ausgerufen – praktisch eine israelische Kolonie.

Die Amal und ihr Führer Nabih Berri selber haben außerdem mehrmals ge-



Februar 1984; siegreiche Linksmiliz in Westbeirut

droht, daß, sollten die Massaker weitergehen, die libanesischen Widerstandsbewegung Ortschaften in Nordisrael angreifen werde.

Auch wenn den Israelis der Truppenrückzug aufgezwungen wurde, versuchen sie mit allen Mitteln, ihre Kontrolle über den Südlibanon aufrechtzuerhalten und

Plattform der Nationalen Demokratischen Front des

Am 10. Oktober 1984 stellte der Vorsitzende der Sozialistischen Fortschrittspartei (PSP) und Minister für öffentliches Bauwesen und Tourismus, Walid Junblatt, die politische Plattform der Nationalen Demokratischen Front (FND) der Öffentlichkeit vor. Der Kern der im August 1984 gebildeten Front umfaßt neben der PSP die Libanesisch-Kommunistische Partei (PCL), die Baath-Partei, die Syrische Nationale Soziale Partei (PSNS), die Demokratische Arabische Partei und die Arabische Sozialistische Union. Wir veröffentlichen im folgenden die wichtigsten Punkte dieser Plattform.

1. Verstärkung des Kampfes gegen die israelische Besetzung auf militärischer, ziviler und politischer Ebene sowie jede denkbare Unterstützung für den nationalen Widerstand in seinem Kampf um die Befreiung des Südens, von Westbekaa und Raschaya. (...) Bemühungen, um die arabische und internationale Unterstützung und Solidarität mit diesem Kampf zu gewinnen.

Hilfe für die Bewohner der besetzten libanesischen Gebiete in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, damit sie dem Terror und der Repression Israels und seiner Kollaborateure – seien es die Forces Libanaises (Libanesischen Streitkräfte), die Armee Lahads oder irgendeine andere Hilfstuppe – bis zum bedingungslosen Rückzug der Besatzungstruppen gemäß den Resolutionen des Sicherheitsrats standhalten können.

2. Kampf um die Wiedervereinigung und Souveränität des Libanon, Zurückweisung aller Teilungsvorschläge, der Föderierungs- oder Kantonisierungspläne, der religiösen Zerstückelung sowie Ablehnung der aus dem Bürgerkrieg hervorgegangenen demographischen Dreiteilung des Landes.

Konsequentes Eintreten für die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Dörfer als Vorbedingung für jede demokratische Lösung der libanesischen Krise, mit allen dazu erforderlichen Maßnahmen auf der Ebene des Kampfes gegen die faschistische Zielsetzung der

Phalangisten und gegen ihre Hegemonie in der Regierung und im Land.

3. Die Behauptung der arabischen Identität des Libanon (...), was mit einschließt, daß man sich vom Isolationismus und seinen Symbolen befreit sowie von allem, was der „politische Maronismus“ repräsentiert, diese geistige Strömung, die niemals nur für eine Konfession kennzeichnend war. Sie wurde im Gegenteil von zahlreichen Kräften und Personen aller Konfessionen geteilt, die sich auf die Errichtung des Konfessionsregimes geeinigt haben, und von denen jeder seinen Teil der Beute auf Kosten der Volksmehrheit eingestrichen hat. (...)

Die Behauptung der arabischen Identität des Libanon schließt sein Engagement im arabischen Befreiungskrieg gegen den Imperialismus, Zionismus und die Reaktion mit ein. In diesem Rahmen stellen die besonderen Beziehungen zwischen Libanon und Syrien die Grundlage für die arabische Identität des Libanon und sein Eintreten für die arabische Sache dar. (...)

Und in diesem Rahmen muß sich der Libanon auch für die Sache der Palästinenser engagieren. Sie ist das zentrale Anliegen des nationalen arabischen Kampfes, aber auch eine der Seiten des nationalen libanesischen Kampfes selbst. Dies geschieht insbesondere durch die Unterstützung des legitimen Kampfes, den das palästinensische Volk und seine fortschrittlichen Kräfte (...) um die Wiedererlangung seiner nationalen Rechte (...) unter Führung der PLO, seines einzigen legitimen Vertreters, führt. (...)

4. Verfolgung einer unabhängigen Außenpolitik, die Schluß macht mit der Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus und seine Pläne im Libanon und der ganzen Region. Der Libanon muß zu einem unabhängigen arabischen und souveränen Land werden, das eine Politik der Nichtpaktgebundenheit betreibt und beste Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers, vor allem der Sowjetunion, entwickelt.

5. Kampf um eine demokratische Reform

des libanesischen Regimes, die die konfessionelle Hegemonie endgültig beendet und den politischen Konfessionalismus gänzlich abschafft. Eine Reform, die die Grundlagen für eine wirklich demokratische Vertretung des Volkes nach dem Prinzip der Verhältniswahl und des einheitlichen Wahlbezirks schafft.

Eine Reform, die das Gleichgewicht zwischen der gesetzgebenden, exekutiven und juristischen Gewalt sowie in der Exekutive selbst herstellt. Eine Reform, die unserem Volk demokratische Freiheiten für seine politischen, gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen gibt und jedes Gesetz abschafft, das im Widerspruch zu diesen Freiheiten steht.

Wir betonen besonders die Notwendigkeit einer radikalen Reform der Armee, die die Möglichkeit erhalten muß, wieder ihre Rolle als einigende Kraft des Landes zu spielen. Eine radikale Veränderung muß in der Rolle der Armee, ihrer Zielsetzung, ihrer Ideologie und ihrer Struktur stattfinden (...), damit sie ihren Auftrag im Kampf um die Wiedervereinigung des Landes, bei seiner Verteidigung und der Erhaltung seiner Unabhängigkeit und Souveränität gegen seine zionistischen Feinde erfüllen kann, die es auf seinen Boden und seine Gewässer abgesehen haben. (...) Auf diese Weise muß die Armee ihren Beitrag zum Kampf um die Befreiung des nationalen Territoriums von der israelischen Besetzung leisten. (...)

Die völlige Abschaffung des Konfessionalismus und die Errichtung eines demokratischen laizistischen Regimes werden die notwendigen Bedingungen für die Aufhebung der Ungerechtigkeit sein, die die Mehrheit der Libanesen trifft. (...)

Unser Kampf (...) hat nicht das Ziel, eine konfessionelle Hegemonie durch eine andere zu ersetzen. Das Gegenteil von Hegemonie ist die Gleichheit der Rechte und Pflichten, die Garantierung der individuellen und kollektiven Freiheiten und die Respektierung von Meinungen und religiösen Überzeugungen. Das ist letztlich die Trennung von Re-

ihr altes Projekt des „Freien Libanon“ mit ausschließlich christlicher Bevölkerung, wiederzubeleben.

Ziel der Terrorkampagne ist die erzwungene Bevölkerungssegregation zwischen Christen und Moslems durch die Vertreibung der Schiiten aus dem Süden. Das zeigt das Massaker, das israelische Truppen am 10./11. März d.J. im bereits geräumten Dorf Zrariyeh verübten (siehe FRNL-Erklärung). Allein im März 1985 überfielen die israelischen Besatzungstruppen 30 schiitische Dörfer, wo sie hunderte Zivilisten ermordeten, Häuser, Felder und Lebensmittel zerstörten, um so den Menschen jede Lebensgrundlage zu entziehen.

Gleichzeitig behalten sich die Besatzungstruppen das Recht auf sog. Präventiv- (Vorbeuge-) und Vergeltungsschläge in den von ihnen geräumten Gebieten vor. Am 30. März d.J. überfielen israelische Panzer und Hubschrauber beispielsweise die Region Iqlim El-Tuffah und

Libanon

igion und Staat und die Beseitigung der Hindernisse, die der wirklichen nationalen Integration im Wege stehen. (...)

Selbstverständlich könnte die aufrichtige Akzeptierung des Prinzips der Abschaffung des politischen Konfessionalismus einhergehen mit einem Zeitplan für die stufenweise Abschaffung und mit einer Prüfung der Garantien und Sicherheiten, die es erlauben, daß sie gleichzeitig in den Texten und in der Praxis vollzogen wird.

6. **Durchführung einer wirtschaftlichen und sozialen Reform**, die es ermöglicht, das Land aus der wirtschaftlichen Krise herauszuführen und die sozialen Folgen zu überwinden, die die Volksmassen zu tragen haben. Der Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft muß auf neuen Grundlagen erfolgen, die eine ausgewogene Entwicklung ihrer Sektoren gewährleisten. Die produktiven Sektoren müssen im Interesse der Volksmassen ausgebaut werden. Den Monopolen müssen Beschränkungen auferlegt werden, was ein verstärktes Eingreifen des Staates nach der Reform seiner Verwaltung erforderlich macht. (...)

Der öffentliche Sektor muß gefördert und ein Gesamtplan der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung durchgeführt werden. Gesetze zum Schutz der Rechte der Arbeiter müssen ausgearbeitet werden. Steuergerechtigkeit muß wiederhergestellt werden. Und man muß nach schnellen Lösungen für die schwerwiegenden Probleme wie Wohnungs-, Unterrichts- und Gesundheitswesen sowie die verschiedenen öffentlichen Dienste suchen.

Dabei kommt dem Staat eine besonders wichtige Rolle zu beim Wiederaufbau der durch die israelische Invasion, den Versuch der Errichtung der faschistischen Hegemonie und den Bürgerkrieg zerstörten Gebiete. Dies gilt auch für die Entschädigungen, die denjenigen zustehen, die Opfer im Kampf gegen die Okkupation und die sektiererische Hegemonie gebracht haben und noch jeden Tag bringen.

richteten ein Blutbad an, dem 32 Menschen zum Opfer fielen. Das war bereits der siebte Einfall in Gebiete nördlich der neuen Frontlinien, die seit Beginn des israelischen Teiltrückzugs am 16. Februar 1985 bezogen worden waren.

Nach dem Putsch von Geagea und den Ereignissen in Saida stellt sich die Frage, ob ein Bürgerkrieg noch zu vermeiden ist. Zur Zeit versuchen sich die libanesischen Linke und die mit ihr verbündeten Syrer noch das weiter oben skizzierte Dilemma Gemayels zunutze zu machen und die offizielle Staatsführung zu Maßnahmen gegen die Putschisten zu zwingen, um so die Gefahr des Neuaufflammens des Bürgerkrieges so gering wie möglich zu halten und keine Vorwände für äußere Einmischungsakte zu bieten.

Gemayel hat bei seinem Besuch in Damaskus der syrischen Führung zugesagt, die Positionen der libanesischen Armee in Saida zu verstärken und das Problem Geagea binnen 2 Monaten zu lösen. Gleichzeitig hat die Linke aber wenig Vertrauen in die Entschlossenheit Gemayels, besonders angesichts der Tatsache, daß Gemayel gleichzeitig Verhandlungen mit den Rebellen über eine Aussöhnung zwischen der Kataeb und den Forces Libanaise führt.

Widerstand bis zum vollen Abzug

„Der Präsident meint, die Ereignisse eindämmen zu können, während wir vom Gegenteil überzeugt sind. Ein Kompromiß wird bestenfalls zur Einrichtung von Stellvertreterposten z.B. des Generalsekretärs führen. Diese Posten werden dann den Führern der Parteidissidenten zur Verfügung gestellt werden.“⁵ Dies meint Amal-Führer Nabih Berri, Minister für den Südlibanon.

Falls es nicht möglich ist, die Regierung zu zwingen, den Massakern Geageas ein Ende zu setzen, so wird den patriotischen Kräften des Libanon nichts anderes übrigbleiben, als selber einzugreifen. Gerüstet dazu sind sie. Und es sieht so aus, als ob Syrien – anders als 1976 – zur Unterstützung der Nationalbewegung bereit ist.

Mitte April d.J. wies die Koalitionsregierung in Beirut ein erneutes Verhandlungsansinnen Israels zurück und bekräftigte ihre unbeugsame Haltung gegenüber den israelischen Besatzern. Deren Politik der „Eisernen Faust“ erhärte nur die libanesischen Grundposition, daß Israel vollständig und bedingungslos das gesamte Territorium des Libanon zu räumen habe.

Die vollständige Befreiung des Südlibanon bleibt somit vordringliche, gemeinsame Aufgabe von libanesischen Regierenden und Widerstand.

EPK

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE
KORRESPONDENZ
Zeitschrift zur Theorie und Praxis
der Entwicklungspolitik

- Seit nunmehr 15 Jahren eine engagierte **Dritte-Welt-Zeitschrift**
- Berichte und Analysen über Armut und Alltag, Hilfe und Ausbeutung, Unterdrückung und Widerstand
- Pflichtlektüre, doch keine trockenen Lektionen
- Fünf **Themenhefte** im Jahr - z.B. **1984**:
 - 1/84 **Staudämme** (4,- DM)
 - 2/84 **BRD-Entwicklungspolitik** (6,- DM)
 - 3/84 **Gift und Geld: Pestizide** (4,- DM)
 - 4/84 **Togo 1884 - 1984** (4,- DM)
 - 5/84 **Brasilien: Aufschwung zum Schuldenberg** (4,- DM)
- Die EPK-Drucksachen:
 - Bd.1 **Deutscher Kolonialismus** (12,- DM)
 - Bd.2 **Siemens - Vom Dritten Reich zur Dritten Welt** (9,- DM)
 - Bd.3 **Sexploitation - Frauen in Asien** (neu 1985)

EPK - die Zeitschrift mit dem Rhino
Postfach 2846 - 2000 Hamburg 20



Wolfram Bröner

Die FRNL-Avantgarde des Volkswiderstands

Am 9. April d.J. raste unweit des südlibanesischen Dorfes Jezzín die Verkäuferin Sana Mheidleh mit einem sprengstoffbeladenen Peugeot in einen israelischen Militärkonvoi. Mit ihr fanden zwei Besatzungssoldaten den Tod, zwei wurden verletzt. Auf gleiche Weise hatte am 10. März d.J. ein Libanese unbekannt Namens nahe Khiam, unmittelbar vor dem Grenzübergang zu Israel, 12 Soldaten eines israelischen Armeekonvois getötet, 20 verletzt.¹

Auch der verheerendste Anschlag gegen die israelische Besatzungsmacht überhaupt war eine Auto-Kamikazeaktion: Am 4. November 1983 wurde so das militärische Hauptquartier Israels in Tyrus in die Luft gesprengt, wobei es 63 Tote gab. Unmittelbar zuvor, am 23. Oktober 1983, waren bei Autoanschlägen auf die Beiruter Hauptquartiere der multinationalen westlichen Streitmacht 241 US-Marines und 58 französische Soldaten ums Leben gekommen.

Akte religiöser Fanatiker?

Zweifellos erzielten diese und ähnliche Aktionen des libanesischen Widerstands wegen ihrer Durchschlagskraft und Unwägbarkeit eine selten verunsichernde, abschreckende Wirkung.

Sie gaben mit dem Ausschlag dafür, daß sich im Februar/März 1984 die Interventionstruppen der USA und dreier anderer NATO-Mächte (Großbritannien, Italien, Frankreich) sowie Anfang 1985 auch die israelischen Besatzer zum überstürzten Abzug entschlossen; letztere nunmehr erklärtermaßen vorfristig zum

1. Juni 1985. Die Regierungen Peres und Reagan versuchen umso hartnäckiger zu suggerieren, es handle sich bei den Widerstandsaktionen im Libanon im allgemeinen um pure Akte des religiösen Fanatismus, um sog. antijüdischen Terrorismus „der Schiiten“.²

In Wahrheit sind sowohl die Aktionen selbst als auch die hinter ihnen stehenden Widerstandskräfte vorrangig patriotisch motiviert, wenngleich auch religiöse Kreise sie unterstützen. Dies gilt für beide Grundströmungen des Widerstands im Süden, die Nationale Widerstandsfront (FRNL) wie die vom Südlibanon-Minister Nabih Berri laizistisch geführte Amal-Bewegung (siehe Interview mit Amal-Führer Hosein).

Letztere rekrutiert sich zwar fast ausschließlich aus der unterprivilegierten schiitischen Bevölkerungsmehrheit des Südens und bemüht auch religiöse Antriebsfaktoren für den Widerstandskampf (relativ stärker seitens des von der Amal abgespaltenen fundamentalistischen Flügels, der Hezbollah-Partei Allahs). Dennoch richten sich die Angriffe von Amal wie FRNL fast ausnahmslos gegen militärische Einrichtungen bzw. Akteure der Besatzer und deren Kollaborateure (phalangistische Rechtsmilizen, Lahad-Söldner u.ä.). Und dies geschieht eindeutig unter Vorrangigkeit der gemeinsamen Zielsetzung:

Verteidigung der Bevölkerung vor den Unterdrückungs-, Willkür- und Massakerpraktiken der Besatzungstruppen; Mobilisierung und Ermutigung des Volkswiderstands für die vollständige Wiederherstellung der nationalen Souve-

ränität, Unabhängigkeit und Einheit. Diesem zutiefst patriotischen Befreiungsziel bleiben die unterschiedlichsten Aktionsformen untergeordnet. Sie sind von daher völkerrechtlich nicht minder legitim wie der Widerstandskampf der französischen Resistance gegen die Nazi-Besatzer im 2. Weltkrieg oder der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) gegen die südafrikanische Rassenarmee.

Ganz gleich mit welchen Mitteln auch immer den Sachwaltern Israels im besetzten Libanon begegnet wird, sie stellen keinen „Terror“, sondern vom Volk getragene legitime Verteidigungsakte gegen einen aufgezwungenen Terror von Besatzern, von Staatsterrorismus, dar (siehe AIB 4/1985, S. 4ff.).

Im übrigen ist es irreführend, wenn in westlichen Salonmedien (nebst taz) der Eindruck gepflegt wird, als gingen sämtliche Kamikazeangriffe und nahezu 100% aller bewaffneten Widerstandsaktionen des Südens von „schiitischen Fanatikern“ bzw. Kommandos aus.

Die Guerilla wurde...

Die eingangs erwähnten Sprengstoffanschläge auf israelische Militärkonvois beispielsweise wurden beide von der Nationalen Widerstandsfront (FRNL) verübt. Die Märtyrerin Sana Mheidleh (16 Jahre, Schiitin), Mitglied der Syrischen Nationalen Partei, begründete in ihrer Abschiedsbotschaft ihre Aktion mit den Worten:

„Trauert nicht wegen mir. Der Süden muß befreit werden... Mein ganzes Leben habe ich an eine revolutionäre Tat gedacht. Ich habe mich dafür entschieden, meine Pflicht gegenüber dem Süden zu erfüllen.“³ Die Beiruter Presse würdigte die patriotische Tat der Märtyrerin mit ihrer Benennung als „Braut des Südens“.

Die Amal ist seither gewiß gleichfalls zu einem machtvollen Faktor des Volkswiderstands im Süden geworden. Trotzdem gehen nach wie vor die meisten bewaffneten Aktionen von der FRNL aus. Ihr kommt ferner das unbestreitbare Verdienst zu, das Beispiel für

Freudentanz der Bevölkerung Saidas nach dem Abzug der Besatzer im Februar d. J. (l.); Trümmer eines israelischen Armeekonvois nach einem FRNL-Angriff in Grenznähe vom April d. J.



einen wirkungsvollen Widerstandskampf gegen die israelischen Besatzungstruppen 1982/83 erbracht zu haben. Sie war es auch, die die Nationalbewegung zum Vormarsch (Rückeroberung Westbeiruts im Februar/März 1984) ermutigte und die Befreiung des Südens schließlich zum Anliegen einer Massenbewegung entwickelte.

Am 16. September 1982 hatte die Front mit ihren ersten drei Angriffen auf israelische Militärpatrouillen inmitten Westbeiruts (im Stadtviertel Sanayeh), das damals noch von den Invasoren besetzt war, ihre Feuertaufe bestanden.

Diese Gründungsaktionen der FRNL wurden von Guerilleros der Libanesischen Kommunistischen Partei (PCL) alleine durchgeführt, deren Initiatorrolle vorerst im Dunkeln blieb. In zusehends kürzeren Abständen folgten dann in Zentren des Südens, in Saïda, Tyrus und den Berggegenden um Nabatiyeh, Marjayoun, Anschläge der FRNL-Guerilla auf israelische Militäranlagen, Konvois, Patrouillen und deren libanesischen Söldnertruppen.

Die Initiatoren hatten die FRNL von vornherein nicht als festen Organisationszusammenschluß, sondern als lose, nichtzentralisierte Kampfgemeinschaft zur Vertreibung der Besatzer und als sehr breite politische Front angelegt. Für den von zwischenkonfessionellen Gegensätzen und Konflikten überfrachteten Libanon war es bahnbrechend, daß die FRNL auf ihren nationalen Charakter, d.h. darauf bedacht war und blieb, Angehörige aller religiösen Gemeinschaften, der moslemischen wie der christlichen, in ihren Reihen zu vereinen.

...zur Volksbewegung

Sie sollte ebensowenig auf eine politische Kraft, etwa die marxistische Linke, begrenzt bleiben, sondern andere antizionistisch-antiimperialistische Gruppen und Massenorganisationen mit einbeziehen.

Bald erfuhr die FRNL-Guerilla aktive Unterstützung bzw. Beteiligung seitens des Gros der vormaligen Libanesischen Nationalbewegung, seitens der Sozialistischen Fortschrittspartei Walid Junblatts, der Organisation der Kommunistischen Aktion, der Syrischen Nationalen Sozialen Partei, der nasseristischen Arabischen Sozialistischen Aktion u.a.

Im ersten Jahr ihres Bestehens brachte es die FRNL auf ansehnliche 311 Operationen, mit denen nach offiziellem Eingeständnis Tel Avivs die Zahl der gefallenen israelischen Invasoren von 365 auf 530 erhöht wurde.

Am 14.8.1984 führte sie ihre 1000. Aktion gegen die Besatzungsmacht durch. Eine Gruppe von Untergrundkämpfern

attackierte nahe der Ortschaft Akbich eine Armeestation an der Straße Saïda-Tyrus, um nach 10minütigem Gefecht in der Bevölkerung unterzutauchen. Hatte es die FRNL-Guerilla im August 1984 auf monatlich 74 bewaffnete Aktionen gebracht, so steigerte sie unmittelbar nach dem ersten israelischen Teilrückzug dieses Jahres, im März 1985, ihre Einsätze gegen die Besatzer auf 240.

Damit unterstrich sie die Vorankündigung der gesamten Widerstandsbewegung und des sie unterstützenden Südlibanonministers Berri, den Widerstandskampf bis zur völligen Befreiung des Südens – die Zerschlagung von Lahads Söldnertruppen inbegriffen – fortzusetzen.

Das Anwachsen der Guerillaaktionen

trotz der israelischen „Politik der Eisernen Faust“ (siehe Beitrag von I. Lübben-Pistofidis) wäre im übrigen undenkbar, würde sich nicht ein immer größerer Teil der Bevölkerung des Südens mit Massenprotesten, Generalstreiks gegen Verhaftungen oder Besetzungen, mit Aufständen gegen eindringende Besatzungstruppen (z.B. Anfang März d.J. in Maarakeh), Straßenblockaden usw. aktiv am Widerstand beteiligen.

Mit der vom Volkswiderstand erzwungenen Befreiung Saïdas und weiterer Gebiete des Südens im Zeitraum Februar-April 1985 (siehe AIB 3/1985, S. 4-6) ging der nationale Widerstand unverzüglich daran, diese Zonen als Basen für die Intensivierung der Operationen im äußersten Süden auszubauen. Zugleich

Interview mit Ali Hosein (Amal) Die Israelis hinauswerfen



Ali Hosein (30), geboren in der libanesischen Stadt Baalbek im Bekaa-Tal, ist Mitglied des Politbüros der libanesischen militärisch-politischen Organisation Amal und verantwortlich für deren internationale Beziehungen.

FRAGE: Was wird jetzt im Süden des Libanon geschehen?

A. HOSEIN: Was jetzt geschieht, wird davon abhängen, ob sich die israelische Armee vom gesamten besetzten Gebiet zurückzieht oder nicht.

Israel will die Zone, die vorher von Saad Haddad besetzt war, und die jetzt Oberst Antoine Lahad hält, nicht aufgeben, sondern sie sogar ausdehnen. Es möchte die Phalangisten spalten und Probleme mit den „Blauhelmen“ (UN-Friedenstruppe UNIFIL; d. Red.) provozieren.

FRAGE: Was werden die Schiiten tun, um zu verhindern, daß der israelische Rückzug Probleme bringt?

A. HOSEIN: Die Amal ist keine schiitische Organisation. Sie ist die nationale Widerstandsbewegung des Libanon schlechthin.

Was die Amal tut, ist, sich gegen die Besatzer zu wehren, so wie es andere libanesischen Organisationen getan haben. Folglich haben wir Aktionen entfaltet, die auf die Vertreibung der israelischen Besatzer gerichtet sind.

FRAGE: Israel behauptet, daß seine Soldaten angegriffen wurden.

A. HOSEIN: Wir haben sie nicht eingeladen,

in den Libanon zu kommen, genausowenig wie die Europäer Hitler eingeladen haben, nach Europa zu kommen. Die Europäer nahmen sich das Recht, sich gegen Hitler zu verteidigen, und die Nazis aus Europa hinauszuerwerfen.

Das ist es, was wir im Libanon mit den Israelis tun.

FRAGE: Welche Möglichkeiten haben Sie, um zu verhindern, daß die israelischen Repressalien weitergehen?

A. HOSEIN: Wir müssen weiterkämpfen und die Aktionen gegen die israelische Armee verstärken. Wir sind Widerstandskämpfer. Wir haben die gleiche Ausdauer wie die Iraner.

FRAGE: Welches ist das politische Programm der Amal?

A. HOSEIN: Den Süden des Libanon verteidigen und von der feindlichen Besetzung zu befreien.

Die Spaltung des Landes verhindern. Dem palästinensischen Volk helfen, seine Rechte und sein Land wiederzubekommen. In der Gegenwart besteht im Libanon eine Situation der Versöhnung zwischen religiösen Bekenntnissen, die wir unterstützen.

FRAGE: Was denkt die Amal über das Hussein-Mubarak-Projekt?

A. HOSEIN: Wir weisen diesen Plan zurück, weil er ein Werk der Vereinigten Staaten ist und Washington die gerechte Sache der Völker niemals unterstützt.

FRAGE: Wem steht Amal näher: der UdSSR oder den USA?

A. HOSEIN: Wir sind Freunde eines jeden Landes, das unsere Sache unterstützt. Da die UdSSR uns unterstützt hat, sind wir Freunde der UdSSR.

FRAGE: Was hält die Amal von der Organisation Heiliger Islamischer Krieg und den Attentaten mit Auto-Bomben?

A. HOSEIN: Ich bezweifle, daß es eine solche Organisation überhaupt gibt.

Die Amal befürwortet weder die Geiselnahme von Journalisten noch von Diplomaten. Was die Autobomben betrifft, mit denen die Amal nichts zu tun hat, so sind das für uns keine Selbstmordakte. Wir befinden uns mit allen diesen Aktionen gegen Israel absolut in Übereinstimmung.

(Quelle: El Pais, Madrid, 28.3.1985)

Das Beispiel Libanon

Amel B. Krishah

Die Siege, die von der libanesischen Nationalbewegung errungen wurden, sind ein Beispiel, ein lebendiges, positives Beispiel für die Linie der Standhaftigkeit und des Widerstands gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion.

In der gesamten arabischen Welt, die im Schatten eines Kräftegleichgewichts liegt, das zum reaktionären Lager hin tendiert, gibt dieses lebendige Beispiel den militanten Kräften, die gegen den Zionismus und gegen die imperialistische Vorherrschaft in der Region kämpfen, neuen Mut. Im besonderen vermag es, diese Art von Ermutigung an die palästinensische Befreiungsbewegung weiterzugeben.

Auf der anderen Seite lassen die Imperialisten nichts unversucht, um zu zeigen, daß die gesamte Region völlig in ihre Hände gefallen sei. Sie, die Imperialisten und ihre arabischen Marionettenregierungen, suchen die Menschen zur Verzweiflung zu bringen. Sie suggerieren ihnen, daß jetzt mit Widerstandsaktionen nichts mehr zu machen sei, daß der einzige Weg der sei, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) „weißzuwaschen“, sie zum sehr gemäßigten, sehr angenehmen, sehr guten Partner zu präparieren.

Und das, was im Libanon vor sich geht, ist ein sehr eindrucksvolles Beispiel dafür, wie einheitlich unterschiedliche politische Organisationen und Kräfte vorgehen können im gemeinsamen Kampf gegen ihren Feind, den zionistischen, den imperialistischen Feind.

In den Massenveranstaltungen, in den Vorlesungen, in den Meetings, die in der Westbank stattfinden, unterstreichen alle Menschen, alle Redner die Wichtigkeit dessen, was im Libanon vorgeht, als ein Beispiel des opferbereiten Volkswiderstands mit allen Mitteln, dem man folgen sollte. Um für die palästinensische Bewegung den Sieg zu erringen, müssen wir unser Bündnis mit der libanesischen Nationalbewegung festigen, mit Syrien, mit unseren Freunden auf internationalem Gebiet.



Gesprächsrunde mit der palästinensischen Geschäftsführerin A. B. Krishah (r.) und der israelischen Rechtsanwältin F. Langer

Felicia Langer

Selbst der palästinensische Widerstand während des Libanonkrieges 1982 hat in Israel vielen die Augen geöffnet. Viele Israelis haben eingesehen, daß es keine andere Lösung als die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser gibt, weil die Palästinenser nicht aufgeben. So trugen die Standhaftigkeit und der Heroismus der Palästinenser in den 1967 okkupierten Gebieten und im Libanon dazu bei, daß sich die Friedenskräfte in Israel etwas konsolidierten.

Der heldenhafte Kampf des libanesischen Volkes war und ist noch immer ein anderer stimulierender und ein schmerzhafter Faktor, weil die Israelis hier mit Blut bezahlen. Der Mythos der Überlegenheit des israelischen Soldaten, die arrogante Selbstüberschätzung – diese Legende wurde durch die Libanesen und die Palästinenser zerstört.

Ein Teil der israelischen Öffentlichkeit hat plötzlich verstanden, was wir seit Jahren gesagt haben. Die Dinge bewegen sich im Nahen Osten und in Israel, allerdings nicht so rasch und weitgehend wie wir es uns wünschen. Aber wir müssen den Fortschritt der israelischen Friedenskräfte sehen. Und der gesamte Kampf im Libanon und in den besetzten palästinensischen Gebieten ist dabei ein Antriebsfaktor.

1985 waren es offiziell eingestandene ca. 630 Tote und über 3.500 verwundete israelische Militärs; nach FRNL-Schätzungen weit über 2.000 gefallene und über 5.000 verwundete Israelis.

Und selten wurden Interventionstruppen Israels oder der USA derart geschlagen und demoralisiert zum Rückzug gezwungen, ohne daß damit die Aufnötigung knechtender amerikanisch-israelischer Bedingungen (wie etwa im Fall der Separatabkommen mit Ägypten 1978/79 oder dem Libanon 1983) verknüpft wäre.

Insofern haben der libanesischen Widerstand und seine Avantgarde, die FRNL, ein Beispiel dafür geschaffen, daß die Befreiungskräfte der arabischen Region (Palästina!) sich durchaus gegenüber dem Diktat der NATO-Mächte und ihrer Verbündeten siegreich behaupten können (siehe Kasten Beispiel Libanon).

Anmerkungen:

- 1) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 13./14.4. und 11.3.1985; Süddeutsche Zeitung, 11.4.1985
- 2) Siehe u.a. Peres-Interview in: Newsweek, New York, 28.1.1985
- 3) IHT, 13./14.4.1985
- 4) Daten nach: Israel in Lutte (LEL), Beirut, September 1983, S. 34ff.; Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 367/Okttober 1984; An Naher, Paris, September 1984; Le Monde, Paris, 20.2.1985
- 5) LEL, September 1983, S. 36

organisierte er die Selbstverteidigung der Massen in den geräumten Gebieten, da mit israelischen „Strafaktionen“ jederzeit gerechnet werden muß (siehe Masaker von Zrariyeh, S. 32/33).

Die FRNL hat damit ihre Zielvorstellung des Jahres 1983 eingelöst, den Widerstand im Süden zur Sache der breiten Massen, zu einer wahren Volksbewegung zu entwickeln: „Der bewaffnete Widerstand, den die FRNL führt,“ so betonte sie damals, „hat nicht nur rein militärische Auswirkungen. Sie stellt den wichtigsten Motor zur Remobilisierung des libanesischen Volkes gegenüber den Okkupanten dar. Und in dem Maße, wie die FRNL ihre Operationen vervielfacht, werden sich auch die Tage der Aufstände, Generalstreiks, Kundgebungen in der gesamten besetzten Zone häufen.“⁵

Die FRNL betreibt auch am nachdrücklichsten die Kooperation mit den ande-

ren Zweigen der Widerstandsbewegung, mit der Amal, der Hezbollah u.a. Sie trifft damit Vorsorge dafür, daß über den Tag der völligen Befreiung des Südens hinaus der politische Einfluß der Befreier des Südens im gesamtlibanesischen Rahmen, stärker zum Tragen kommen wird; und zwar im Sinne der von der Nationalen Demokratischen Front erstrebten nationalen Einheit auf gerechterer politisch-sozialer Grundlage (siehe Plattform der Front).

Darüber hinaus hat der libanesischen Widerstand Israel und den USA eine Lektion vietnamesischen Zuschnitts beschert.

Israels überlegene Militärmaschinerie mußte in keinem der vorausgegangenen Nahostkriege (1948/49, 1956, 1967 und 1973) derart schwere Verluste an Menschen und Material hinnehmen wie seit der Invasion 1982 im Libanon. Im April

AIB-Sonderheft



1/1985: 10 Jahre befreites Vietnam

Mit folgenden Beiträgen:

Vietnam? Vietnam! ● Das Vietnam-Trauma ● Die Befreiung Saigons ● Der mühevolle wirtschaftliche Wiederaufbau ● Vietnam-Daten ● Wende in der Kampuchea-Frage? ● Die Vietnam-Solidaritätsbewegung ● Symbol Ho Chi Minh ● Aktions- und Materialspiegel

Umfang: 28 Seiten; Preis: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!



Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort*

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____**

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____**

* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 29,80 DM; Luftpost 49,60 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

** Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (Z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift

Unterschrift: _____

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit - widerruflich -, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot: _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Alle reden über Raketen. Aber niemand über

Navstar

Dabei wird „NAVSTAR den Krieg revolutionieren“ stellt die britische wissenschaftliche Zeitung „New Scientist“ am 11.10.84 fest. Alles über NAVSTAR, welche Folgen dieses neue System für die Länder der „3. Welt“ hat, jetzt aktuell im:

Friedenspolitischen Informationsdienst 1/1985

„Rüstung im Weltraum“

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK).



Wer war das?

Zivilcourage

Ich bestelle das Sonderheft des Friedenspolitischen Informationsdienstes 1/1985 zum Thema: Rüstung im Weltraum.

Ich habe den Betrag von ³⁵⁰ DM (incl. Versandkosten) auf das DFG-VK Konto 1870-201 Postscheckamt Hamburg überwiesen.

Ich habe den Betrag in Briefmarken beigelegt.

Ich möchte die nächste Nummer des Friedenspolitischen Informationsdienstes probeweise zugeschickt bekommen.

Ich abonniere den FID (erscheint 6mal im Jahr zum Preis von ²⁰ DM).

Name:

Straße:

Wohnort:

Datum: Unterschrift:

**DFG-VK Bundesgeschäftsstelle
Schwanenstr. 16**

5620 Velbert 1

Wer sich aus erster Hand informieren will

— über die Aktionsstrategien der politischen Pazifisten in unserem Land

— über die größte Friedensgesellschaft in der Bundesrepublik, der braucht Zivilcourage.

Die Zeitung der DFG-VK.

Bitte senden Sie mir ein Probeexemplar

Ich möchte mehr über die DFG-VK wissen

Name:

Straße:

Wohnort:

Datum: Unterschrift:

**DFG-VK Bundesgeschäftsstelle
Schwanenstr. 16**

5620 Velbert 1

INTERNATIONAL COMMISSION OF INQUIRY INTO ISRAELI CRIMES AGAINST THE LIBANESE AND PALESTINIAN PEOPLES THIRD SESSION BONN MARCH 29-31 1985



Im Präsidium der Bonner Kommissionssitzung v. l. n. r.): PLO-Vertreter Abdallah Frangi, Sekretariatsmitglieder Prof. Stuby (Bremen), Prof. Pierson-Mathy (Belgien), Kronanwalt Platts-Mills (Generalsekretär, England), Rechtsanwalt Bassam El Daye, persönlicher Beauftragter des libanesischen Ministerpräsidenten Karamé

Schlußfolgerungen der 3. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission Israels Besatzerpraktiken haben System

Vom 29.-31. März 1985 fand in Bonn die 3. Sitzung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk“ statt, an der rund 100 Personen aus 31 Ländern und von vier Kontinenten teilnahmen. Neben zahlreichen Augenzeugen- und Expertenaussagen zur israelischen Besatzungspolitik im Libanon, der palästinensischen Westbank und Gaza ist der Bericht des Bremer Völkerrechtlers und Sekretariatsmitglieds Prof. Gerhard Stuby über eine Fact-Finding-Mission in Israel und den 1967 okkupierten palästinensischen Gebieten besonders hervorhebenswert.

Die beiden ersten Sitzungen in Nikosia (August 1982; siehe AIB 10/1982, S. 28-31) und Genf (Februar 1983; siehe AIB 5/1983, S. 14-16) hatte die Kommission fast ausschließlich der Kriegführung Israels während der Libanoninvasion vom Juni-August 1982 und den Massakern von Sabra/Schatila vom September 1982 gewidmet. In Bonn standen nunmehr die Besatzerpraktiken Israels im Südlibanon 1982-85 im Vordergrund, begleitet von einer erstmaligen Ausweitung des Untersuchungsgegenstands auch auf die Westbank und Gaza. Der Stuby-Bericht (Kurzfassung nachstehend) wurde ergänzt durch die faktenreichen Aussagen der Rechtsanwälte Walid Fahoum und Felicia Langer, die einen Überblick über die Situation der libanesisch-palästinensischen politischen Gefangenen vermittelten (siehe Kasten), sowie der palästinensischen Gewerkschaftsführerin Amel B. Krishah aus Ostjerusalem. Das von ihnen gezeichnete Gesamtbild ergab, daß der in den hiesigen Medien erweckte Anschein, unter der Regierung Peres sei eine Liberalisierung der Besatzungspolitik in der Westbank und Gaza im Gange, trügt. Hier wie im Südlibanon haben wir es seit dem Herbst 1984 eher mit einer Verschärfung der Unterdrückung, einer Politik der „Eisernen Faust“ zu tun, wie die im vollen Wortlaut dokumentierte Bonner Schlußerklärung unterstreicht (siehe auch Beiträge von I. Lübben-Pistofidis und den Bericht zum Massaker von Zrariych).

Vom 29.-31. März 1985 fand in Bonn (Bundesrepublik Deutschland) die 3. Tagung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk“ statt. Die Kommission tagte zu einem Zeitpunkt, da die politische Lage im Libanon sich weiter verschlechtert und höchste Besorgnis in der ganzen Welt hervorruft.

Zur gleichen Zeit, in der die Regierung Peres den sog. freiwilligen Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus diesem Lande, das Opfer der israelischen Aggression wurde, verkündet, führt sie gegen zahlreiche südlibanensische Städte und Dörfer und ihre wehrlose Zivilbevölkerung eine Flut von brutalen „Strafmaßnahmen“ durch.

Schon seit mehr als anderthalb Monaten bringen Soldaten der israelischen Armee schuldlose Menschen um, ohne Frauen, Kinder und Greise zu schonen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen im Süden Libanons kommt der 3. Tagung der „Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Israels am libanesischen und palästinensischen Volk“ eine besondere Bedeutung zu. Sie drückt die Sorge der Weltöffentlichkeit über die Ereignisse in diesem Teil des Nahen Ostens aus.

Die Teilnahme einer Delegation aus Libanon, die aus Persönlichkeiten aus allen wichtigen Sektoren der patriotischen Kräfte zusammengesetzt war, unter ihnen der Vertreter des libanesischen Ministerpräsidenten, und der PLO an dieser Tagung haben wesentlich zum Erfolg der dreitägigen Beratungen der Kommission beigetragen.

Auf der Eröffnung und während der Arbeitstagung der Kommission waren die Botschafter Libanons, Syriens, Libyens, Saudi Arabiens, Tunesiens und anderer in der Bundesrepublik

akkreditierter arabischer Staaten sowie der PLO bzw. deren Vertreter anwesend.

Während der 3 Tage hörten die Mitglieder der Kommission die Zeugenaussagen von Opfern der israelischen Aggression gegen das libanensische und palästinensische Volk, Berichte von Sondermissionen der Kommission, die Israel und Libanon und andere besetzte arabische Gebiete besuchten.

Sie machten sich an Ort und Stelle mit der Lage vertraut, trafen mit Vertretern verschiedener politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen zusammen, die gegen die israelische Okkupation kämpfen. Die Ergebnisse der Reisen wurden den Kommissionsmitgliedern in Bonn vorgelegt und fanden großes Interesse bei den Anwesenden.

Nach allen Anhörungen kam die Kommission zu den nachstehenden Feststellungen:

Teil A

1. Fast 3 Jahre nach seiner Invasion in Libanon setzt Israel seine Aggression und seine Besetzung in einem größeren Teil des Territoriums dieses souveränen Staates unter Verletzung der Resolution des Sicherheitsrates, in der der sofortige und bedingungslose Abzug der Streitkräfte Israels aus dem Territorium dieses Staates gefordert wird (Res. 509, 6. Juni 1982), fort.

2. Der israelische Aggressor hat die so geschaffene Situation genutzt, um mit Hilfe seines amerikanischen Schutzherrn zu versuchen, dem libanesischen Staat die Bedingungen für seinen Rückzug zu diktieren und zu versuchen, ihm den Abschluß eines politischen Abkommens, die Errichtung einer Sicherheitszone an der internationalen Grenze sowie als Gegenleistung für seinen Rückzug den gleichzeitigen Rückzug der syrischen Streitkräfte aufzuzwingen.

3. Der nationale Widerstand gegen die Besatzer und der Kampf der libanesischen patriotischen Kräfte haben diesen Plan zum Scheitern gebracht. Das Projekt eines israelisch-libanesischen Abkommens vom 17. Mai 1983 ist am 3. März 1984 aufgegeben worden, Saida, die Hauptstadt des Südlibanon, das Symbol des geeinten Widerstandes der patriotischen libanesischen Kräfte, ist heute befreit. Der nationale libanesische Widerstand verstärkt seine Aktionen für die völlige Befreiung des südlibanesischen Territoriums, von Westbekaa und Rashaya. Dieser legitime Widerstand des Volkes gegen die israelischen Besatzer wird als heilige Pflicht aller libanesischen Patrioten, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit und religiösen Überzeugung, angesehen.

4. Israel, dessen Okkupationsstreitkräfte ständig Zielscheibe von Aktionen sowohl ziviler als auch bewaffneter Art der nationalen libanesischen Widerstandsbewegung sind, mußte seine Strategie in Libanon ändern.

Am 14. Januar 1985 hat Israel seinen Beschluß angekündigt, seine Truppen aus Libanon in einem Drei-Stufen-Plan bis zur internationalen Grenze „zurückzuziehen“.

Angesichts der Weigerung der libanesischen Regierung der Nationalen Einheit, bei den Verhandlungen von Nakoura zu akzeptieren, daß der Rückzug der israelischen Streitkräfte unter der Bedingung des Abschlusses eines Sicherheitsabkommens stattfindet, hat Israel am gleichen Tage den einseitigen Beschluß angekündigt, in Südlibanon eine „Sicherheitszone“ unter Kontrolle von libanesischen Hilfsstreitkräften (ASL), die vom israelischen Staat bewaffnet und finanziert werden, aufrechtzuerhalten.

5. Kurz nach der Verwirklichung der ersten Phase dieses Planes begann Israel mit der Operation „Eiserne Hand“, die in umfangreichen Kriegshandlungen gegen zahlreiche Dörfer in den noch besetzten Zonen sowie in Angriffen und bewaffneten Operationen einer mobilen Einsatztruppe gegen Ortschaften in der Zone, aus der die israelische Armee sich zurückgezogen hatte, bestand.

6. So haben sich die israelischen Okkupationsstreitkräfte unter dem Vorwand eines angeblichen Rückzuges 3 Jahre nach der Invasion in Libanon nur auf anderen, auf libanesischem Gebiet liegende strategische Linien festgesetzt. Unter Verletzung der Resolutionen des Sicherheitsrates bezüglich eines sofortigen und bedingungslosen Rückzuges stellt die Verlegung der israelischen Streitkräfte in Wirklichkeit nur eine Fortsetzung der illegalen Okkupation libanesischen Territoriums dar und geht einher mit der Verstärkung seiner Aggression gegen das libanesische Volk und seinen Staat. Israel



Lager Al-Ansar im Südlibanon

droht sogar, eine Taktik der verbrannten Erde zu praktizieren, um unter dem Vorwand der Gewährung der „Sicherheit in Nordisrael und einer sicheren Grenze“ einen Teil Südlibanons unbewohnbar zu machen.

7. Israel strebt also keinen Frieden an, sondern alles deutet darauf hin, daß dieser Staat unter Verletzung der territorialen Integrität des libanesischen Staates den zionistischen Expansionsplan in Libanon fortsetzt, der auch die Kontrolle eines Teils der Wasserressourcen in Südlibanon, insbesondere der des Litani-Flusses, beinhaltet.

Teil B

1. Die Invasion und andauernde Besetzung eines Teils des libanesischen Territoriums durch Israel stellen eine Verletzung der grundlegendsten Normen des Völkerrechtes in bezug auf die unerlaubte Anwendung von Gewalt und in bezug auf die Erhaltung des Friedens dar.

Diese militärische Besetzung ist eine Aggression im Sinne der Definition der UNO-Vollversammlung vom 14. Dezember 1974 (Resolution 3314 (XXIX)). Keinerlei Beweggrund – sei er auch politischer, ökonomischer, militärischer oder anderer Art – kann die Verlängerung dieser Besetzung rechtfertigen.

Ein Aggressionskrieg sei ein Verbrechen gegen den Frieden. Israel macht sich im Libanon eines solchen Verbrechens schuldig und wird sich international dafür verantworten müssen.

2. Seit der Invasion vom Juni 1982 unterstützt Israel gegen jede Offensichtlichkeit die juristische Fiktion, daß es sich nicht im Krieg mit dem libanesischen Staat befindet und daß seine militärische Präsenz in diesem Land keine Kriegsbesetzung sei. Die Realität ist ganz anders – Israel hat den souveränen Staat Libanon überfallen und hält einen großen Teil von dessen Territorium seit Juli 1982 besetzt.

Auf eine solche Lage wird das Kriegsrecht angewendet. Israel ist verpflichtet, dieses Recht zu respektieren – sei es, daß es sich um das Recht in bezug auf die Kriegführung bzw. die Haager Landkriegsordnung, oder sei es, daß es sich um die Normen des Völkerrechtes handelt, die auf die Lage der sich in der Macht der Besetzungstreitkräfte befindenden Personen anwendbar sind, d.h. das Genfer Recht, insbe-

sondere die 4. Konvention über den Schutz von Zivilpersonen zu Kriegszeiten vom 12. August 1949.

3. Israel ist folglich direkt verantwortlich für die vielfachen Kriegsverbrechen, die im Libanon von diesen bewaffneten Streitkräften und den von ihnen eingesetzten Hilfstruppen begangen wurden.

Teil C

Die Tatsachen, die zusammengetragen, und die zahlreichen Zeugenaussagen, die angehört wurden, beweisen, daß die anhaltende Besetzung eines Teils des libanesischen Territoriums die Quelle zahlreicher Verbrechen und Leiden ist, die der in der Macht der Besetzungstreitkräfte und ihrer Handlanger befindlichen Zivilbevölkerung zugefügt wurden, und daß diese Besetzung zu massenhaften und wiederholten Verletzungen dieser internationalen humanitären Verpflichtungen bezüglich dieser Bevölkerung durch die israelische Armee geführt hat. Die aufgezwungene Spaltung des libanesischen Staates, die ein Ergebnis dieser anhaltenden Besetzung ist, verletzt die Souveränität und territoriale Integrität dieses Staates und beeinträchtigt ernsthaft das normale Funktionieren des libanesischen Staates. Diese Besetzung hat ebenfalls verheerende ökonomische, soziale und menschliche Folgen für Südlibanon und den libanesischen Staat insgesamt.

Israel verfolgt in der Tat eine Politik der militärischen Besetzung, der Einschüchterung und der Repression, die

- jegliches normales Leben verhindert,
- die Bevölkerung Südlibanons, von Westbekaa und Rashaya von den anderen Teilen des libanesischen Staates isoliert,
- den freien Personen- und Warenverkehr zwischen den besetzten Gebieten und dem Libanon insgesamt sowie innerhalb dieser Gebiete behindert und einen großen Teil der wirtschaftlichen Aktivität lähmt,
- das normale Funktionieren der Verwaltung, der sozialen Dienste sowie der Volksbildung in den besetzten Gebieten verhindert oder beeinträchtigt,
- die Bevölkerung demütigt und einen Anschlag auf das Gefühl nationaler Würde darstellt,
- einen vorsätzlichen Anschlag auf das kul-

turelle Erbe und die kulturellen Werte des libanesischen Volkes darstellt,

– weder die heiligen Stätten noch die religiösen Würdenträger noch Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen oder das Personal des Gesundheitswesens respektiert, und die Versorgung der besetzten Gebiete mit Medikamenten behindert, und den Zugang der Opfer der bewaffneten Operationen zur medizinischen Hilfe blockiert,

– die Libanesen zu spalten und sie gegeneinander auszuspielen versucht,

– zur Kollaboration und zur Anwerbung bei den Hilfsmilizen ermuntert,

– zur gewaltsamen Vertreibung zahlreicher libanesischer Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten führt,

– und tausende von Arbeitslosen und jungen Menschen, die durch die Repressionspolitik bedroht sind, zur Flucht aus diesen Gebieten zwingt,

– zur willkürlichen Verhaftung ohne Rücksichtnahme auf Alter und Geschlecht und zur illegalen Inhaftierung von tausenden Libanesen und Palästinensern unter unmenschlichen Bedingungen im Konzentrationslager Ansar führt, nachdem diese in Zentren verhört worden sind, in denen ständig gefoltert wird und erniedrigende Haftbedingungen herrschen, die an sich schon eine Art ständige Folterung darstellen,

– Südlibanon in ein riesiges Gefängnis für die gesamte Zivilbevölkerung verwandelt, die sich in der Macht der Okkupationsstreitkräfte und ihrer Handlanger befindet.

Angesichts des wachsenden legitimen Widerstandskampfes eines ganzen Volkes gegen die Besatzer, der sowohl zivile als auch bewaffnete Aktionen umfaßt, hat Israel in den letzten Wochen die kollektiven Vergeltungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung verstärkt und die Aggression eskaliert.

Die Internationale Untersuchungskommission ist besonders besorgt über folgende verbrecherische Praktiken, die an die von der faschistischen Armee angewendeten Methoden erinnern:

– Absperrung von Dörfern,
– Sperrung der Lebensmittelversorgung dieser Dörfer,

– Razzien, Durchsuchungen von Gebieten und Häusern, bei denen weder Schulen noch heilige Stätten oder Krankenhäuser verschont werden,

– Massenverhaftungen, von denen auch Kinder, ältere Personen und schwangere Frauen betroffen werden,

– Sprengung oder Zerstörung mittels Bulldozer von Häusern unschuldiger Zivilisten,

– Beschuß der Zivilbevölkerung sowie von ausländischen Augenzeugen und Journalisten und Mitgliedern der UNIFIL (UNO-Friedenstruppen; d. Red.) durch die Okkupationsarmee,

– Folterung und standrechtliche Erschießung von Zivilisten,

– standrechtliche Erschießung von verwundenen Widerstandskämpfern.

Teil D

Die Internationale Untersuchungskommission unterstreicht auf der Grundlage der Feststellungen ihrer nach Libanon entsandten Delegation sowie der zahlreichen vorgelegten Augenzeugenberichte, daß im Gegensatz zu den israelischen Propagandabehauptungen:

– der Widerstandskampf eine nationale Erscheinung in Libanon ist und nicht Angelegenheit einer kleinen Gruppe der libanesischen Bevölkerung,

– dieser Widerstand von der Regierung der Nationalen Einheit des Libanon unterstützt

Politische Gefangene



Walid Fahoum, Rechtsanwalt und Repräsentant der Freunde der israelischen Gefangenen, gab vor der Bonner Untersuchungskommission einen Überblicksbericht zur Behandlung der palästinensisch-libanesischen politischen Gefangenen in Israel und den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten (Westbank, Ostjerusalem, Gaza).

Er sprach von gegenwärtig mehr als 20 Gefängnissen und 40 Polizeistationen und Requirierungszentren, in denen palästinensische und libanesisch politische Gefangene festgehalten werden.

In den besetzten palästinensischen Gebieten sind 3.150 politische Gefangene eingekerkert. Die wichtigsten Gefängnisse sind die von Jenin, Schnet, Nablus und Gaza.

In Israel sind 1.295 Palästinenser und Libanesen in Haft. Ein Großteil befindet sich in den Gefängnissen von Ashkelon und Talmoun. Diese Zahlen haben sich durch die Verlegung eines Großteils der libanesischen und palästinensischen Gefangenen aus dem im Südlibanon gelegenen Konzentrationslager Al-Ansar nach Israel um 1.000-1.200 Inhaftierte erhöht.

Die Anzahl der politischen Gefangenen ist im Vergleich zur Einwohnerzahl Israels eine der höchsten der Welt. In den besetzten Gebieten sind 90% aller Gefängnisinsassen politische Gefangene. In Israel beläuft sich ihr Anteil auf 10%.

Die politischen Gefangenen sind zusammen mit kriminellen Insassen eingekerkert. Es gibt außerdem keine Sondergefängnisse für Jugendliche.

Die Haftbedingungen bleiben weit hinter den internationalen Normen zurück. So legt die UNO fest, daß jedem Gefangenen 8 qm zur Verfügung stehen müssen. In Nablus, Hebron und Ramallah stehen jedem Gefangenen 1,5 qm zu, in Jenin gar nur 1 qm. In den Einzelarrestzellen in Jenin sind es nur 0,5 qm. Aufgrund der räumlichen Enge schlafen in Ramallah die Gefangenen, die nur über 0,6 qm verfügen, in zwei Schichten. Die beengten Verhältnisse und die schlechte Qualität des Essens – so betonte Walid Fahoum – führen zur Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten, zu Magengeschwüren und Mangelerscheinungen.

Die Folter ist an der Tagesordnung. Dazu gehören das Umlegen von würdigen Halskrausen, das Aufhängen an den Händen, Schlagen auf die Ohren, Stören des Schlafs, Einzelhaft und psychologische Folter.

Nahil Khalil, palästinensischer Gefangener aus Ostjerusalem, bezeugte vor der Bonner Untersuchungskommission, daß diese Methoden im Ramallah-Gefängnis (Westbank) systematisch angewandt werden.

Dort seien infolge schwerer Mißhandlungen bzw. Fehlbearbeitungen nach Hungerstreiks (1980!) seit 1967 insgesamt 63 politische Gefangene zu Tode gekommen.

Die Mehrzahl der Bonner Zeugnisaussagen galt indessen dem größten israelischen Internierungslager im Südlibanon, dem Konzentrationslager Al-Ansar, das 1982-85 zehntausende Libanesen und Palästinenser durchliefen. Der ehemalige Sprecher der Lagerhäftlinge, Salah Taamari (Palästinenser), berichtete u.a.:

„Die Szene von Handfesseln, Ketten, Kapuzen und Stacheldraht war alltäglich in Ansar... Mehr als 22.000 passierten die Tore von Ansar. Im Höchstfall waren 9.000 dort gleichzeitig gefangen. 90% waren arbeitende Menschen ...

In Ansar gab es kein Gesetz außer den Befehlen des israelischen Kommandanten. Nicht einmal israelische Gesetze galten...

Die Verhöre durch die Israelis dauerten mehrere Monate, nicht nur um Informationen zu erhalten, sondern auch um die Gefangenen zur Zusammenarbeit zu zwingen und sie zu demoralisieren ...”

Die anderen Al-Ansar-Häftlinge, die in Bonn in den Zeugenstand traten, die Libanesen Nasrudin Kassir (Arzt aus Tyrus), Hussein Baydoun, Abdullah Nestr (Bauer, zweimal inhaftiert), Ibrahim Daabul (Arbeiter aus Beirut) und Mustafa Al-Masri (Religionslehrer, viermal inhaftiert) berichteten von folgenden im KZ Al-Ansar gängigen Verhör- bzw. Foltermethoden:

Schläge mit Stöcken, Stangen, Steinen auf den Kopf, was meist mit Sack über dem Kopf oder Augenbinde erfolgte; Besprühen des Kopfes mit Schädlingsbekämpfungsmitteln; Kreuzverhör auf Fußboden mit Nägeln; Aushungern, Trinkwassersperrern; Elektroschocks, besonders an Genitalien; Übergießen mit kaltem Wasser; wochenlange Fesselung mit Lagerung auf dem Boden bzw. in Gruben ohne Decken, nachts in Kälte, tags ungeschützt in Sonne; Todesdrohungen; Versagung ärztlicher Hilfe selbst bei Asthma- oder Herzinfällen, was z.B. 1982 – laut dem Arzt N. Kassir – zum Herztod des Libanesen Mroué führte.

Mehrere Augenzeugen berichteten ferner, daß im Rahmen von Verlegungen Gefangener an andere Orte (teils nach Israel) diese wiederholt verschwanden bzw. zu Tode gefoltert wurden. Im Dezember 1984 fand man z.B. nahe dem südlibanesischen Ort Banat Yacoub ein Massengrab mit 44 Toten, von denen zahlreiche als Häftlinge des KZ Al-Ansar identifiziert wurden.



wird, und es sich folglich um den Widerstand eines ganzen Volkes und Staates handelt, der über konfessionelle und politische Grenzen hinweg von der Bevölkerung der besetzten Gebiete und des ganzen Libanon getragen wird; — dieses Volk auch unter großen Opfern entschlossen ist, den Kampf gegen die ausländischen Besatzer zu führen, bis diese vom letzten Stück des nationalen Territoriums vertrieben sind;

— dieser Widerstand gegen die Aggression völkerrechtlich legitim ist und daß die gefangenen bewaffneten libanesischen Widerstandskämpfer nicht als Terroristen bezeichnet oder behandelt werden dürfen, sondern daß diese als Teilnehmer eines legitimen Kampfes Anrecht auf die gleiche Behandlung wie Kriegsgefangene haben.

1. Israel ist als Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten verpflichtet, die Normen des internationalen Rechts einzuhalten, die für die Besetzung fremden Territoriums gelten. Diese sind in erster Linie die 4. Konvention von Genf von 1949 und die Prinzipien der Haager Landkriegsordnung vom 18.10.1907.

Die Gegenargumente Israels können nicht akzeptiert werden. Zahlreiche Erklärungen der UNO, aber auch der überwiegenden Mehrheit der Staaten, darunter auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland, haben dies festgestellt.

2. Entgegen allen Meldungen in manchen Massenmedien geht das israelische Siedlungsprogramm in der Westbank, im Gaza-Streifen und auf den Golan-Höhen unvermindert weiter. Besonders gravierend sind die Siedlungsmaßnahmen im Zentrum alter arabischer Städte, z.B. in Hebron und Nablus.

Den illegalen Siedlungen wird durch ein umfassendes und undurchschaubares System von Militärordern der Anschein von Legalität gegeben. Die israelische Besatzungsmacht schützt mit dem falschen „Argument“ der Neutralität zwischen Siedlern und arabischer Bevölkerung den eingetretenen Status quo.

Unter dem Deckmantel scheinjuristischer Argumentation (militärische Sicherheit, Erklärung zum öffentlichen Land, angeblich verlassenes Land usw.) ist es inzwischen gelungen, fast 40% ehemals arabischen Bodens in israelisches Eigentum zu überführen. Infrastrukturelle Maßnahmen insbesondere die Anlegung eines Straßennetzes integrieren die besetzten Gebiete zunehmend wirtschaftlich und demographisch in Israel.

3. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten läuft darauf hinaus, bestehende Ansätze einer unabhängigen Wirtschaftsstruktur zu zerstören und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Siedlungen eine völlig von Israel abhängige Wirtschaft aufzubauen.

Alle Investitionen von palästinensischer Seite im landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektor werden unterbunden, ebenso die Erhaltung bzw. der Aufbau eines unabhängigen Bankensystems. Kommunale Aktivitäten, z.B. die Erhaltung des Elektrizitätssystems, die Erhaltung eines selbständigen Gesundheitssektors usw. werden unmöglich gemacht. Selbst der private Wohnungssektor unterliegt zahlreichen Restriktionen.

Ein besonderes Problem stellt die Behandlung der „Gastarbeiter“ aus den besetzten Gebieten dar. Ohne jeglichen Schutz gewerkschaftlicher und sozialrechtlicher Art (die abgezogenen Sozialabgaben hält der israelische Staat zurück) werden sie weit unter dem Niveau israelischer Arbeitnehmer rücksichtslos ausgebeutet.

4. Die Situation der Flüchtlinge, insbesondere in den von der UNWRA (UNO-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge; d. Red.) betreuten Lagern, spricht selbst den primitivsten Menschenrechten Hohn.

Anstatt eine politische Lösung dieses seit Jahr-

Das Massaker von Zrariyeh

Wir unterbreiten Ihnen die Fakten eines der schrecklichsten Massaker, das die israelischen Besatzungstruppen gegen Zrariyeh, ein Dorf im Südlibanon, begangen haben.

Dieses Massaker stellt eine neue Etappe auf dem Weg des von den USA unterstützten „Staatsterrorismus“ (siehe dazu: AIB 4/1985, S. 4ff.; d. Red.) dar, den Israel seit seiner Besetzung des Libanon 1982 betreibt und der sich in Saida, Sabra und Schatila, Sohmor, Maarake, Arabsalim, Kamed-El-Loz ... deutlich manifestiert hat.

Bei den genannten Massakern hatte Israel versucht, seine Verantwortung und die seiner Truppen abzustreiten, indem es seine libanesischen Agenten und Kollaborateure als Alleinschuldige bezeichnete.

Diesmal hat es hier dagegen durch einen seiner höheren Offiziere im Süden offiziell erklären lassen, daß es „dem Dorf Zrariyeh, das eine Operationsbasis gegen unsere Positionen geworden ist, eine Lektion erteilt hat“. Rabin (Israels Verteidigungsminister; d. Red.) sagt zu den an diesem Massaker beteiligten Truppen: „Mission erfüllt, Sie haben gut gearbeitet.“

Außerdem haben die israelischen Soldaten ihr Verbrechen mit Slogans an den Mauern dieses Dorfes unterschrieben: „Dies ist die Rache Tsahals“ (israelische Armee; d. Red.) und „Wir werden jeden Tropfen israelischen Bluts rächen“. Das heißt, daß sie sich für den gerechten Widerstand gegen die Besetzung rächen, indem sie Zivilisten massakrieren.

Die Fakten

Das Dorf Zrariyeh liegt im Gaza von Saida, 28 km von der Hauptstadt des Südens und 81 km von Beirut entfernt. Es hat fast 10.000 Einwohner. Befreit wurde es am 16. Februar 1985 nach dem israelischen Rückzug aus diesem Teil des Libanon, der durch den bewaffneten Volkswiderstand gegen die Besatzungstruppen erreicht wurde.

Aber nach ihrem Rückzug haben die israelischen Besatzungstruppen ihre Aggressionen gegen dieses Dorf nicht eingestellt, sondern seine Häuser bombardiert, Infiltrationsversuche unternommen oder die Absperrungen der dort installierten libanesischen Armee beschossen... Und dies bis zur Nacht von Sonntag, dem 10. auf Montag, dem 11. März 1985.

In dieser Nacht wurde das Dorf ab 23 Uhr (örtliche Zeit) mit einem dichten Granatfeuer belegt, das in den ersten Morgenstunden immer heftiger wurde. An ihm waren die israelischen Stellungen in den Dörfern Ansar-Numeiriyé im Norden, auf den Hügeln von Breikeh im Osten und von Bedias im Süden beteiligt.

Während dieser Zeit rückten mehr als 100 Panzerwagen, hauptsächlich mit 105-mm-Geschützen ausgerüstete Merkava-Tanks, auf die umliegenden Hügel des Dorfes vor, während die Hubschrauber Hunderte Einsatzkommandos über diesen Hügeln absetzten.

3.000 israelische Soldaten haben an der Erstürmung des Dorfes teilgenommen, nachdem zuvor die Granaten von Dutzenden von Geschützen auf das Dorf niedergegangen waren. Dort gibt es keine einzige Schutzvorrichtung und die meisten Häuser sind einstöckig. Das wirkliche Ziel war also, mög-

lichst viele Zivilpersonen zu töten und das Dorf zu zerstören...

Aber das war nichts im Vergleich zu dem, was sich nach dem Eindringen der Besatzungstruppen im Dorf abspielte. Sie haben auf alles geschossen, was sich bewegte, auch auf die Frauen und Kinder, die sich in den Feldern weitab von den Bombardierungen verstecken wollten. Sie haben Häuser zerstört, sind mit ihren Panzern über die Autos gefahren, in denen teilweise noch Menschen saßen (dies gilt für Soubhi Hussein Meanna, Vater von neun Kindern).

Sie haben alle männlichen Bewohner zwischen 10 und 70 Jahren zusammengetrieben, die meisten von ihnen festgenommen und auf einige geschossen oder Raketen auf sie abgefeuert

(man hat den verkohlten Oberkörper von Nehmé Charif Hachem gefunden, der von den Israelis auf den Feldern außerhalb des Dorfes aufgegriffen worden war).

Sie haben die Häuser geplündert und die Säcke mit gespendeten Lebensmitteln in der „Husseinia“ (Kultstätte) des Ortes vermint. Dadurch waren die Mannschaften des Libanesischen Roten Kreuzes gezwungen, die Körper der Opfer des Massakers in die „Husseinia“ des Nachbardorfes Sarafand zu bringen...

Sie haben den Mannschaften der Hilfsorganisationen, darunter dem internationalen Roten Kreuz, untersagt, in das Dorf hineinzugehen. Sie haben vor ihren Krankenwagen Schüsse abgegeben und sie aufgefordert, nicht näher zu kommen (diese Organisationen haben übrigens Kommunikés über diese Ereignisse veröffentlicht).

Indem Israel die internationalen Organisationen so weit wie möglich vom Dorf abdrängte, war es keineswegs darauf bedacht, sein Verbrechen zu verheimlichen, zumal es nichts vertuscht hat, was auf dieses Verbrechen hindeutete und es an den Wänden des Dorfes unterschrieben hat.

Seine Absicht war vielmehr, die Hilfe für die Verwundeten so lange wie möglich hinauszuzögern. Von diesen sind einige vor ihren Verwandten und Nachbarn verblutet, da ihnen jegliche Hilfeleistung untersagt war (in der Presse veröffentlichte Aussage des Vaters von Rida Ali Mroué).

Die Bilanz

Am Montag, dem 11. März 1985 um 16 Uhr nachmittags haben sich die israelischen Besatzungstruppen mit 150 Gefangenen aus dem Dorf zurückgezogen, unter ihnen 21 libanesischen Soldaten, der Arzt des Dorfes, Ali Hammoud Mroué (nachdem sein Auto zerstört und seine Klinik verwüstet worden war) und 9 Verwundete, die Israel erklärtermaßen trotz ihres Zustands festgenommen hat.

Die Reporter und Fotografen der internationalen und libanesischen Presse sowie die vor dem Dorf wartenden Krankenwagen sind in das Dorf gekommen, wo noch die in einigen Häusern, Läden und Autos gelegten Brände loderten. Sie haben die Körper derjenigen gesehen, die auf den Straßen umgebracht worden waren, oder die um die zerstörten Autos verstreut lagen...

Die Bilanz dieses Massakers, wie sie vom Libanesischen Roten Kreuz, den Pressekorrespondenten (anhand von Fotos) und dem



Rat des Südlibanon (Regierungsorgan) festgestellt wurde, war folgende:

- 30 getötete Zivilisten zwischen 16 und 64 Jahren, von denen einige Väter von Familien mit 3-9 Personen waren.

- Etwa 40 Verwundete; die Verletzungen von einigen sind schwer und andere werden als Behinderte eingestuft. Außerdem sind unter den Verwundeten kleine Kinder: Hanan Rislán, erst 7 Monate alt, sowie seine beiden Brüder Ali (4 Jahre) und Abbas (2 Jahre).

Diese Informationen stammen aus dem Kommuniqué des Libanesischen Roten Kreuzes, das am Dienstag, den 12.3.1985 veröffentlicht wurde und das die Einsätze seiner Gruppen zusammenfassend darstellt, die geholfen haben, 22 Leichen und 21 Verwundete in die Krankenhäuser von Saida und Beirut zu bringen.

- 30 völlig zerstörte Häuser, darunter die Büros der Gendarmerie sowie 10 gesprengte Läden (vom Regierungsorgan Rat des Südlibanon am 14.3.1985 veröffentlichte Bilanz).

- 50 von den israelischen Panzerwagen niedergewalzte Autos (oben genannte Quelle); in einigen hat man die Überreste ihrer Insassen gefunden.

Die Vertreter der ausländischen und libanesischen Presse haben Fotos dieser Verbrechen veröffentlicht, insbesondere die amerikanischen Agenturen Associated Press und United Press. In den Zeitungen und Veröffentlichungen der Presseagenturen finden sich die folgenden Beschreibungen:

„Eingang des Dorfes nach Arzai sind vor uns drei verbrannte Autos mit den Resten von verkohltem Menschenfleisch und ein kleiner Lieferwagen ineinandergeschoben, an dem noch die Spuren der Panzer sichtbar sind, die ihn überrollt haben, und dessen Ladung Zitrusfrüchte sich mit dem Blut seiner Insassen vermischt... Bevor wir ins Dorf kommen, sehen wir einen Peugeot mit einem völlig verkohlten Körper... Im Dorf fällt uns ein gelber Volvo auf: Er liegt auf dem Dach mit Blutspuren an den Türen und einem Frauenschuh und den Resten eines Kinderkleides im Innern.“

- Die materiellen Verluste belaufen sich auf über 10 Mio Libanesischer Pfund, erklärt der Rat des Südlibanon.

- Die israelischen Besatzungstruppen haben sich nicht mit dieser Schlächtereie begnügt. Nach ihrem Rückzug aus dem Dorf, genau gesagt am Montag, den 11.3.1985 um 20

Uhr, haben sie eine Granate auf ein Auto abgefeuert, in dem die Frau und die beiden Schwestern eines der Opfer des Massakers, Hassane Mroué, saßen.

Alle Insassen des Autos wurden verletzt, und das Auto verbrannte vollständig.

Liste der zerstörten Häuser

Die Gendarmerie, Nehmé Mroué, Hachem Hachem, Rida Khachman, Mouhammad Khachman, Akil Mroué, Mahmoud el-Abd-Zourkout, Ali Zourkout, Assaad Rizk, Mohammad Muhieddine, Husni Kassem Mroué, Abdallah Wehbi, Ali Badr-Eddine, Chaalan El Assad, Ali Chaalan El Assad, Assad Mousa Zurkot, Nehmé Zainou, Hachem Badr-Eddine, Ali Mohammad Saleh, Ali Abbas Hachem, Abbas M. Hachem, Ahmad Kaafarani, Mahmoud Ali Metayrek, Ahmad Metayrek, Moustapha Muhiedinne, Hassan Bilal, Ali Bilal, Hussein Tarraf, Ali Abdel-Nabi.

Liste der Opfer des Massaker von Zrariyeh

Ali M. Mroué, 64 Jahre. In seinem Lastwagen getötet, mit dem er Zitrusfrüchte auf der Straße Zrariyeh-Arzai transportierte; Hassan H. Mroué, 21 Jahre; Ahmad Ali Jezzini, 16 Jahre; Ali Youssef Rislán, Vater von drei Kindern, von denen das älteste 5 Jahre alt ist. Seine Frau ist schwanger; Hassan Neemé Mroué, 23 Jahre. Vater von zwei Kindern; Nehmé Charif Hachem, von den Israelis verhaftet. Der obere Teil seiner Leiche wurde verkohlt auf den Feldern des Dorfes gefunden; Nemr Diab; Izzat Daher; Hussein Mousa Srou; Mohammad Jaber; Imad Chahrou; Omar Hassan; Mohammad Kassem, 1962 geborener, am 10.3.1985 nach Zrariyeh versetzter Soldat; Rida Ali Mroué, 30 Jahre alt. Vater von drei Kindern, von denen das älteste 6 Jahre alt ist. Seine Frau ist schwanger; Abdul-Aziz Khalil; Ahmad Khalil; Omar Harb; Ali Radouan Sebai; Sobhi Hussein Meanna, Vater von neun Kindern. Ein Panzerwagen hat sein Auto überrollt; Mohammad Nm El-Amine; Hussein Arzouni; Ali Chaalan El-Assad; Ali Badr-Edine; Mohammad-Ali M. Mroué; Radwan Yaghi; Ali Hijazi.

Außerdem vier verkohlte, nichtidentifizierte Leichen.

Wir unterbreiten Ihnen diese Fakten, während Israel seine Massaker gegen die befreiten Dörfer des Südens fortsetzt.

Es stützt sich dabei auf die von seinen Führern entwickelte Politik, welche erklärt haben, daß sie die Racheakte gegen die libanesischen Zivilbevölkerung fortsetzen werden und sie als „notwendig für den Schutz der Sicherheit Israels und seiner Truppen(!)“ erachten. Dabei setzen sie sich über das Bild hinweg, welches man damit in der Weltöffentlichkeit hinterläßt.

Vor diesem Hintergrund haben seine Soldaten am Donnerstag, den 21. März 1985 ein neues Massaker in Jebaa, Houmin-Tahta und Kfarhatta verübt, wobei sie nach dem gleichen Plan von Angriff, Massaker und Bombardierung der Autos vorgegangen sind: In einem der bombardierten Autos hat man die Körper von zwei Reportern der amerikanischen Agentur CBS gefunden...

Angesichts dieser Tatsachen bitten wir Sie, mit allem Nachdruck für den Kampf unseres Volkes und seinen nationalen Widerstand Partei zu ergreifen, um die verbrecherischen Akte Israels gegen die libanesischen Bevölkerung zu beenden und unser Vaterland von der Besetzung zu befreien.

Beirut, den 22.3.1985

Die Anhänger der Nationalen Widerstandsfrente des Libanon

zehnten schwärenden Problems zu erleichtern, verschärft Israel die Lage durch solche Maßnahmen wie Verbarrikadierung aller Eingänge, Sprengung von Häusern, Verbot des Wiederaufbaus, provokative Razzien von Militär und bewaffneten Siedlern usw. in unerträglicher Weise. Verzweifelte Gegenreaktionen (z.B. Steinwerfen von Jugendlichen usw.) werden mit drakonischen Strafen verfolgt.

5. Nicht nur jede politische, sondern jede gewerkschaftliche Aktivität ist unterdrückt. Freie Wahlen der Funktionäre ist nicht möglich. 1980 fällige Gemeindevahlen haben nicht stattgefunden. Die meisten 1976 gewählten Gemeindevertreter sind abgesetzt. Oft stehen sie ebenso wie Gewerkschaftsfunktionäre unter Stadt- oder sogar Hausarrest.

6. Besonders schwerwiegend sind die ständigen Eingriffe in das Leben der Universitäten, die eine entscheidende Bedeutung für die Erhaltung der kulturellen Identität des palästinensischen Volkes und seiner wissenschaftlichen Arbeitsqualität sind.

Razzien, Verhaftungen von Lehrpersonal und Studenten, Schließung über Monate, rigide Zensur der wissenschaftlichen Literatur usw. lassen eine normale Lehr- und Forschungstätigkeit kaum zu. An diesen Maßnahmen zeigt sich sehr deutlich, daß es um die langfristige Zerstörung des Überlebenswillens und der Überlebensmöglichkeit des palästinensischen Volkes geht.

7. Dies ist auch durch die Erzeugung eines ständigen Klimas der Unsicherheit und Einschüchterung bezweckt, die ein von der israelischen Armee flexibel gehandhabtes Unterdrückungsinstrumentarium erreichen soll; andauernde willkürliche Verhaftungen, Razzien in einzelnen Häusern oder ganzen Ortschaften, kollektive Ausgehverbote, Unterbinden des Verkehrs in ganzen Zonen, ständige Straßenkontrollen usw.

8. In 20 Gefängnissen werden von den israelischen Behörden in den besetzten Gebieten selbst, aber auch in Israel über 4.000 palästinensische und libanesischen politische Gefangene festgehalten, meist ohne jegliche Gerichtsverfahren. Die Gefängnisse sind überfüllt, nicht mehr als höchstens 1 1/2 qm pro Gefangenen, die hygienischen Verhältnisse katastrophal. Eine medizinische Betreuung besteht kaum.

Behandlungen, die als Folter zu bezeichnen sind, Erniedrigungen raffiniertester Art, die darauf ausgerichtet sind, die Persönlichkeit des Gefangenen zu brechen, sind an der Tagesordnung: ständiges Gefesseltsein, über Tage die Augen verbunden, über Stunden stehen, an den Händen aufhängen, Isolation, ständiges Schlagen auf empfindliche Körperstellen, Strafe durch Hunger und Durst usw.

Schlußfolgerungen

Die Mitglieder der Internationalen Kommission stellen fest:

I. Israel bleibt nach wie vor verpflichtet, entsprechend den zahlreichen Resolutionen des Sicherheitsrats der UNO, sich sowohl auf dem Libanon als auch auf den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Die fortdauernde Besetzung und die formalen und praktischen Annexionsakte in den besetzten Gebieten stellen eine schwere Verletzung der UNO-Charta dar, insbesondere des Artikels 2, Ziffer 4.

II. Als besetzende Macht ist Israel voll verantwortlich für alle kriminellen Akte seiner Streitkräfte und ihrer Mitarbeiter. Die Kommission wiederholt die Feststellungen der zuständigen UNO-Gremien, zahlreicher Staaten und Organisationen, daß Israel schuldig ist einer permanenten Verletzung des humanitären Völkerrechts, insbesondere der 4. Genfer Konven-

tion von 1949.

III. Die Kommission wiederholt ihren schon auf ihrer Sitzung in Genf (1983; d. Red.) gefaßten Beschluß: „Sie erinnert an die Praxis des Nürnberger Tribunals, das die Kriegsverbrecher des 2. Weltkriegs verurteilt hat. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit des Artikel 90 des Zusatzprotokolls zur Genfer Konvention 1949, eine zwischenstaatliche Untersuchungskommission zu schaffen, die auf dem Territorium des Libanon begangenen Verbrechen zu untersuchen.“

Die Aufgabe dieser Kommission soll auf die besetzten Gebiete ausgedehnt werden.

IV. Die Kommission wird die Namen der von den Zeugen genannten israelischen Militär-angehörigen registrieren, die gegenüber libanesischen und palästinensischen Bürgern gegen nationales und internationales Recht verstoßen haben. Die Kommission ruft dazu auf, ihr weitere Namen oder Personenbeschreibungen israelischer Militärs mitzuteilen, die sich o.g. Rechtsverstöße schuldig machen bzw. gemacht haben, um diese in geeigneter Weise bekanntzumachen.

V. Die Kommission bekräftigt ihre Feststellungen über die Verantwortlichkeit der USA hinsichtlich der von Israel im Libanon begangenen Verbrechen. Diese Verantwortlichkeit gilt auch für die Vorgänge in den 1967 besetzten Gebieten.

Die Kommission erinnert die westeuropäischen Staaten, insbesondere die Mitglieder der EG, an die von ihnen im Rahmen der UNO und der EG erklärten Verpflichtungen und fordert sie auf, nachdrücklich auf Israel einzuwirken, sein völkerrechtswidriges Verhalten aufzugeben.

VI. Die ständigen Verletzungen des internationalen Rechts durch Israel verhindern eine gerechte und globale Lösung des Konflikts im Nahen Osten, der die legitimen Interessen aller Staaten und Völker der Region berücksichtigt, besonders aber das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich seines Rechts, einen eigenen Staat zu gründen und völlig unabhängig über seine Beziehungen zu anderen Staaten zu bestimmen.

Die Kommission ist überzeugt, daß Israel verpflichtet ist, alle Probleme mit den arabischen Staaten nur mit friedlichen Mitteln auf der Basis des Völkerrechts zu lösen, insbesondere durch Verhandlungen im Rahmen einer schon von der UN-Vollversammlung und zahlreichen Staaten vorgeschlagenen internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der alle betroffenen Parteien teilnehmen.

VII. Die fortdauernde Okkupation und Aggression Israels und die hieraus resultierenden Verbrechen stellen ebenfalls eine Gefahr für den Weltfrieden dar.

Die Kommission wendet sich an die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, die sozialen und religiösen Bewegungen, insbesondere an die Kirchen und die Friedensbewegung in Westeuropa, die Regierungen und Parlamente, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, ihre Stimme zu erheben und alle ihre Mittel einzusetzen, um Israel zur Einhaltung der internationalen Normen zu bewegen, insbesondere sich unmittelbar und ohne Bedingungen z.B. der Einhaltung einer Sicherheitszone, aus dem Libanon und den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen. Alle Akte, die eine faktische Annexion darstellen, sind sofort einzustellen.

VIII. Die Kommission begrüßt das Verhalten solcher israelischer Soldaten und Offiziere, die sich weigern, im Libanon oder in den 1967 besetzten Gebieten Dienst zu tun. Sie hofft weiterhin auf die Entwicklung demokratischer Gegenkräfte in Israel, die sich der offiziellen Politik der Regierung widersetzen.

Gerhard Stuby

Besatzerwillkür gegen die Palästinenser



I. Aufgabenstellung und Zusammensetzung der Mission

Im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Untersuchungsgegenstandes der Kommission wurde vom Sekretariat beschlossen, zur Vorbereitung der nächsten Kommissionssitzung in Bonn neben einer Fact-Finding-Mission in den Libanon auch eine solche nach Israel und in die besetzten Gebiete zu entsenden.

Die Delegation setzte sich aus folgenden Personen zusammen: Elli Mozora, Architektin, Nikosia/Zypern; Prof. Dr. Norman Paech, Professor für Völkerrecht und wissenschaftliche Politik an der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg/BRD; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Professor für öffentliches Recht und wissenschaftliche Politik an der Universität Bremen/BRD.

Die Delegation hielt sich (vom 26. Februar bis 6. März 1985) an folgenden Orten in Israel und in den besetzten Gebieten auf: Tel Aviv, Haifa, Akka, Jerusalem, Nablus, Bethlehem, Hebron, Gaza-Streifen und Golan-Höhen-Gebiet. Sie führte zahlreiche Gespräche und Interviews mit Einzelpersonen und Vertretern privater und öffentlicher Organisationen, u.a. Liga für Bürger- und Menschenrechte in Israel, Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung, Mapam, Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“, Reservistentruppe, die sich gegen den Libanonkrieg wandte; d. Red.), Frauen gegen Besetzung, Redaktion von Al-Ittihad, Allgemeine Gewerkschaftsföderation in der Westbank, Nationales Leitungskomitee der In-

genieure, Bir-Zeit-Universität, Bethlehem-Universität.

Die Delegation beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit folgenden Problemen: Israelische Siedlungspolitik, Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten und ihre Auswirkungen, Situation der Gewerkschaften, der palästinensischen Institutionen (Kommunalverwaltung, Gesundheitssystem, Universitäten), Praktiken der Besatzungspolitik, Gefängnisse.

II. Schlußfolgerungen

1. Israel ist als Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten verpflichtet, die Normen des internationalen Rechts einzuhalten, die für die Besetzung fremden Territoriums gelten. Diese sind in erster Linie die 4. Konvention von Genf von 1949, aber als Bestandteil des Völker-gewohnheitsrechtes auch die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung vom 18.10.1907.

Die Gegenargumente Israels können nicht akzeptiert werden, wie es in zahlreichen Erklärungen der zuständigen UNO-Gremien, aber auch von der überwiegenden Mehrheit der Staaten, darunter auch den USA und der Bundesrepublik Deutschland, festgestellt wurde. Das internationale Recht war daher auch der Prüfungsmaßstab der Mission.

2. Durch zahlreiche Gespräche mit kompetenten Vertretern palästinensi-

Weinende Palästinenserinnen der Westbank auf den Trümmern ihres Hauses, das die Besatzer zerstörten



scher und israelischer Organisationen, mit Einzelpersonlichkeiten, aber auch durch eigene Augenscheineinnahme, insbesondere in Hebron und Nablus, konnte sich die Delegation davon überzeugen, daß das israelische Siedlungsprogramm in der Westbank, im Gaza-Streifen und auf den Golan-Höhen unvermindert weitergeht.

Nach wie vor besteht z.B. in Hebron wegen der illegalen Besetzungen von Häusern im Stadtkern durch Siedler eine gespannte Situation. Die israelischen Behörden schützen mit dem falschen Argument der „Neutralität“ den ungesetzlichen Status quo. So wurde die Verlegung des Bustops durch Militärorder abgedeckt.

Durch die Besiedlung werden nicht militärische Sicherheitsmaßnahmen abgedeckt, selbst wenn man den Begriff militärische Sicherheit weit auslegt, sondern nicht oder nur schwer wieder rückgängig zu machende Fakten für die Vorbereitung einer Annexion gesetzt. Insbesondere der „Straßenplan“ ist – wie eine Analyse der Vereinigung „law in the service of man“, einer Filiale der internationalen Juristenkommission in Rhamallah, feststellt – ein Indiz für die regierungs-offizielle Absicht Israels, die besetzten Gebiete wirtschaftlich und demographisch voll in Israel zu integrieren.

Diese Maßnahmen Israels bilden ein ernstes Hindernis für jeden Ansatz einer friedlichen Lösung der palästinensischen Frage und damit des Nahostkonfliktes insgesamt.

3. Die Politik Israels in den besetzten Gebieten läuft darauf hinaus, bestehende Ansätze einer unabhängigen, palästinensischen Wirtschaftsstruktur zu zerstören und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Siedlungen eine völlig von Israel abhängige Wirtschaft aufzubauen. Alle Investitionen im landwirtschaftlichen und industriellen Produktionssektor werden unterbunden, ebenso die



Erhaltung bzw. der Aufbau eines in diesem Zusammenhang wichtigen unabhängigen Bankensystems.

Selbst kommunale Aktivitäten, z.B. die Erhaltung des Elektrizitätssystems oder privater Hände im Gesundheitssektor wie Erhaltung der Hospitäler, wurden unterbunden. Auch Investitionen im Wohnungssektor, die bislang liberaler gehandhabt wurden, sind stärker kontrolliert und eingeschränkt.

Ein besonders schwerwiegendes Problem unter dem Gesichtspunkt der Respektierung der minimalsten wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte stellt die Behandlung der „Gastarbeiter“ aus den besetzten Gebieten in Israel selbst dar. Ohne gewerkschaftlichen Schutz und unter weitreichenden Diskriminierungen (Rückkehrzwang in die Westbank bzw. Gaza-Streifen usw.) werden sie weit unter dem Niveau der israelischen Arbeitnehmer rücksichtslos ausgebeutet. Zwar werden ihnen Sozialabgaben abgenommen, der israelische Staat behält sie aber ein, so daß sie sich als zusätzlicher Lohnabzug darstellen.

4. Nach wie vor jedem Respekt vor den primitivsten Menschenrechten widersprechend ist die Situation der 700.000 Flüchtlinge, insbesondere aber der 300.000 in den von der UNWRA (UNO-Hilfsorganisation für palästinensische Flüchtlinge; d. Red.) betreuten Lager. Anstatt eine politische Lösung dieser Frage zu erleichtern, z.B. durch eine Bleibegarantie für diese Menschen zumindest in den besetzten Gebieten, verschärft Israel die Lage der Flüchtlinge durch Maßnahmen der Getthoisierung. So wurden z.B. im Lager Duheisha alle Eingänge verbarrikadiert.

Die Sprengung von Häusern, weil angeblich Waffen dort gefunden wurden, das Verbot des Wiederaufbaus oder des Baus neuer Häuser in den Lagern machen

nicht nur die Lage immer unerträglicher, sondern dies züchtet geradezu verzweigte Gegenreaktionen, vor allen Dingen Jugendlicher. Die drakonischen Strafen für Steinwerfen usw. tragen sicherlich nicht zur Milderung bei.

5. Die Unterdrückung nicht nur jeder politischen, sondern auch gewerkschaftlicher Tätigkeit in den besetzten Gebieten verschärft die Situation noch mehr. Kein Funktionär darf sich ohne das Placet der Militärbehörden betätigen, keine Versammlung ohne Genehmigung unter Vorlage des geplanten Redetextes stattfinden. Viele Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch gewählte, doch von den Militärbehörden abgesetzte Kommunalvertreter stehen unter Haus- bzw. Stadt-arrest.

6. Besonders gravierend sind die ständigen Eingriffe in das Leben der fünf Universitäten. Razzien, Verhaftungen unter Lehrpersonal und Studenten, Schließung über Monate, rigide Zensur der wissenschaftlichen Literatur usw. lassen eine normale Lehr- und Forschungstätigkeit kaum zu.

Gerade weil die Universitäten wichtige Knotenpunkte für die Erhaltung der kulturellen Identität des palästinensischen Volkes und die Pflege seiner Geschichte, aber auch die wissenschaftliche Arbeitsqualität seiner Jugend sind, wiegen diese Beschränkungen besonders schwer.

Sie zeigen aber auch die Stoßrichtung der israelischen Besatzungspolitik: den Überlebenswillen und die Überlebensmöglichkeit des palästinensischen Volkes zu zerstören.

7. Die Delegation konnte sich davon überzeugen, daß die Praktiken der israelischen Armee (andauernde Verhaftungen, wenn auch zum Teil nur für kurze Zeit ohne nachweislichen Grund, Razzien, ständige Straßenkontrollen, kollektive Ausgangssperren für ganze Ortschaften, Unterbinden des Verkehrs für bestimmte Zeiten in zu Sicherheitszonen erklärten Bereichen usw.) insgesamt ein Klima der Unsicherheit und Einschüchterung schaffen.

8. Ein besonderes Problem stellt die Situation in den Gefängnissen dar.

Hier verweist die Delegation auf den kürzlich erschienenen Bericht der internationalen Juristenkommission über das Gefängnis Fara wie auf den Bericht der Vereinigung „law in the service of man“ über das Gefängnis Jeneed hin. Die dort gemachten Feststellungen über die unmenschlichen Zustände und Praktiken wurden von Personen, die längere Zeit eingesperrt hatten – inzwischen ist einer von sechs Palästinensern schon im Gefängnis gewesen – vollauf bestätigt.

Gegen alle Normen des internationalen Rechtes befinden sich auch libanesische Staatsbürger in israelischen Gefängnissen.



Peter Gingold

Was jüdische Antifaschisten so betroffen macht



Das Schlußwort der Bonner Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission sprach Peter Gingold, einer der engagiertesten antizionistischen Juden der Bundesrepublik. Er bekämpfte auf deutschem Boden und während des 2. Weltkriegs in den Reihen des französischen Widerstands, der Resistance, den Hitlerfaschismus. Auf der Bonner Tagung re-präsentierte Peter Gingold die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) und die Internationale Föderation des Widerstands (FIR).

Ich empfinde es als eine Ehrung des antifaschistischen deutschen Widerstandes, daß ich gebeten wurde, zum Abschluß hier einige Worte zu sagen.

Die Berichte auf dieser Tagung gingen so unter die Haut, daß ich kaum in der Lage bin, zusammenfassend all das wiederzugeben, was ich empfunden habe. Gestattet mir dennoch, meinen Eindruck und meine Gefühle wiederzugeben.

Für mich waren die Berichte, die Schilderungen über das Märtyrertum des libanesischen und des palästinensischen Volkes umso erschütternder, als ich dies nachvollziehen kann – denn ich gehöre zu denen, die den Naziterror am eigenen Leib erlebt haben, die wissen, was Folter bedeutet, von der wir vor 40 Jahren befreit worden sind.

Im Bewußtsein der Überlebenden des Nazifaschismus ist die Erinnerung an Millionen Ermordete, Gepeinigte, Gequälte, in Arbeitssklaverei Geschundene, die Erinnerung an KZ, Folter, Getto, an die Zerstörung tausender Städte und Dörfer lebendig.

Wir haben überlebt mit dem Schwur, für eine Welt des Friedens und der Menschenrechte zu kämpfen. Am leidenschaftlichsten gelobten es die wenigen jüdischen Menschen, die die Befreiung vor 40 Jahren erleben konnten.

Was mich an den Berichten hier so betroffen macht, ist nicht so sehr, daß es jüdische Menschen gibt, die zu solch unmenschlichen Bestialitäten fähig sind. Warum soll es nicht auch im jüdisch-israelischen Volk Reaktionäre, Faschisten und Bestien geben? Es ist ein Volk wie jedes andere.

Nein, was mich so betroffen macht, ist die Tatsache, daß es eine jüdische Regie-

rung gibt, die Menschen anderer Völker verfolgt, und daß angesichts der eigenen entsetzlichen Erfahrungen der Juden diese nicht mit einem Aufschrei auf diese Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit antworten, dem Verbrechen Halt gebieten und dafür sorgen, daß kein Verbrechen ungesühnt bleibt.

Ich gehöre zu den ehemaligen jüdischen Widerstandskämpfern gegen den Nazifaschismus, die anlässlich der Aggression gegen den Libanon 1982 einen Protestbrief an die Knesset schickten. Darin heißt es so ungefähr nach dem Gedächtnis: Wir verwahren uns dagegen, daß die Regierung Israels ihren Krieg rechtfertigt, indem sie das Andenken an die vom Hitlerfaschismus Ermordeten mißbraucht; sie schändet damit die Märtyrer von Auschwitz und Treblinka. Der Tod vieler tausender Unschuldiger des libanesischen und palästinensischen Volkes schändet den Staat Israel wie Hitlergreuel das deutsche Volk mit Schande bedeckten.

Wir sind nicht antiisraelisch

Ich weiß, daß uns auf diese Anklage hin vorgeworfen wird, wir seien gegen Israel, wir seien antiisraelisch, wir seien antisemitisch – ein Vorwurf, den man mir selbst schwerlich machen kann.

Die Nazis hatten jeden deutschen antifaschistischen Widerstandskämpfer als antideutsch, als Volksfeind bezeichnet. In Wirklichkeit erwiesen sich die Nazis als die schlimmsten Feinde Deutschlands, die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes. Wir sind so wenig antiisraelisch wie wir damals antideutsch waren.

Wir repräsentieren das eigentliche Deutschland, so wie Frau Felicia Langer das andere, das humane Israel zeigte. Jemand wie sie müßte Ministerpräsidentin Israels sein. Sie hat uns auch daran erinnert, daß es in Israel eine Antikriegsbewegung gibt, mit der wir tief verbunden sind.

Wir Deutschen hier in der Bundesrepublik haben eine besondere Verpflichtung gegenüber dem libanesischen und dem palästinensischen Volk.

Denn in Wirklichkeit sind diese Opfer

des Hitlerfaschismus, den wir nicht verhindert haben. Denn es war Hitlerdeutschland, das Millionen Juden gezwungen hat, eine neue Heimat zu suchen – und von denen viele glaubten, diese in Palästina zu finden.

Wir wissen, daß die Regierenden der Bundesrepublik nicht nur nicht dieser Verpflichtung nachkommen, sondern daß sie im Gegenteil bisher jeden aggressiven Akt der israelischen Regierung unterstützten, zumindest durch stillschweigende Übereinstimmung und indem sie das weitverbreitete Schuldgefühl gegenüber den Juden mißbrauchten.

Wir aber werden dieser Verpflichtung nachkommen.

Das Wichtigste, was wir gegenwärtig hierzu leisten müssen, liegt darin, das Schweigen über die schrecklichen, entsetzlichen Fakten zu brechen, die auf dieser Tagung vorgetragen worden sind.

Gegenüber den Verbrechen der Nazis haben viele geschwiegen und sich dadurch mitschuldig gemacht.

Wir werden unsere Medien anprangern müssen, da sie Ähnliches wiederholen – und sich mitschuldig machen an den Verbrechen gegen das libanesischen und palästinensischen Volk, wenn sie weiterhin schweigen.

Unsere besondere Verpflichtung

Und vor allem werden wir diese Fakten in allen Bewegungen zur Kenntnis bringen – wir haben große Massenbewegungen – und vor allem der Friedensbewegung hier begreiflich machen, daß das Schicksal der beiden Völker, des Libanon und Palästinas unser Schicksal ist, daß der Friede in Nahost unser Friede ist, daß von dort aus der Weltbrand ausgehen kann, der unseren Planeten in eine leblose atomare Asche verwandelt.

Aus eigenem elementarem Friedensinteresse gehört der nationalen Befreiungsbewegung des libanesischen und des palästinensischen Volkes die ganze Solidarität. Aus diesem eigenem elementarem Friedensinteresse gehört die ganze Solidarität dem Befreiungskampf des libanesischen und des palästinensischen Volkes.

Hilfsprojekt

Um Mithilfe beim Aufbau eines Mutter- und Kinderschutz-Zentrums der Libanesischen Volkshilfe in Tyrus bittet das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK).

Das vorgesehene Zentrum umfaßt 14 Ortschaften, in denen fast 70.000 Einwohner leben. In der Region, in der sich das Zentrum befindet, sind weder Krankenhäuser noch Sanitätsstellen vorhanden. Nur zwei Polikliniken, die aufgrund der Unterstützung der Bevölkerung arbeiten, versuchen, den dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden. Diese Polikliniken sind nur einmal in der Woche geöffnet, und der Arzt steht nur 2 Stunden pro Woche zur Verfügung.

Das Ziel des Zentrums ist es, die Frau ständig zu betreuen, medizinische Überwachung während der Schwangerschaft sowie optimale Bedingungen für die Geburt zu gewährleisten, ebenso wie Grundlagen für Präventivmedizin (Vorbeugung) zu schaffen und die Betreuung von Neugeborenen zu sichern.

Das Zentrum stellt sich ferner die Aufgabe, die Bevölkerung der Umgebung zu versorgen, und sie in die Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und in die Entwicklung der medizinischen Versorgung in Schulen einzubeziehen. Die Abteilungen für Gynäkologie und Kinderheilkunde sollen u.a. einen Kreißsaal, einen Operationssaal, 16 Zimmer, eine Kinderkrippe, ein Labor, einen Röntgenraum und eine Apotheke umfassen. Der Kostenvoranschlag für das Bauvorhaben beträgt 1.875.000 Libanesischer Pfund (LL, 1 LL = 0,35 DM).

Das ASK bittet um Spenden für das Projekt auf: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiriomat Frankfurt/M., Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Libanon-Hilfe“.

Filme

„Why?“

BRD/Libanon 1982, Produktion: Monika Maurer/Palästinensischer Roter Halbmond, Dokumentarfilm, 26 Minuten, UNIDOC-Filmverleih, Braunschweigerstr. 20, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231-8380147

Dieser Dokumentarfilm über die monatelange Belagerung von Beirut im Sommer 1982 zeigt sehr eindringlich das brutale Vorgehen der israelischen Armee vor allem gegen soziale Einrichtungen und die Zivilbevölkerung sowie den Einsatz international geächteter Waffen.

„Geboren aus dem Tod“

Dokumentarfilm, BRD 1981, Produktion: Monika Maurer/PLO-Information, Regie: Monika Maurer, Farbe, Lichtton, 9 Minuten, 16 mm, UNIDOC

Ganz auf Emotionen abgestellt, aber ohne Polemik ist der Film „Geboren aus dem Tod“. In erschütternden Berichten, sparsam kommentiert, erzählt er von einem israelischen Luftangriff auf die Zivilbevölkerung Beiruts, bei dem aus dem Leib einer tödlich getroffenen Frau deren Kind fast unversehrt entbunden wird. Man tauft es „Palästina“.

„Im Zeugenstand: Felicia Langer, Rechtsanwältin in Israel, Angaben zu Person und Beruf“ BRD/Israel 1980, Magnetton, 34 Minuten, CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421-540012

Ein Dokumentarfilm über Felicia Langer, einer wenigen israelischen Anwältin, die palästinensische Anklage vor zivilen und militärischen Instanzen verteidigen.

Dia-Serie

Dia-Serie „Die palästinensische Odyssee“; hrsg. von der UNO-Hilfsorganisation UNRWA, 60 Dias, Tonkassette (besonders zum Einsatz in Bildungseinrichtungen geeignet), 30,- DM

Bücher/Broschüren

Das bislang faktenreichste Material über die mit dem Libanonkrieg 1982 eingeleiteten Kriegsverbrechen und Besatzerpraktiken Israels liegt vor mit der

Broschüre „Die israelische Aggression gegen den Libanon und ihre Folgen. Augenzeugenberichte und Untersuchungsergebnisse“, Hsg. ASK, Frankfurt 1984, 72 S., 4,80 DM.

Sie enthält die Dokumente der Internationalen Libanon-Untersuchungskommission von 1982 und 1983 sowie Beiträge zum Massaker von Sabra und Schatila und zum israelischen Kahane-Report (1983).



Einen Einstieg in die libanesischen Innenentwicklung, die Kriege 1975/76, 1978 und 1982 und den israelischen Interventionismus auf verhältnismäßig engem Raum vermitteln:

Walter Hollstein, Vettern und Feinde. Der Palästina/Israel-Konflikt, Basel 1983, 151-168 S., 18 DM

Wolfram Brönner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt 1979, S. 193ff., 11,20 DM

Karam Khella, Der israelisch-arabische Konflikt – Über Krieg und Frieden im Nahen Osten. Der israelische Krieg gegen den Libanon..., Hamburg 1982, S. 42-165, 13,80 DM.

Das dahinterstehende Interventionskonzept der herrschenden Kreise Israels gegenüber dem Libanon ist nachzulesen in einer Studie, die sich vornehmlich auf Tagebuchnotizen des ehemaligen Premierministers Moshe Sharett aus den 50er Jahren stützt:

Livia Rokach, Israels heiliger Terror. Mit einer Einführung von Noam Chomsky, Pflungstadt 1982, 128 Seiten, 14 DM.

Die Vorzugsrolle Bonns in der aktuellen Interventionsstrategie der USA und NATO in Nahost ist Gegenstand der

Broschüre „Die Rolle der Bundesrepublik beim US-Aufmarsch gegen den Nahen Osten“, hrsg. vom Bundestreffen der Palästina-, Libanon-, Nahost-Komitees, Frankfurt 1984, 28 S., 1,- DM.

Die Autoren J. Lang, K.D. Fischer, A. Stiefens und I. Lübben-Pistofidis arbeiten minutiös heraus, welchen Standort die BRD bei der Erweiterung des NATO-Einsatzgebietes in Richtung Ölregion einnimmt. Untersucht und ausgiebig belegt werden die Entfaltung der bundesdeutschen Waffenexporte und Wirt-

schaftsbeziehungen. Der Ausbau der BRD zur Transitstelle für die US-Interventionstruppen auf dem Weg zum Golf und der vereitelte „Probelauf“ der Bundeswehr im Libanon sind weitere Themen.

Eine hervorragende Studie zur Geschichte und dem aktuellen Stand der bundesdeutschen Nahostpolitik liegt vor mit

Kenneth M. Lewan, Sühne oder Schuld? Deutsche Nahostpolitik im Kielwasser der USA, Ottawa 1984, 152 S., 9,80 DM.

Im ersten Teil des Buches umreißt Prof. Lewan die Bausteine des Staates Israel: Araber im Judenstaat, zionistisches Siedlungskonzept, Vorgehen gegen die PLO, Besatzungspolitik, zionistische Ideologie und Parteien. Sodann wird der Frage nachgegangen, was aktuell von den USA und der Reagan-Administration zu erwarten ist, wobei die Erfahrungen des Libanonkrieges 1982 verarbeitet sind.

Im zweiten Teil des Buches legt Lewan detailliert die Grundlagen und Besonderheiten der Bonner Nahost- und Israelpolitik dar, darunter die vielstrapazierte Schuldfrage und die Wiedergutmachungszahlungen an Tel Aviv. Abschließend entwirft der Autor ein Alternativbild für eine neue BRD-Nahostpolitik, die aktiv und eigenständig zu einer politischen Lösung des Nahostkonflikts beizutragen vermöchte.

Abgesehen von den etwas zu kurz gekommenen Wirtschaftsinteressen der BRD/EG ist Lewans jüngstes Buch für jeden Nahost-Interessenten als Pflichtlektüre zu empfehlen, seine Alternativskizze als eine ideale Diskussionsgrundlage anzusehen.

Bestellungen der erwähnten Buch-/Broschürentitel bei: Das arabische Buch, Wundstr. 13-15, 1000 Berlin 19 oder Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-778863.

Beim Solidaritätsshop erhältlich sind auch die Libanon/Nahost-Materialien:

Plakate, Postkarten, Kufia

Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkuti, s/w, 6,- DM

Postkarte mit Motiv des palästinensischen Künstlers Burhan Karkuti: „Geburt eines palästinensischen Kindes“, s/w, 0,30 DM

Palästinensisches Tuch „Kufia“ rot-weiß oder schwarz-weiß, 12,- DM



Kunstdruck-Plakat „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“, Gemälde von Suliman Mansour, mehrfarbig, DIN A 2, 10,- DM

Eindruckplakat „Israel raus aus Libanon“, Fotomotiv, s/w, DIN A 2, 1,50 DM

Poster „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“, vielfarbiges Gemälde von Suliman Mansour, Hochglanzpapier, DIN A 1, 10,- DM

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen? Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Ruth Weiss/Hans Mayer
Afrika den Europäern
224 S., Großformat, Peter Hammer
(nur für 2 Neuabonnenten!)



Ernesto Che Guevara
Der neue Mensch
176 S., Weltkreis

Weitere Buchprämiolen sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk

Alfonso Gonzales

Generalamnestie in Uruguay

Seit dem 15. März d.J. stehen die Militärgefängnisse in Uruguay leer. Die letzten 63 politischen Gefangenen, Männer und Frauen, kamen an diesem Tag frei und wurden vor dem Polizeipräsidium in Montevideo wie vor dem Militärgefängnis in Libertad von Hunderten mit Fahnen und Sprechchören begrüßt. Unter den letzten waren auch Raúl Sendic und die anderen Tupamaro-Führer, die seit über 12 Jahren wie lebendig begraben waren.

Es ist für die politische Atmosphäre, wie für den ganzen Prozeß, der zur Beendigung der Militärdiktatur geführt hat, bezeichnend, daß gerade jene Repräsentanten der Stadtguerilla, die von 1968 bis 1972 Uruguay in Atem hielt, erklärten, daß sie weiterhin für soziale Gerechtigkeit kämpfen wollen. Dies würden sie jedoch gewaltlos tun, gemeinsam mit dem uruguayischen Volk. Denn die Demokratie von heute sei nicht die gleiche wie die vor dem Staatsstreich, als die Reaktion in der Offensive war.

Tupamaros kamen frei

Das Amnestiegesetz selbst hatte im Zeichen der „Concertación“, des politischen Konsenses, gestanden. Schier unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten hatten bei seiner Geburt Pate gestanden. Während die Linkskoalition Frente Amplio (Breite Front FA) und die Blancos eine „uneingeschränkte Amnestie für alle“ forderten, wollten die Colorados, die Regierungspartei, den des Mordes Angeklagten nur Begnadigung zugestehen.

Am 5. März d.J. jedoch erlitten sie eine Niederlage im Parlament: 55 Abgeordnete der FA und der Blancos stimmten für ihr Projekt der „uneingeschränkten Amnestie“ gegen 41 der Colorados. Im Senat hingegen bestand die Gefahr, daß wegen der ungewissen Position einiger Blanco-Senatoren das Projekt nur knapp oder gar nicht durchkäme. Vor allem hatte der Präsident Julio María Sanguinetti, der am 1.3.1985 sein Amt angetreten hatte, indirekt sein Veto angedroht.

Nur drei Tage später wurde im Senat wie im Parlament – nur gegen die wenigen Stimmen der profaschistischen Colorado-Fraktion Pachecos – das endgültige

Amnestiegesetz verabschiedet, nachdem sich die drei Parteien auf einen Kompromiß geeinigt hatten.

Es sieht u.a. die unverzügliche und definitive Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Nichtanerkennung der Urteile der Militärgerichte (die alle auf unter Folter erpreßten Geständnissen basierten) vor. Die Anklagen wegen Mordes sollen vor einem Zivilgericht neu verhandelt werden. Im Fall einer Schuld-sprechung soll jeder in der Haft verbrachte Tag dreifach angerechnet werden (dies aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen). Da in Uruguay die Höchststrafe 30 Jahre beträgt und alle diesbezüglich Angeklagten weit mehr als 10 Jahre gefangen waren, bedeutet das die Aufhebung der Strafe.

Polizei, Militär und andere, die in ihrem Auftrag gegen die Menschenrechte verstoßen haben (Folter, Mord, Verschwindenlassen), sind von dieser Amnestie ausdrücklich ausgeschlossen. Weitere Kapitel beziehen sich auf die freie Rückkehr aller Exilierten, die Wiedereinstellung aller aus gewerkschaftlichen oder politischen Motiven entlassenen Staatsangestellten sowie auf die Rückgabe beschlagnahmter oder gepfändeter Güter.

Auch wenn dieses Gesetz nicht alle Forderungen, für die das Volk gekämpft hat, erfüllt, so ist es doch ein Sieg, der nur dank einer steten Mobilisierung der Massen möglich wurde.

Diese Art der Lösung von Konflikten könnte auch für die unmittelbare Zukunft des Landes richtungsweisend sein. Deshalb kommt der CONAPRO (Natio-

nale Programmatische Übereinkunft), einer Kommission, in der alle demokratischen Parteien und alle sozialen Sektoren vertreten sind (Gewerkschaften usw.) und die Richtlinien für die Regierung ausarbeitet, eine große Bedeutung zu.

Die Positionen der Beteiligten weichen oft stark voneinander ab, aber meist kommt man doch zu einer gemeinsamen Formel. Die Universität hat unterdessen ihre Autonomie zurückgehalten und alle früheren (linken) Dekane aus der Zeit vor dem Staatsstreich wurden wiedergewählt.

Per Regierungsdekret sind auch die Gewerkschaften, die Kommunistische Par-

Uruguay-Solidarität

Die in relativ kurzer Frist erkämpfte Freilassung Tausender politischer Gefangener in Uruguay stellt die internationale Solidarität vor eine neue Aufgabe. Denn die „Entlassenen“ stehen heute vor dem Nichts. Ohne Arbeit, wo schon jeder vierte Uruguayer arbeitslos ist, körperlich – und einige auch psychisch – erkrankt, nach so langer und grausamer Haft zurückgekehrt als ein Esser mehr in ihre völlig verarmten Familien, sind sie zwar politisch ungebrochen, aber wirtschaftlich in äußerster Not.

Der Arbeitskreis Uruguay (Hinter den Ulmen 15, 6000 Frankfurt 50) nimmt über die Hilfsorganisationen für ehemalige politische Gefangene in Uruguay laufend Geldüberweisungen vor. Zu diesem Zweck bittet er Daueraufträge für das Jahr 1985 zur Überweisung eines Mindestbetrages von 10 DM monatlich einzurichten an:

Spende Uruguay, Gerardo Berriel, Sparkasse 1822, Frankfurt/M, BLZ 500 502 01, Konto-Nr. 349045232

Jubel nach den erkämpften Wahlen vom November 1984



tei und alle anderen verbotenen Organisationen wieder legalisiert und die Pressefreiheit wiederhergestellt worden.

Schwieriger wird eine Übereinkunft in punkto Lohnerhöhung, Auslandsschuld und Bankwesen sein. Doch die Tatsache, daß die Uruguayer auf den Straßen bleiben und die Arbeiter für ihre Rechte eintreten – unzählige Streiks und Betriebsbesetzungen zeugen davon – ist eine Garantie dafür, daß zumindest Übergangslösungen gefunden werden, die wie im Falle der Amnestie positiv für das Volk sind und den Prozeß der Befreiung voranbringen.

Die Parlaments- und Kommunalwahlen, die Ende März d.J. in El Salvador durchgeführt wurden, ließen aufhorchen. Die geringe Wahlbeteiligung von knapp 40% der Wahlberechtigten und das Erringen der absoluten Mehrheit durch die Christdemokratische Partei (PDC) des Präsidenten Napoleon Duarte kamen unerwartet. Die PDC errang 54% der Stimmen zur Nationalversammlung 33 von 60 Parlamentssitzen. Die ultrarechte Koalition von D'Aubuissons ARENA (29%) und der Partei der Nationalen Versöhnung (von vormals 19% auf 8%) verloren ihre bisherige Mehrheit von 34 Sitzen und halten jetzt 26 Sitze. Die PDC gewann außerdem ca. 70% der insgesamt 262 Bürgermeisterämter. Über Wertung und Konsequenzen des Wahlausgangs sprach Wolfram Brönner für das AIB mit dem soeben aus El Salvador ausgereisten Carlos Martinez, Untergrundkämpfer der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN).

Gespräch mit Carlos Martinez: 1

Duartes Wahlerfolg – Votum für den Dialog

AIB: Das Ergebnis der Märzahlen 1985 löste allenthalben Verwunderung aus. Teilen Sie diese Reaktion? Welchen Stellenwert mißt die FMLN dem Wahlereignis und -ausgang überhaupt zu?

C. MARTINEZ: Zunächst einmal waren dies Wahlen, die von den Rechtskräften und für diese veranstaltet wurden. Von Vertretung der Interessen des Volkes kann da keine Rede sein.

Zum anderen bezweckte man mit den Wahlen, die Rahmenbedingungen für eine Vertiefung der US-Intervention in El Salvador zu verbessern. Und dies war wohl der Hauptgrund.

Denn wir befinden uns in einer Situation, da die FMLN/FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front) sowohl militärisch als auch politisch-diplomatisch die Initiative in Händen hält, und da die Volksmassen eine Fortsetzung des Dialogs zur

Lösung des Problems fordern. Von daher können wir auch sagen, daß diesen Wahlen keine große Bedeutung dahingehend zukommt, wie sich der Verlauf des Krieges künftig entwickeln wird.

Die Tatsache, daß trotz der Wahlpflicht, trotz der damit verbundenen Gewaltandrohung der Rechten und des Militärs bzw. der Repressionsgefahr so viele Salvadorianer nicht zu den Urnen gingen, zeigt an, daß diese Wahlen nicht als Widerspiegelung der Dynamik des Volkswillens, sondern als Machtgeschiebe der Rechtskräfte untereinander angesehen wurden.

AIB: Die Wahlenthaltungen (knapp 40%) lagen ja wohl deutlich höher als bei den vorausgegangenen Wahlen. Hatten die nicht zugelassenen Befreiungsfronten FMLN/FDR eigentlich zum Boykott aufgerufen?

C. MARTINEZ: Nein, eine Boykottorientierung oder -kampagne der FMLN/FDR gab es diesmal nicht. Und dennoch blieb ein wesentlich größerer Teil der Stimmberechtigten dem Wahlgang fern.

Außerdem muß man noch berücksichtigen, daß ein großer Teil der Bevölkerung aufgrund des Wahlzwangs zu den Urnen geht, einfach um die Legalität zu wahren. Sie tun dies also nicht, weil sie von dem Sinn des Wahlergebnisses überzeugt sind oder sich etwas vom Wahlergebnis erhoffen.

Was das Wahlergebnis betrifft, so darf man aus dem überraschenden Sieg der Christdemokratischen Partei (PDC) nicht ableiten, daß sie damit über eine stabile soziale Basis verfügen könne.

Man darf nicht übersehen, daß sich Duarte eines politischen Manövers bedient hat, indem er sich als den Friedensbringer darbot. Insofern sind die Stimmen für Duarte bzw. die PDC im Grunde eine Unterstützung des Dialogs und des Friedens, nichts weiter.

Man muß ferner sehen, daß längst vor den Wahlen die Forderung nach einem politischen Dialog mit der FMLN/FDR zum Anliegen einer Massenbewegung geworden war. Vom Dialog, nicht aber von diesen Wahlen durfte man eine Beendigung des Kriegszustandes erwarten. Es existiert ein breites Bewußtsein in El Salvador, daß eine wirkliche Lösung nicht gegen die FMLN/FDR, sondern nur mit ihr machbar ist.

AIB: Sind Duarte und die PDC nicht auch mit Reformversprechungen angetreten? Wenn ja, war daran irgendetwas Neues gegenüber ihrem Wahlprogramm 1984?

C. MARTINEZ: Im Gegenteil, die Dekrete zu lauwarmen Reformen, die vor Duartes Rückkehr ins Präsidentenamt 1984 außer Kraft gesetzt worden waren, blieben außen vor. Da brachte Duarte nichts Neues.

Und irgendwie ist er unfähig, auch nur

Wahlsieger N. Duarte (mit erhobener Hand); Mütter von Verschwundenen protestieren in San Salvador gegen Menschenrechtsverletzungen (r.)



einen der drei Punkte seines Wahlprogramms — Dialog und Frieden, Beendigung der Menschenrechtsverletzungen und Reformen — einzulösen.

AIB: Hat Präsident Duarte nicht im Wahlkampf die Wiederaufnahme des politischen Dialogs mit der FMLN/FDR, der ja von ihm unterbrochen worden war, versprochen?

C. MARTINEZ: Duarte hatte den Verhandlungsvorschlag der FMLN/FDR vom 15. Oktober 1984 (siehe: AIB 11-12/1984, S. 70ff.; d. Red.) rundweg abgelehnt und dann zur Jahreswende 1984/85 den Dialog einseitig abgebrochen. Doch er versprach in der Tat, ihn im Anschluß an die Märzahlen wieder aufzunehmen.

Duarte war Ende letzten Jahres von seiten der Oligarchie, der ultrarechten Parteien und des Militärs sowie seitens des US-Imperialismus massiv unter Druck gesetzt worden, den Dialog abbrechen. Wir sprechen daher von einer Krise der Dialogpolitik der Regierenden...

Massenaktionen gegen Sozialpakt

AIB: Aber es gab doch wohl auch von bedeutenden gesellschaftlichen Kräften, z.B. seitens der christdemokratisch geführten Gewerkschaft UPD und Kleinbauernunion UCS sowie in Form von Massenaktionen einen beachtlichen Druck zugunsten der Dialogpolitik...

C. MARTINEZ: Das ist richtig. Faktisch alle einflußreichen Massenorganisationen, jene der Arbeiter, Studenten, Bauern usw., haben sich für den Dialog ausgesprochen, dafür demonstriert. Auch die salvadorianische Kirche hat seine Wiederaufnahme gefordert.

Die FMLN/FDR bot wiederholt die Fortsetzung des Dialogs an. Hinsichtlich des Verhandlungsgegenstands ist sie flexibel und seit Januar d.J. hat sie mehrfach auch Verhandlungsorte vorgeschlagen. Doch reagierte Duarte bislang nicht darauf.

AIB: Ist es insofern nicht angebracht von einem allgemein vertieften Konflikt der christdemokratischen Regierung mit ihrer eigenen Basis, in Sachen Dialog, Reformverheißungen usw., zu sprechen?

C. MARTINEZ: Es stimmt, daß vor allem diese Sektoren für die Dialogpolitik, die Respektierung der Menschenrechte und soziale Forderungen im vergangenen Jahr auf die Straße gegangen sind.

Man muß dabei in Rechnung stellen, daß die christdemokratisch geführten Massenorganisationen wie UPD und UCS, die von US-Gewerkschaftszentrale AFL/CIO beeinflusst sind, mit der Regierung Duarte einen Sozialpakt eingingen. Mit ihrer Hilfe hoffte man so, die Massenorganisationen insgesamt ruhigstellen, an das Regime binden zu können.

Der Sozialpakt war indessen gekoppelt an Reformversprechungen, die in keiner Weise erfüllt wurden und werden können. Folglich rebelliert die Basis dieser Organisationen. Es gab Demonstrationen von UPD und UCS, bei denen Lohn erhöhungen, Preissenkungen, Kreditvergaben an Bauern, Einhaltung der Menschenrechte usw. gefordert wurden.

AIB: Aber diese christdemokratischen Sektoren handeln heute nicht abgeschieden von den allgemeinen Massenaktionen?

C. MARTINEZ: Keineswegs. Sie sind Bestandteil des Massenkampfes, der seit Ende 1983 stetig an Stärke und Breite hinzugewonnen hat (im Jahr 1984 beteiligten sich 350.000 salvadorianische Arbeiter an 112 Streiks, wovon 72 auf Beschäftigte des öffentlichen Sektors entfielen; d. Red.).

Der Imperialismus hat natürlich versucht, u.a. 1984 mit der Vergabe von 23 Mio Dollar durch das Amerikanische Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD) an die UPD und UCS, den Massenkampf zu unterlaufen, diesem das Paktieren mit dem Regime entgegenzustellen. Bislang hatten sie damit allerdings keinen Erfolg, zumal Duarte sich nicht einmal in der Lage sah, den „gemäßigten“ Forderungen der ihm nahestehenden Gewerkschaften nachzukommen.

Vertiefung der US-Intervention...

AIB: Wie bewerten Sie das Abschneiden der Ultrarechten bei den Märzahlen 1985?

C. MARTINEZ: Die nun vereint zu den Wahlen angetretenen ultrarechten Hauptparteien, D'Aubuissons ARENA und die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN), haben insbesondere soviel an Stimmen gegenüber der PDC verloren, weil Duartes demagogische Propagierung des Friedens Anklang bei der Bevölkerung fand.

Die Ultrarechten verfügen diesbezüglich über keine Alternative. Sie sprachen sich auch nicht öffentlich gegen den Dialog mit der FMLN/FDR aus. Ihr Versuch, die salvadorianische Krise allein der Christdemokratie anzulasten, vermochte ebensowenig zu überzeugen.

AIB: Läßt der Ausgang der Märzahlen eine Ausweitung des US-Interventionismus in El Salvador erwarten? Wird sie durch Duartes Zugewinn an politischem Spielraum begünstigt?

C. MARTINEZ: Die Christdemokratie und die Ultrarechten bzw. Oligarchie sind sich in dem Punkt einig, daß sie die Intervention brauchen.

Aber Duarte ist die bessere Marionette. Und er läßt sich international leichter verkaufen. Gegenüber der US-Öffent-

lichkeit verkörpert er die glaubwürdigere demokratische Fassade, wovon das Ausmaß des US-Engagements in El Salvador mit abhängt. Die internationale Christdemokratie, darunter die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, unterstützt ihn. Auch wenn er ein kaum geringerer Mörder als D'Aubuisson ist, kommt er eben besser an.

Was die Ausweitung der US-Intervention in El Salvador an sich angeht, so ist der ausschlaggebende Faktor die US-Administration. Sie hat hier das Sagen, egal ob gerade die PDC oder die Faschisten an der Macht sind. Und die Imperialisten werden auch entscheiden, ob die Regierung Duarte den Dialog weiterführt.

Die ansonsten zwischen Washington und der salvadorianischen Oligarchie zutage tretenden Widersprüche sind zweitrangig.

AIB: So gesehen hängt deren Bereitschaft für eine Ausweitung der US-Intervention bzw. zum Dialog auch wesentlich vom Kräfteverhältnis im salvadorianischen Krieg ab. Hat die FMLN in den letzten Monaten weiter Boden gut machen können?

C. MARTINEZ: Das hat sie im vergangenen Jahr getan, militärisch und politisch-diplomatisch. Die FMLN hat den Feind bei seinen Gegenoffensiven ins Leere laufen, ihn ausbluten lassen. In den 4 Jahren Krieg sind etwa 20.000 Feinde gefallen.

Im zurückliegenden Jahr lautete das Ziel des Gegners, uns bis auf die Nordregion des Landes zurückzuwerfen, uns dort in die Ecke zu drängen, unsere Massenverbindungen abzuschneiden und uns international zu isolieren. Die Resultate waren ganz andere. Wir vermochten die von der FMLN kontrollierten Gebiete auf 40% des Landes auszudehnen. Unsere militärische Präsenz konnte im Zentral- und Südgebiet ausgeweitet werden, darunter in der Hauptstadt San Salvador und ihren Randgebieten. Auch die Vorstöße in den Westen des Landes haben zugenommen.

...oder Dialog stehen alternativ

AIB: Rechnen Sie auf absehbare Zeit mit einer US-Invasion?

C. MARTINEZ: Wir müssen auf Dauer damit rechnen. Je stärker die Schläge der FMLN gegen das Regime ausfallen, desto größer ist die Gefahr einer großangelegten Invasion seitens der USA und ihrer Verbündeten (Honduras!).

Umgekehrt, je größer der Stärkezuwachs der FMLN ist, umso schwerer werden es die USA haben, mit einer Invasion durchzukommen und sich zu halten.

Die Alternative lautet heute: Dialog oder Vertiefung der militärischen Intervention.



US-Offizier in El Salvador: „Unsere Politik ist es, erst zu schießen und danach Fragen zu stellen... Seid ihr Kerle Kommunisten? (Aus: International Herald Tribune)

Ellen Ray/Bill Schaap

Reagan greift den „Terrorismus“ an (II)

Wir nennen die Gegenseite Terroristen einzig und allein, weil sie auf der Gegenseite steht. Aber niemand kann die amerikanischen Marinesoldaten unbeteiligte Zuschauer nennen. Amerikas Hilfe und Unterstützung für Israel und seine Annexionspolitik kann nicht als unbeteiligte Haltung gelten. Und ebensowenig kann man die militärischen Erfüllungsgehilfen dieser Politik als Zuschauer betrachten.

Darüber hinaus müssen mit der Eskalation im Nahen und Mittleren Osten und der wachsenden Beteiligung der USA unvermeidlich auch die Angriffe auf amerikanische Ziele zunehmen. Ein Blick auf die Eskalation im Nahen Osten macht dies deutlich.

„Zehn Augen für ein Auge“

In den 60er Jahren waren US-Botschafter und andere Vertreter das Ziel von Anschlägen, in den 70er Jahren gab es Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen, und in den 80er Jahren gab es auch massive bewaffnete Aktionen gegen Botschaften, Vertretungen und militärische Einrichtungen.

Außenminister Haig sagte auf seiner ersten Pressekonferenz am 28. Januar 1981: „Wir werden uns nicht mehr um die Menschenrechte, sondern um die internationalen Terrorismus kümmern müssen, denn er stellt den äußersten ... Mißbrauch der Menschenrechte dar.“ In gewisser Weise eine Vorhersage deren Er-

füllung er selbst besorgte.

All diese Entwicklungen, einschließlich der LKW-Bomben, sind als Begleitscheinung der (erhöhten) amerikanischen Unterstützung für Israels Politik zu sehen. (...)

Außerdem paßt die Regierung Reagan ihre Politik im Bereich der militärischen Ausbildung, im Strafrecht und sogar im Bereich des Verfassungsrechts israelischen Modellen an. Die US-Regierung versteht einfach nicht, daß die Übernahme des israelischen Prinzips „zehn Augen für ein Auge“ als Grundsatz politischer stellungnahmen und Maßnahmen im militärischen Bereich dazu beiträgt, die USA zum bevorzugten Angriffsziel für die nationalen Bestrebungen der Opfer israelischer Aggression zu machen.

Hierbei geht es nicht um Hypothesen. Die Reagan-Administration, verwirrt und schockiert von den Bombenanschlägen auf die Unterkünfte der Marines im Oktober 1983, benutzte nicht nur die Invasion in Grenada, um „unsere verlorene Ehre“ wiederherzustellen. Sie gab auch dem Schlachtschiff „New Jersey“ den Befehl zum Beschuß von drusischen Dörfern. Und sie nahm es – wie der konservative Terrorismusexperte Robert Kupperman in USA Today vom 20. April 1984 ausdrückte – hin, daß „hunderte von Menschen getötet wurden, die mit den Bombenanschlägen nichts zu tun hatten“.

Kupperman ging es bei seinem Kommentar nicht um den moralischen Charakter

des Vergeltungsschlags, er bemerkte nur, wieviel einfacher es gewesen wäre, Menschen direkt umbringen zu lassen, die der Beteiligung an Bombenanschlägen verdächtig waren.

Für diese „Vorbeuge(Präventiv-)Vergeltung“ hat sich die Regierung seitdem in ihren Erklärungen stark gemacht. Die Londoner Konferenz hat die „Vorbeuge-Vergeltung“ ebenfalls diskutiert. Aber laut Washington Post vom 10. Juni 1984 brachten die „westlichen Demokratien“ keine Entscheidung zustande, weil „die öffentliche Diskussion des Themas als zu problematisch angesehen wurde“.

Das Magazin Time nannte das „Agieren-statt-Reagieren“ in seiner Ausgabe vom 30. April 1984 das „neueste Stichwort in Sicherheitskreisen“. Agierend, im Gegensatz zu reagierend, so möchte die Administration den Terroristen antworten.

Anstatt darauf zu warten, daß sie einen terroristischen Akt begehen, sollte man sie angreifen und nötigenfalls töten, bevor sie die Gelegenheit haben zu handeln. Die Umsetzung einer solchen Theorie setzt eigentlich Allwissenheit voraus, was jedoch US-Beamte nicht weiter zu bekümmern scheint. (...)

CIA-Chef Casey nahm kurz und bündig für den Grundsatz harter Vergeltung Stellung. In einem Interview mit der Zeitschrift U.S. News and World Report vom April 1984 sagte er:

„Das Problem besteht darin, den Terrorismus abzuschrecken, indem man ihm für den Fall terroristischer Angriffe Vergeltung ankündigt. Die Israelis zum Beispiel drücken das so aus: 'Wenn wir von eurem Territorium aus angegriffen werden, ist das eure Schuld, und dafür schlagen wir euch die Zähne ein.' Ich glaube, das werden Sie noch öfter zu sehen bekommen – Vergeltung gegen Einrichtungen aus dem Land, das Terroristen begünstigt, oder Vergeltung, die den Interessen von Ländern schadet, die den Terrorismus fördern.“

In sprunghaft steigendem Maße macht sich die Reagan-Administration eine unbestimmte öffentliche Terrorismusangst zunutze, um ihre zunehmend repressive Politik zu rechtfertigen. In den letzten 4 Jahren hat es ständig Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Verwaltungsakte gegeben, an denen besonders das Pentagon und der CIA beteiligt waren.

Die erste ernstzunehmende Maßnahme erfolgte noch vor dem Antritt der neuen Regierung. Ende 1980 richtete die US-Armee in der Folge des mißglückten Versuchs (der Carter-Administration; d. Red.) zur Befreiung der Geiseln im Iran die streng geheime Intelligence Support Activity (ISA) ein. Wie die New York Times vom 8. Juni 1984 berichtet, erfolgte die Bildung der ISA „ohne Kenntnis des Verteidigungsministeriums, des

Leiters des CIA oder des Kongresses". Aufgabe der Gruppe war es, Erkenntnisse für „besondere Operationen“ zu beschaffen – ein Synonym für geheime Aktionen. Und bald entwickelte sie die Fähigkeit, solche Operationen zu leiten. Der Times zufolge war die ISA „zunehmend daran beteiligt, die geheimen Aktivitäten des CIA in Mittelamerika einschließlich der Hilfe für die nikaraguanschen Aufständischen, zu unterstützen“.

Das Weinberger-Memorandum

Ungefähr zur selben Zeit als die ISA geschaffen wurde, richtete das Pentagon das Vereinigte Kommando für besondere Operationen in Fort Bragg ein, das die antiterroristischen Außenaktivitäten koordinieren soll.

Laut demselben Times-Artikel besitzt es „einen harten Kern von Elitetruppen“ zur Ergänzung der Truppen der Special Forces (Spezialeinheiten). Berichten zufolge verfügt es auch „über ein besonderes Budget für die Entwicklung und Beschaffung von Angriffswaffen“. Diese Spezialeinheiten haben „dem CIA für ihre geheimen Operationen in Mittelamerika Ausrüstung und Personal beschafft“. Den Befehl führt Brigadegeneral Richard A. Scholtes.

Sondertruppe „Army Rangers“ bei Manövern in Fort Sherman (Panama)



Trumpf-As „Special Forces“



„Special Forces“ beim Training in Fort Bragg (USA)

Ein US-Experte für militärische Ausbildung bestätigte gegenüber der Zeitschrift Covert Action, daß das Pentagon sich inzwischen in starkem Maße an verdeckten paramilitärischen Planungen und Operationen im Ausland beteiligt – was vormals dem Geheimdienst CIA, seinen Agenten und Geheimarmeen vorbehalten war.

Die zunehmend engere Kooperation Pentagon-CIA schlägt sich vornehmlich nieder in der Formierung neuer Spezialeinheiten (Special Forces) und in deren tiefgreifender militärischer Verwicklung in Operationen, die man bislang als reine Angelegenheiten für Söldner oder „Eingeborene“ ansah. Klassische Beispiele der Söldnerrekrutierung durch den CIA sind jene im Geheimkrieg in Laos der 60er/70er Jahre (hier aus dem Hmong-Volk unter dem kommandierenden General Vang Pao), im Angolakrieg 1975/76, bei der Bekämpfung der Befreiungsbewegung Zimbabwes (bis 1982) oder für den Söldnerkrieg der Miskitos (unter Steadman Fagoth Muller, einem Polizeiagent des Diktators Somoza) gegen die sandinistische Revolutionsregierung Nikaraguas. Das Aktionsfeld der neuen Special Forces steckte die New York Times (8.6.1984) so ab: „Einige Einheiten wurden zur Terrorismus-Bekämpfung geschaffen, erhielten jedoch ein breiteres Aufgabengebiet und Ausbildungsmissionen gegen Aufständische in Mittelamerika, Afrika und Asien zugewiesen... In mehreren Fällen, Operationen in Mittelamerika eingeschlossen, nahmen diese neuen Einheiten in Ergänzung zu verdeckten

Aktivitäten des CIA ihre Arbeit auf.“

Die drei wichtigsten Basen der Special Forces sind Fort Bragg/North Carolina, Fort Benning/Georgia und Fort Lewis/Washington. Dort werden sämtliche zivile Söldner und auswärtige Kräfte darin ausgebildet, wie Soldaten zu kämpfen. Vor allem aber lernt man in diesen Basen US-Militärpersonal darin an, wie Söldner zu kämpfen, auszuweichen und zu agieren. Zugleich verabreicht man dort „privaten“ Söldnern, etwa Teams der Zivil-Militärischen Hilfsmission (CMA), eine Ranger-Ausbildung (die zwei CMA-Mitglieder, die im September 1984 in Nikaragua fielen, kamen wenige Monate zuvor aus dem Trainingslager Fort Bragg). Sie werden angelehrt in der Durchführung von Manövern kleiner Einheiten, Sabotageakten, Kommunikation und im Hantieren mit Waffen.

In Fort Bragg bildete man zugleich Tausende salvadorianischer Militärs, darunter Mitglieder der Todesschwadronen (Mordkommandos), aus. In Fort Lewis wurden Spezialeinheiten darin geschult, private Söldnergruppen um sich zu scharen, die für den Einsatz in Mittelamerika tauglich und u.a. instande sind, ausgemusterte Flugzeuge zu bedienen. Diese kommen aufseiten der vom CIA ausgerüsteten „Contras“ in Nikaragua und bei der Guerilla-Bekämpfung in El Salvador zum Einsatz.

Die Special Forces instruieren somit nicht nur die antisandinistischen „Contras“ und, so scheint es, die Todesschwadronen, sondern sie infiltrieren auch kriegführende Söldner in unbekanntem Ausmaß.

1982 haben sich auch die Waffenlieferungen bemerkenswert entwickelt. Der besondere Verteidigungsbeschaffungsfonds wurde zur Lagerung von Waffen und Ausrüstung geschaffen, um auf diese Weise die Lieferung an Verbündete in der Dritten Welt zu beschleunigen. So liefern die USA nun ungefähr 40% der Waffen für die Dritte Welt, 1983 im Wert von 9,5 Mrd Dollar. (Washington Post, 10.6.1984)

Im Dezember 1981 unterzeichnete Präsident Reagan den Erlaß 12333 zur Beschaffung von nachrichtendienstlichen

Informationen im Ausland. Damit wurde die Macht des CIA weiter gestärkt und das Weiße Haus vermehrt unterstützt.

Der Erlaß erlaubte insbesondere die Infiltration, Benutzung und Auflösung von inländischen Organisationen durch das FBI (US-Inlandsgeheimdienst; d. Red.) und den CIA auch ohne belastendes Material. Er erlaubte weiterhin die Überwachung mit elektronischen und anderen Mitteln in großem Maßstab ohne vorherige Erlaubnis. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die verfassungsmäßig vorgesehenen Voraussetzungen für diese

Erlaubnis nicht anzuwenden seien, wenn die Regierung angab, daß es um die Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen ging und nicht um gesetzliche Zwecke.

Infolge der Herausgabe dieses Erlasses erstellte der CIA antiterroristische Angriffstrupps und das Pentagon schuf eine Antiterror-Einsatztruppe, angeblich in der Stärke von 100-150 Mann. (Philadelphia Inquirer, 22.4.1984)

Angesichts eines geheimen Memorandums, das Verteidigungsminister Caspar Weinberger für Präsident Reagan irgendwann 1983 erstellt haben soll, ist davon auszugehen, daß zwischen diesen beiden Truppen eine Stelle zur Koordinierung

eingerrichtet wurde oder wird.

Das Memorandum informiert den Präsidenten über den Wunsch des Pentagons, zur Unterstützung der geheimen CIA-Operationen in Mittelamerika umfangreiche logistische Unterstützung und Personal zur Verfügung zu stellen, einschließlich der Unterstützung für nikaraguanische Aufständische. (New York Times, 8.6.1984)

Offenbar stellten sowohl der Kongreß als auch der Senat Ermittlungen an, ob durch dieses Memorandum die Beschränkungen des Kongresses von Ausgaben für geheime Operationen in Mittelamerika umgangen werden sollten. Die „Überraschung“ jedoch, die die Entdeckung her-

vorrief, daß die Flugzeuge der Zivil-Militärischen Hilfsmission (CMA) in Nicaragua vom Pentagon an den CIA und von dort an die CMA gegangen waren, läßt vermuten, daß diese Ermittlungen nicht zum Abschluß gekommen waren oder aber, daß ihre Ergebnisse ignoriert wurden.

Ende 1983 war es offensichtlich geworden, daß der CIA seinen Krieg gegen den Terrorismus auf ein neues Niveau gebracht hatte und die Infiltration und Durchdringung verdächtiger Gruppen vorantrieb. (...)

12 Jahre lang lag die Koordination für CIA-Maßnahmen zur Terroristenbekämpfung beim Allgemeinen Stab, der

Nikaraguanische „Contras“



„Contra“-Führer A. Robelo, A. Cruz und A. Calero bei R. Reagan (v. l. n. r.)

Am 23. Februar d.J. forderten 21 Führer der „Contras“ die sandinistische Regierung auf, in einen „nationalen Dialog“ mit ihnen einzutreten und Neuwahlen durchzuführen. Unter den Unterzeichnern befanden sich auch das ehemalige Mitglied der Regierungsjunta, Arturo Cruz, der vor den Wahlen im November 1984 noch Präsidentschaftskandidat des Rechtsbündnisses Demokratische Koordination Nicaraguas (CDN) war und Pedro Joaquin Chamorro, der ehemalige Herausgeber der Rechtszeitung La Prensa, der mittlerweile ins Exil nach Kostarika gewechselt ist.

Das Ziel dieser Initiative ist es, die „Contras“ zu vereinigen und ihnen durch die Zugesellung von bekannten Führern der internen Opposition den Schein von demokratischer Gesinnung und Unabhängigkeit von den USA zu verleihen.

Damit sollen neue Finanzmittel vor allem durch den US-Kongreß lockergemacht und einer künftigen Exil-Regierung internationale Anerkennung verschafft werden. Diese könnte dann die USA oder die mittelamerikanischen Staaten bitten, militärisch einzugreifen.

Bisher beschränkt sich die internationale Unterstützung für die „Contras“ jedoch auf Aufrufe der „Internationalen des Wider-

stands“ (siehe Conchiglia-Beitrag in: AIB 4/1985, S. 10ff.) in Le Monde (21.3.1985) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (30.3.1985) an den US-Kongreß, die von Ronald Reagan geforderten Mittel für die „Contras“ zu bewilligen.

Es nimmt deshalb nicht Wunder, daß der US-Präsident seine Lobeshymnen auf die „Contras“ verstärkt und ihre Ziele abwechselnd mit denen der französischen Résistance (Widerstand im 2. Weltkrieg), des Befreiers Lateinamerikas Simon Bolivar und den Gründervätern der USA vergleicht.

Zu diesem Zweck wurden 19,9 Mio Dollar des verzweifelten Versuche des Weißen Hauses, die „Contras“ reinzuwaschen, sind nur zu verständlich, da aus Regierungsdokumenten eindeutig hervorgeht, daß Reagan selbst Pate stand bei ihrer Gründung.

Er unterzeichnete am 1.12.1981 den Beschluß NSDD 17 des Nationalen Sicherheitsrats. Dieser sah vor, im Rahmen eines umfassenden Destabilisierungsprogramms eine 500-Mann-Truppe unter CIA-Führung und eine 1.000-Mann-Gruppe unter Obhut argentinischer Militärs zu bilden.

Zu diesem Zweck wurden 19,9 Mio Dollar bewilligt und 25 CIA-Agenten nach Honduras entsandt. Nach dem Ausstieg der Argentinier übernahm der CIA mit mittlerweile 200 Agenten allein die Ausbildung, Bewaff-

nung und Führung der heute auf 16.000 Mann angewachsenen „Contras“. Washington strebt eine Erhöhung auf 35.000 an.

Die wichtigste Organisation ist die vom CIA gegründete FDN, deren Kern aus ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde Somozas besteht. Laut einer Studie, die für einen Ausschuß des US-Kongresses angefertigt wurde, sind 46 der 48 höchsten Kommandoposten mit Somozisten besetzt. Aus kosmetischen Gründen hat man mittlerweile einen ehemaligen Gegner Somozas, Adolfo Calero, an ihre Spitze gesetzt.

Die FDN hat sich im August 1984 auf Drängen des CIA mit der Indio-„Contra“ MISURA und mit einem Teil der von Kostarika aus operierenden ARDE Alfonso Robelos zusammengeschlossen.

Außerhalb bleiben weiterhin die ARDE Eden Pastoras und die Indio-Organisation

Mitglied der ARDE-„Contra“



für die Nachrichtenbeschaffung und -analyse sowie für geheime Operationen verantwortlich war.

1982 bildete die Armee das erste Kommando für Sonderoperationen zur Koordinierung der Aktivitäten der Special Forces. Und die Luftwaffe schuf 1983 mit der 23. Luftwaffeneinheit eine ähnliche Einrichtung. Im Januar 1984 schließlich schuf das Pentagon seine eigene Einheit zur Koordination der „Operationen der Special Forces und der Kriegsplanung gegen Terroristen“.

Diese Einheit, die Joint Special Operations Agency (Agentur für Vereinte Sonderoperationen), wird von Wesley H. Rice, Generalmajor beim Marinekorps,

befehligt. Nach Meinung des Verteidigungsministeriums gibt es „einen Mangel ... an ideologischer Entwicklung“ für Guerillakriege, ein Problem, „an dessen Lösung diese Agentur arbeitet“. (Washington Post, 10.6.1984)

Nach Berichten unterhält diese Agentur auch eine streng geheime Kommandoeinheit mit Personal aus allen vier Bereichen. General Rice liegt auch nichts an Popularität. Er stieß die Mitglieder und die Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für die Nachrichtendienste vor den Kopf, indem er vor einem Unterausschuß im April 1984 erklärte, er betrachte seine Organisation nicht „als eine Agentur von Interesse für den Nachrichtendienstkontrollausschuß“.

Im ersten Halbjahr 1984 kam es sowohl auf der Ebene der Legislative als auch auf der Ebene der Exekutive zu größeren Offensiven.

Auf Verlangen des Weißen Hauses wurde von den Senatoren Denton und Thurmond im Kongreß ein Bündel von unglaublichen Antiterrorismus-Gesetzen eingebracht. Die beiden wichtigsten Entwürfe sehen eine Anklage wegen Terrorismus und wegen der Unterstützung terroristischer Regierungen, Fraktionen oder Gruppen vor.

Das einzig Klare an diesen Entwürfen ist die Absicht, sie ausschließlich gegen die Befürworter von Feinden der Regierung anzuwenden, nicht aber gegen Anhänger von deren Freunden.

Reagans Vorzeigeterroristen

MISURASATA, die mittlerweile mit der nikaraguanischen Regierung verhandelt.

Bis heute erhielten diese Organisationen offiziell 73 Mio Dollar über den CIA. Doch die tatsächlichen Zuwendungen übertreffen diese Summe um ein Mehrfaches.

Honduras' Armee und US-Truppen, die dort regelmäßig Manöver abhalten, überlassen den „Contras“ militärisches Material. Andere Gelder erreichen die Banden über Israel, Taiwan, El Salvador, Guatemala, Argentinien und Venezuela. Schließlich spenden US-Konzerne, Organisationen wie die Moon-Sekte, die Antikommunistische Weltliga und Privatpersonen Millionenbeträge.

Angesichts der anfänglichen Erfolglosigkeit der „Contras“ wurde die US-Beteiligung zunehmend direkter. Flugzeuge des CIA versorgen die Banditen in Nicaragua mit Nachschub. US-Aufklärungsflugzeuge überfliegen regelmäßig nikaraguanisches Territorium und beliefern die „Contras“ mit Informationen über die sandinistischen Stellungen. Insgesamt kam es 1984 zu 1.326 Verletzungen des Luftraums, davon 480mal durch US-Flugzeuge.

Im Namen der „Contras“ führte der CIA Ende 1983/Anfang 1984 einige spektakuläre Sabotageaktionen eigenständig durch. Reagan hatte persönlich den Befehl gegeben, mit Hilfe von Schnellbooten, Hubschraubern und einmotorigen Flugzeugen die Häfen von Corinto (Oktober 1983), Potosi und El Bluff anzugreifen und die Häfen des Landes Anfang 1984 zu verminen.

Einsatzhilfen zur See und Luft

Angesichts der weltweiten Ablehnung dieser Aktionen, fördert Washington verstärkt den Einsatz von Söldnern aus den USA und anderen Ländern, die auf die Hilfe von offiziellen Stellen in den USA und Honduras zurückgreifen können. Dies wurde bekannt, als am 1.9.1984 ein Hubschrauber über Nicaragua abgeschossen und 2 US-Söldner dabei getötet wurden.

Doch nicht nur der CIA und US-Söldner greifen den „Contras“ unter die Arme. Allein 1983 kamen 16 Mitglieder einer Hubschraubereinheit der in Fort Campbell stationierten 160. Einsatzgruppe der 101. Luftlandedivision ums Leben. Offiziell sprach man von Unfällen, aber Angehörige erklär-

ten, die Soldaten waren in El Salvador und Nicaragua im Einsatz gewesen.

Darauf deutet auch der Abschuß eines Hubschraubers ohne Hoheitszeichen durch die nikaraguanische Luftabwehr am 11.1.1984 hin, bei dem ein Pilot der US-Armee ums Leben kam.

Terroranweisungen vom CIA

Der CIA beschränkt sich zudem nicht nur auf die militärische Ausbildung der „Contras“, sondern unterweist sie auch in strategischen und taktischen Fragen.

Dies wurde deutlich durch zwei Handbücher, die der CIA 1984 unter den „Contras“ verbreiten ließ. Das eine ist ein Comic, der Ratschläge für Sabotageaktionen vielfältiger Art, mit geringem Mitteleinsatz enthält. Das zweite ist ein Leitfaden, wie der Terror zu organisieren ist. Es handelt sich dabei um eine überarbeitete Version eines Lehrbuchs für US-Spezialeinheiten, die in Vietnam im Einsatz waren.

Ziel ist es, den Terror der „Contras“ in effektivere Bahnen zu lenken. Durch gezielten Terror und psychologische Maßnahmen sollen Teile der Bevölkerung auf die Seite der „Contras“ gezwungen werden. Das Buch erläutert einige Methoden der Massenbeeinflussung und empfiehlt die Ermordung von Repräsentanten des Staates und sandinistischer Aktivisten.

Doch bisher ist es den „Contras“ kaum gelungen, Unterstützung in ihren Operationsgebieten zu erhalten. Lediglich in der Miskitoregion an der Atlantikküste konnten sie sich durch Schürung ethnischer Vorbehalte eine Massenbasis verschaffen, die aber zusehends schrumpft.

Gemessen an dem Vorhaben, die sandinistische Regierung zu stürzen, sind die „Contras“ weit von ihrem Ziel entfernt, da die Gegenmaßnahmen der Revolution ebenfalls effektiviert wurden. Nichtsdestotrotz wurden Nicaragua seit Beginn der Kämpfe 1981 Schäden in Höhe von 444,6 Mio Dollar zugefügt und 2.800 Menschen, meist Zivilisten, darunter 132 Kinder, getötet.



Hubschrauber, der am 1. 9. 1984 mit zwei US-Söldnern an Bord über Nicaragua abgeschossen wurde

Die vertrauliche Weisung 138 über Entscheidungen zur nationalen Sicherheit, abgekürzt NSDD 138, wurde von Präsident Reagan am 3. April 1984 unterzeichnet... NSDD 138 sieht nicht nur vorbeugende und Vergeltungsschläge gegen Terroristen vor, sondern auch die Bildung von paramilitärischen Verbänden des FBI und des CIA zur Durchführung von Operationen zur Terroristenbekämpfung. Und sie erlaubt der Nachrichtenagentur für Verteidigung (Geheimdienst des Militärs; d. Red.) erstmals, eigene Agenten anzuheuern.

Die Weisung fordert weiter 26 Bundesagenturen auf, eigene Antiterrorismusstrategien zu entwickeln, wohl zur Abstimmung mit den oben erwähnten reichlich ins Kraut schießenden militärischen und zivilen Einheiten.

Es gibt jedoch viele offene Fragen und Probleme. Es ist zum Beispiel unklar, welches Verhalten eine Präventiv- und welches eine Vergeltungsaktion auslöst. Darüber hinaus ist es neben den genannten moralischen Problemen eine sehr wichtige Frage, ob Präventiv- oder Vergeltungsschläge mit dem War Powers Act (Kriegsrechtsakte) oder dem alleinigen Recht des Kongresses vereinbar sind, den Krieg zu erklären.

Weiter gibt es in den meisten Fällen ernsthafte Probleme bei der Frage, gegen wen ein Schlag zu führen ist. Die US-Geheimdienste, sowohl die militärischen wie die zivilen, wissen immer noch nicht, wer nun für die Bombenautos von Beirut verantwortlich ist. Und man kann nur vermuten, daß die Informationslage im Präventivbereich noch viel schlimmer ist. (...)

Nicht nur wegen der geifernden Doppelmoral der Regierung müssen wir über die scheinheilige Kampagne gegen den Terrorismus besorgt sein. Es geht auch nicht nur darum, daß sie den Terrorismus im Libanon mißbilligen, den in Nicaragua aber gutheißen. Sie begreifen ja auch die Ursachen und die Bedeutung von dem nicht, was sie Terrorismus nennen, weder historisch noch aktuell – oder wenn sie es tun, so sagen sie es doch nicht. Wie der Geschichtswissenschaftler Thomas Goldstein in einem Leserbrief schrieb, den die New York Times am 17. Juni 1984 veröffentlichte: „Der moderne Terrorismus ... ist die Abwehr des modernen Individuums in Form verzweifelter Provokationen gegenüber psychisch unerträglicher Verletzung seiner Rechte... Was die Welt gegenwärtig in Atem hält, ... ist die Tatsache, daß der Westen seit dem vergangenen Jahrhundert sein Evangelium von der Selbstbestimmung des Individuums rund um die Welt verbreitet hat.“

Schluß

(Quelle: Covert Action Information Bulletin, New York, Nr. 22, Herbst 1984, S. 4-9)



Szene aus dem Morengafilm

Morengafilm : nebulöse Kolonialgewalt

Der Roman „Morenga“ von Uwe Timm wurde hierzulande mit Begeisterung aufgenommen. Akribisch und phantasievoll hatte Timm den Staub von der deutschen Kolonialgeschichte in Namibia weggewischt und Erstaunliches zutage gefördert. Die im Wettbewerb der Berliner Filmfestspiele und im ARD (in 3 Teilen) im März d.J. gezeigte Verfilmung von „Morenga“, die seit langem mit Spannung erwartet worden war, wirbelte zwar auch Staub auf, aber mehr wider Willen als in gezielter Absicht.

Zurück zur Geschichte: Hintergrund des Films ist der Aufstand der Namas gegen die deutsche Kolonialherrschaft im damaligen Deutsch-Südwestafrika in den Jahren 1904-07. Im Mittelpunkt steht der Oberveterinär der deutschen Schutztruppe, Gottschalk, der sich im Verlauf des Films vom begeisterten Freiwilligen zum entnervten und enttäuschten Aussteiger aus der Kolonialarmee wandelt. Die historischen Bezüge des von dem ehemaligen DDR-Regisseur Egon Günther in Szene gesetzten Films bleiben jedoch weitgehend unklar. Geradezu im Nebulösen verschwindet die Gewalt der deutschen Kolonialherrschaft. Und mit zunehmender Spieldauer gewinnt man den Eindruck, als ob die Deutschen unschuldig zu Gejagten der aufständischen Namas werden.

Die eigentlichen Kämpfe wirken theatralisch und konzentrieren sich in ihrer szenischen Darstellung auf die Ängste der deutschen Soldaten. Zu allem Überfluß und höchst ärgerlich wird ein zehnjähriger Nama zum Mörder an einer deutschen Farmerfamilie und zu einer Zentralfigur des Aufstands hochstilisiert. Schließlich reduziert Egon Günther den von Deutschen begangenen Völkermord an den Namas auf ein harmloses Scharmützel an einer Wasserstelle.

Diese grandiose Geschichtsklitterung hat natürlich Gründe und Hintergründe. Auf

Druck der Südafrikaner mußte Timm, der das erste Drehbuch geschrieben hatte, aus dem Filmprojekt aussteigen. Wenig später gab er für die Realisierung verantwortliche WDR die Produktion an die Tele Norm Film in München ab, die dann mit Günther als Regisseur und Drehbuchautor an die Arbeit ging. Nach der fünften Drehbuchbearbeitung lief am Drehort in Namibia alles wie am Schnürchen. Die CSU und die Interessengemeinschaft der deutschsprachigen Südwestler hatten alle Wege geebnet und offensichtlich auch den Film.

Was den WDR und insbesondere Uwe Timm dazu bewegen haben, diesen Film in die Kinos zu bringen und auch im Fernsehen zu zeigen, bleibt allerdings fraglich.

Hans Mayer

FORUM

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Das FORUM ist der Rundbrief der entwicklungs- politischen Aktionsgruppen der BRD und Westberlin, die sich jährlich im Bundeskongress (BUKO) versammeln.

Aufgabe und Ziel dieses Rundbriefes ist es, die Diskussion, den Austausch und die Information der Gruppen zu fördern.

Neben Beiträgen, die aus den einzelnen Gruppen kommen, und den Charakter des Rundbriefes mitbestimmen, finden sich im FORUM ständig Berichte Nachrichten, Planungen etc. aus den drei Kampagnen des BUKO (Pharma, Rüstungsexport, Futtermittel).

Das FORUM erscheint in 12 Ausgaben jährlich. Ein Institutions-, Luftpost-, Solidaritätsabo kostet 50,- DM jährlich, ein Normalabo 36,-DM.

Bestellungen und Probeheftanforderungen (gegen 1,50 DM in Briefmarken) an:
FORUM, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

FORUM

Die Dritte Welt als „globales Problem“

Zwei Gruppen von Problemfeldern werden wahrscheinlich noch lange Gegenstand publizistischer Erörterung sein: das, was heute gemeinhin mit den Begriffen „Weltprobleme“ oder „globale Probleme“ umschrieben wird, und – darin eingeschlossen – die Fragen des Hungers, der Unterentwicklung und der Abhängigkeit, die in besonders massiver Art und Weise in den Ländern der Dritten Welt auftreten. Sie haben jedoch inzwischen eine solche Dimension erreicht und stellen einen solchen politischen und sozialen Sprengsatz dar, daß sie – mindestens potentiell – zu einer Bedrohung für die gesamte Menschheit geworden sind. Diesen beiden sich überschneidenden Problemfeldern sind die hier zu besprechenden Neuerscheinungen gewidmet:



Hermann Bömer, *Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1984, 157 S., 11,80 DM und

Peter J. Opitz (Hg.), *Die Dritte Welt in der Krise. Grundprobleme der Entwicklungsländer*, Verlag C.H. Beck, München 1984, 274 S., 19,80 DM.

Das von Opitz herausgegebene Buch ist eine sehr brauchbare, wenngleich durchgängig den Beschränkungen einer sehr konventionellen Analyse verhaftete Aufsatzsammlung. Der Ehrgeiz der Verfasser entzündet sich, wie sie im Vorwort schreiben, „eher an der Fülle des vorhandenen Materials“ denn an dem Anspruch, „etwas Neues vorzulegen“ (S.9).

Und so enthält das Buch 12 Beiträge, die, nach einem einleitenden Überblick, in dem der Herausgeber eine Bilanz zweier Entwicklungsdekaden (1960/70, 1970/80) versucht, zu wichtigen Einzelproblemen der Dritten Welt informieren; Bevölkerung (J. Schmid), Ernährung und Landwirtschaft (R. Wesel), Rohstoffe (E. von Pilgrim), Außenhandel (R. Osterkamp), Industrialisierung (M. Bohnet), Ressourcentransfer und Verschuldung (V. Büttner), Wissenschaft und Technik (K. Gottstein), Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung (W. Ochel), Verstädterung (G. Heilig), Umwelt (W. Schädle) sowie Rüstung und Entwicklung (P.J. Opitz).

Die Beiträge zu dem Buch zeichnen sich durchweg dadurch aus, daß es sich um gelungene Übersichten über die jeweiligen Problembereiche handelt, in denen das verfügbare statische Material internationaler und nationaler Organisationen gut lesbar aufbereitet und systematisiert dargeboten wird. Neben der

Beschreibung der gegenwärtigen Situation referieren die Autoren auch die wichtigsten Lösungsvorschläge, wie sie derzeit in internationalen Organisationen und Zusammenschlüssen von Entwicklungsländern (Gruppe der 77, Nichtpaktgebundene) diskutiert werden.

Dabei vermeiden es die Autoren jedoch – und dies scheint mir ebenso wie die Traditionalität ihres Analyseansatzes das gravierendste Manko der vorliegenden Veröffentlichung zu sein –, sich in der einen oder anderen Richtung allzu sehr zu exponieren. Sie versäumen es, die Krise in der Dritten Welt in ihrem ursächlichen Zusammenhang und als Konsequenz der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Metropolen zu analysieren (wie es gerade kürzlich von einem kubanischen Wissenschaftlerteam in geradezu vorbildlicher Weise vorexerziert wurde; vgl. Fidel Castro, Wenn wir überleben wollen..., Weltkreis-Verlag 1984).

Das vielfach geradezu notorische Bemühen um „Ausgewogenheit“ verstellt den Blick für eine wirkliche Ursachenanalyse, je mehr sich die Verfasser von der Betrachtung vermeintlich „objektiver“ statistisch-ökonomischer Daten zu politischen Problemen im engeren Sinne hinbewegen.

So findet sich denn bei der Aufreihung möglicher Ursachen der zunehmenden Militarisierung der Dritten Welt beispielsweise der folgende Satz: „Repression und revolutionärer Widerstand schaffen dabei eine Atmosphäre von Gewalt, die die betroffene Gesellschaft durchdringt und Ansätze zu sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt schon im Keim erstickt.“ (S. 238) So, als könnte der Kampf revolutionärer Befreiungsbewegungen auch nur in irgendeiner Hinsicht auf die gleiche Stufe mit der Unterdrückungspolitik oligarchischer Regimes gestellt werden und so, als sei nicht die Aufrechterhaltung des in den meisten Ländern der Dritten Welt anzutreffenden himmelschreienden Elends die Hauptursache für das wachsende revolutionäre Aufbegehren der Völker!

Zuzustimmen ist der These, daß auch für den Abbau der Konflikte in der Dritten Welt eine Wiederbelebung des Entspannungsprozesses eine der wichtigsten Voraussetzungen bleibt. Als nicht nur oberflächlich, sondern schlicht irreführend muß es freilich bezeichnet werden, wenn für die aktuelle Blockierung von politischen Entspannungstendenzen die Verschärfung des Ost-West-Konflikts oder eine „Rivalität“ der Supermächte schlechthin verantwortlich gemacht wird.

Derartige Defizite können dem Buch von Bömer sicherlich nicht zum Vorwurf gemacht werden, besteht eine Hauptintention doch darin, sowohl die Ursachen als auch die Profiteure der wichtigsten Globalprobleme zu benennen. Dazu gibt der Verfasser zunächst – an Hand der Ergebnisse von „Global 2000“ und anderer Weltberichte – einen Überblick über die drängendsten globalen Probleme der Gegenwart: Unterentwicklung, Bevölkerungswachstum, Nahrungsmittel und Ressourcen, Umweltkrise, Kriegsgefahr sowie kulturelle Entwicklungsprobleme.

Bei der Analyse der Ursachen dieser Probleme folgt der Autor einem marxistischen Erklärungsansatz, vor allem der Imperialismus- und der Monopoltheorie. Den multinationalen Konzernen und Banken ist als den „Hauptprofiteuren der globalen Probleme“ ein besonderes Kapitel gewidmet. Ein Verdienst der

Studie von Bömer liegt zweifellos darin, daß erstmals in diesem Umfang die breite Diskussion sowjetischer und DDR-Autoren über die gegenwärtigen Weltprobleme einem bundesdeutschen Publikum vorgestellt wird.

Einschränkend vermerkt werden muß allerdings, daß die Ursachenanalyse der einzelnen, oben genannten Probleme sehr unterschiedlich ausgefallen ist. So ist die Erklärung der Ursachen der Unterentwicklung in der Dritten Welt m.E. allzu knapp geraten.

Leider begnügt sich Bömer hier weitestgehend mit dem summarischen Hinweis auf einige Standardwerke sowjetischer und DDR-Wissenschaftler, die bereits Mitte der 70er Jahre publiziert wurden.

Ein solches Verfahren ist freilich weder geeignet, die wissenschaftliche und politische Diskussion über Entwicklungsländerfragen in der Bundesrepublik in der erforderlichen Weise zu beeinflussen, noch wird es dem inzwischen sehr entwickelten und differenzierten Analyseniveau der Entwicklungsländerforschung in den sozialistischen Ländern gerecht, wie es beispielsweise auf einer Konferenz Anfang Februar 1985 aus Anlaß der 100jährigen Wiederkehr der Berliner Kongo-Konferenz in Berlin/DDR deutlich wurde.

Auch ist es zumindest fraglich, ob – wie der Autor es tut – bei einer grundsätzlichen Erörterung von Problemen der Unterentwicklung auf die Aneignung der Forschungsergebnisse von Wissenschaftlern aus der Dritten Welt selbst verzichtet werden kann.

Bei der Einschätzung der Bevölkerungsproblematik schließlich (die mit fast doppelt soviel Seiten als die Ursachen der Unterentwicklung übergebührlich viel Platz zugewiesen bekam) hätte m.E. schärfer herausgearbeitet werden müssen, daß von einem „Problem“ hier höchstens in Bezug auf die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und Produktionsstrukturen in den meisten Ländern der Dritten Welt gesprochen werden kann, die nicht in der Lage sind, die schnell wachsende Bevölkerung in ausreichendem Maße zu ernähren und zu beschäftigen. Explizit bevölkerungspolitische Maßnahmen können somit bestenfalls stützende Bedeutung haben.

Die Stärke des Bandes liegt gegenüber derartigen Veräumnissen in den äußerst interessanten Überlegungen zum Problem der Definition gesellschaftlicher, objektiver oder „falscher“ Bedürfnisse, die – würden sie hierzulande nur zur Kenntnis genommen – der ausufernden Diskussion um sog. Grundbedürfnisstrategien in der Entwicklungspolitik ein solideres Fundament geben könnten.

Auch die Kritik des Autors an den unterschiedlichen imperialistischen Lösungsvarianten der globalen Probleme trifft die entscheidenden Punkte der aktuellen ideologischen Auseinandersetzung.

Das Schlußkapitel schließlich, in dem nach Ansätzen einer marxistischen Strategie zur Lösung der globalen Probleme gefragt wird, gehört zu den erfreulichsten Seiten des vorliegenden Buches. Dabei wird u.a. deutlich, daß die Diskussion um gesellschaftliche Alternativen zum herrschenden Status quo in der Bundesrepublik – beispielsweise die Diskussion um Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik – in weit stärkerem Maße mit internationalen, letztlich globalen Fragen verstrickt werden muß, als dies bislang der Fall ist.

Rainer Falk

8. Mai 85



Katalog

zum

Thema

kostenlos



Coupon

Ja, senden Sie mir die kostenlose 'media revue' mit dem kompletten Angebot.

'media revue'
68 Seiten. Bücher,
Videos, Zeitungen,
Schallplatten,
Zeitschriften
und Reisen.

Einsenden an:

Volksversand
Bücher, Videos, Platten
Postfach 101848, 6000 Frankfurt/Main.

Diskussion zur PLO

Gegen das Scheuklappendenken

Entgegnung zu den Leserbriefen von L. Heinrich (AIB 2/1985, S. 39) und U. Schnell (AIB 3/1985, S. 40) zu meinem Artikel über den 17. Palästinensischen Nationalrat (AIB 1/1985, S. 33ff.)

Wenn Lothar Heinrich in seiner Entgegnung zu meinem Bericht über den 17. Palästinensischen Nationalrat ein wenig voreilig glaubt, mir auf Grund meiner „scheinbaren Neutralität“ eine politische Identifikation mit dem rechten Mehrheitsflügel der PLO in die Schuhe schieben zu können, so verlange ich von ihm zumindest eine sich nicht selbst relativierende „Beweisführung“ für diese – mir zugegebenermaßen unverständliche und etwas plump anmutende – Schubladeneinordnung.

Für eine perspektivisch-zielorientierte Fortentwicklung der PLO-Politik, ist nämlich das dogmatische Festhalten an der Konzeption des bewaffneten Kampfes, unter Nichtberücksichtigung der seit der israelischen Libanon-Aggression von 1982 nun einmal erheblich veränderten Rahmenbedingungen, genauso kontraproduktiv wie die falsch verstandene – aus ideologischer Überhöhung resultierende – Beschwörung einer absoluten palästinensischen Einheit.

Lothar Heinrich scheint diesen Zusammenhang selbst nicht ganz leugnen zu können, spricht er doch von der zweifelhaften Garantie für den Erfolg des in der gegenwärtigen Situation nur unter äußerst schwierigen Bedingungen durchführbaren bewaffneten Kampfes.

Zweifellos ist die Skepsis an der politisch-diplomatischen Durchsetzbarkeit der auf dem 17. PNR eingeleiteten und mit der sog. Aktionsformel vom Februar inhaltlich konkretisierten Hussein-Arafat-Initiative nur allzu gerechtfertigt; und niemals darf die bereits im Schwarzen September 1970 deutlich gewordene US-imperialistische und jordanische Interessenidentität vergessen werden. Es soll sich aber dennoch niemand mehr in die eigene Tasche lügen und so tun, als wenn Israels kolonialen Expansionsgelüsten zum momentanen Zeitpunkt durch eine Reaktivierung des militärischen Kampfes erfolgreicher begegnet werden könnte. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Syrien so gut wie nichts unversucht läßt, einer effizienten Wiederaufnahme des palästinensischen Widerstandskampfes im Süd-Libanon, jeden erdenklichen Riegel vorzuschieben.

Ungeachtet der in der Tat nicht sonderlich glücklichen und wenig erfolversprechenden palästinensisch-jordanischen Kooperation, sollte man sich dennoch davor hüten, Arafat vorschnell als antiimperialistischen Verräter der palästinensischen Revolution zu zerreißen.

Nichts erscheint Arafat und seinem Einsatz für die Interessen des palästinensischen Volkes weniger gerecht zu werden, als solch eine von politischer Ignoranz und kleinkariertem Scheuklappendenken strotzende Position. Den Kritikern, die Arafat u.a. eine Abweichung von der antiimperialistischen Politik Syriens bezichtigten, sei einmal die eindringliche Lektüre des palästinensisch-jordanischen Abkommens vom 11. Februar d.J. empfohlen. Die ausdrückliche Bezugnahme auf die Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von

Fez aus dem Jahre 1982, denen bekanntlich auch der syrische Staatschef Assad zugestimmt hat, sowie die Forderung nach einem unabhängigen Palästinenserstaat bzw. einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz unter Beteiligung der fünf Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (d.h. der Einbeziehung der Sowjetunion!) lassen den Vorwurf einer kapitulationalistischen Politik Arafats als nicht eben sonderlich überzeugend erscheinen.

Es sind vor diesem Hintergrund weniger inhaltlich-politische, als vielmehr methodische Differenzen, welche Syrien um eine weitere erfolgreiche Instrumentalisierung der PLO und der Palästinafrage für seine Ränkespiele auf der interarabischen Rivalitätenbühne fürchten lassen.

Ohne Zweifel bleiben Syrien und vor allem die Sowjetunion auch weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung einer gerechten und dauerhaften Friedenslösung im Nahen Osten. Seitens der PLO erscheint aber das postulierte Junktim zwischen einer möglichen Aussöhnung mit Syrien und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bzw. der syrischen Respektierung einer unabhängigen PLO-Politik durchaus verständlich und legitim.

Georg Stein, Heidelberg

Nicht objektiv und unlogisch

Der Bericht über den 17. Nationalrat von Amman (AIB 3/1985, S. 14ff.) schien mir absolut nicht objektiv und in einigen Stellen unlogisch aufgebaut. Ein derartig plumper Antiamerikanismus, dazu prosovjeteische Desinformation, gehören nicht in eine antiimperialistische Zeitschrift. Der Autor behauptet sicherlich richtig, daß der israelische Angriff und die Besetzung des Südlibanon die PLO nicht zerstörte. Im gleichen Abschnitt sagt er aber, daß dies Syrien verhindert hätte.

Syrien war jedoch das Land, das mit ziemlich allen anderen arabischen Staaten die PLO im Stich ließ. Syrien war ebenfalls die treibende Kraft, die PLO in zwei Lager zu spalten. Sie bekämpfte die offizielle PLO und zwang sie zum Abzug aus dem Libanon.

Im Grunde genommen, so glaube ich, hat kein arabisches Land ein Interesse daran, die Palästinenser ernstzunehmen und sie in ihrem Kampf um ein neues Palästina zu unterstützen. Was sich bisher an Unterstützung für die PLO ergab, diente allenfalls dem Kampf gegen Israel in Bezug auf die ideologische Rivalität.

Abu Iyad, Stellvertreter Arafats, sagte in einem Interview, daß er sich in Zukunft auf kein arabisches Land mehr verlassen werde. Die PLO hätte sich, so Abu Iyad, in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten eingemischt und einen palästinensischen Egoismus gezeigt. Die PLO befindet sich in einem gespaltenen Zustand. Was sie braucht sind keine Lippenbekenntnisse, auch nicht von der UdSSR, sondern eine Macht, die die Interessen der PLO ernsthaft unterstützt.

Hans Christof Wagner, Heitersheim

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Südafrika-Prozesse

Am 28. März d.J. begann in Südafrika der Prozeß wegen Hochverrats gegen 16 führende Vertreter der Vereinigten Demokratischen Front (UDF). Dies ist der Versuch, den in Südafrika erstarkenden und sich verbreiternden Widerstand mit Hilfe eines politischen Schauprozesses zurückzudrängen.

Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), die Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland und andere Organisationen haben dazu aufgerufen, die bundesweite Mahnwachen-Koordination für südafrikanische politische Gefangene zu unterstützen. Vor der südafrikanischen Botschaft in Bonn, in Stuttgart und Westberlin fanden Ende März d.J. bereits Mahnwachen statt, an denen sich u.a. Abgeordnete der SPD und der Grünen, Gewerkschaftsfunktionäre und Kirchenvertreter beteiligten.
(Informationen bei: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1)

Afrika-Spenden

In der Fernsehsendung des WDR „Gesucht wird ... eine 100-Millionen-Spende“, die am 28.3.1985 ausgestrahlt wurde, fragte der Journalist Wolfgang Korruhn nach dem Verbleib der Spenden, die am sog. „Afrika-Tag“, dem 21. Januar 1985, von den Hilfsorganisationen zur Linderung des Hungers in Afrika gesammelt wurden.

Er stellte fest, daß der überwiegende Teil der Spenden nicht direkt und sofort – wie die Spendenwerbung lautete – den Hungernden zugute kam. Das Geld läge vielmehr auf den Bankkonten der großen Hilfsorganisationen und solle bei zukünftigen mittel- und langfristigen Projekten eingesetzt werden.

Der Journalist enthüllte außerdem, daß Transportunternehmen und auf Katastrophenhilfe spezialisierte Firmen erhebliche Profite einstreichen und somit jede Tonne Nahrungsmittel das Doppelte ihres ursprünglichen Wertes kostet.

Mehrere Hilfsorganisationen protestierten gegen den Fernsehfilm, ohne jedoch auf den eigentlichen Vorwurf einzugehen, daß die Spender bewußt mit dem Soforthilfe-Argument hinter Licht geführt wurden.

Friedensbewegung

An den Ostermärschen der Friedensbewegung haben sich in diesem Jahr mindestens 400.000 Menschen in 120 Städten und Dörfern beteiligt.

Damit hat die Friedensbewegung einmal mehr die Hoffnungen derjenigen Lügen gestraft, die nach Stationierungsbeginn der Pershing II ihr Zerfallen vorausgesagt hatten.

Wichtige Forderungen der Ostermarschierer waren ein Stopp der Stationierung, ein Nein zur Militarisierung des Weltraums, die Kürzung der Rüstungsausgaben und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Stärker repräsentiert als in den vergangenen Jahren waren bei den diesjährigen Aktionen Christen, Gewerkschafter und Sozialdemokraten.

Kurz danach, am 12. April d.J., hat der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung die

Durchführung einer Strategiekonferenz beschlossen, die am 16./17. Juni d.J. in Köln stattfinden soll. Dort sollen die gegenwärtigen Aufgaben der Friedensbewegung und die verschiedenen Aktionsformen diskutiert sowie möglichst gemeinsame Positionen erarbeitet werden.

Proteste gegen Stroessner

Der offizielle Staatsbesuch des Diktators von Paraguay, Alfredo Stroessner, der auf Betreiben des bayrischen Landespräsidenten und CSU-Vorsitzenden Strauß Anfang Juli d.J. stattfinden soll, stößt im In- und Ausland auf immer stärkere Proteste.

Vertreter von SPD, Grünen und selbst der außenpolitische Sprecher der FDP, Schäfer, sprachen sich gegen den Besuch aus. Amnesty international kündigte Aktionen an, um auf die Menschenrechtsverletzungen in Paraguay hinzuweisen.

Mitte März d.J. wurde Außenminister Genscher bei einem Besuch in Uruguay von paraguayischen Oppositionellen aufgefordert, den Besuch abzusagen. Der ehemalige venezuelanische Präsident und stellvertretende Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Carlos Andres Perez, kündigte eine Kampagne gegen die Visite an. Gleichfalls verurteilte am 19.4.1985 das Europaparlament den Stroessner-Besuch.

Nichtsdestotrotz will Kanzler Kohl nicht zurückweichen. Graf Huyn (CSU) befürwortete gar die Staatsvisite mit dem Hinweis, daß Stroessner ein Freund der USA und der „erbiterteste Antikommunist in Lateinamerika“ sei. Daß man allerdings in Bonn beginnt, kalte Füße zu bekommen, darauf läßt die Mitteilung schließen, daß sich Außenminister Genscher und Bundespräsident von Weizsäcker Anfang Juli 1985 im Ausland aufhalten würden.

Haiti – Menschenrechte

Die langjährigen massiven Menschenrechtsverletzungen in Haiti haben amnesty international (ai) dazu bewogen, das Augenmerk der internationalen Öffentlichkeit verstärkt auf dieses Land zu lenken. Zum Auftakt der Haiti-Kampagne veröffentlichte ai im März d.J. einen 48seitigen Kurzbericht über die Menschenrechtssituation in Haiti.

Die in dem Bericht aufgeführten Verstöße reichen von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen über Gefangenenmißhandlungen und systematische Folter bis hin zum politischen Mord. Die Opfer der Repressionspolitik des Duvalier-Regimes sind in erster Linie Mitglieder oppositioneller Parteien und Gruppierungen, kritische Journalisten, Kirchenmitarbeiter und Gewerkschafter sowie Verbindungsleute zu haitischen Exilorganisationen.

Nach Angaben von ai hat das „Verschwindenlassen“ von Regimegegnern zwar seit 1977 im Ausmaß abgenommen, gehört aber nach wie vor zu den – nun lediglich selektiver eingesetzten – Repressionsmaßnahmen des Regimes. Gleiches gilt für die politischen Morde an Oppositionellen.

Die Haiti-Broschüre ist über amnesty international, Heerstr. 178, 5300 Bonn 1 zu beziehen.

... die mit der Rasierklinge!



Jugendpolitische Blätter – angriffslustig, links, streitbar.

Unsere Themen im Mai:

Läuft der Gewerkschaftsjugend die Jugend davon? Junge Gewerkschafter im Interview, Erfahrungsberichte; Reagan redet zur Jugend; Weltraumrüstung; CDU und Frauen; Wehrdienstverlängerung; im Interview: Helga Genrich (FRIEDENSLISTE NRW) u. v. m.

Unsere Themen im Juni:

Welche Zukunft haben wir? Globale Probleme: Rüstung, Hunger, Bevölkerungsentwicklung, Energie, Ökologie; Rechtsregierung und Neokolonialismus; das Schlesier-Treffen und die Lüge von der Vertreibung; was Mädchen denken; u. v. m.

Außerdem in jedem Heft:

Kongreß-Berichte, Dokumente, Meldungen, Service.

Alles für nur DM 4,-.
Jetzt anfordern bei:
Jugendpolitische Blätter
Asselner Hellweg 106 a
4600 Dortmund 13



Irakische Artillerie beschießt iranische Stellungen

Irak-Iran

Im März/April 1985 kam es nach einer mehrmonatigen Ruhepause zu einer erneuten Eskalation im Golfkrieg. Erstmals seit dem Frühjahr 1984 traten iranische Bodentruppen (Stärke 100.000 Mann) Mitte März d.J. zu einer Offensive durch die Huwaisa-Sümpfe an. Es gelang ihnen allerdings nicht, die strategisch hochbedeutende Straße Basrah-Bagdad zu besetzen. Die Verluste dieser Offensive „Badr“ fielen immens aus: 40.000 Iraner und 4.000-10.000 Iraker fielen.

Gleichzeitig wurde der „Krieg der Städte“, d.h. der Luftkrieg mit Bombenflügen und Raketenbeschuss, dramatisch ausgeweitet. Teheran, Bagdad und andere Zentren beider Länder wurden ständig Zielscheiben von Angriffen auf Wohnviertel, Industrieanlagen usw., die auf beiden Seiten etwa 5.000 Opfer unter der Zivilbevölkerung forderte.

UN-Generalsekretär Perez de Cuellar's Vermittlungsversuch, das iranisch-irakische Abkommen vom Juni 1984 über einen Angriffsstopp gegenüber zivilen Zielen wieder inkraft zu setzen, scheiterte am Nein Bagdads. Das Hussein-Regime will alle Mittel einsetzen, um die Gegenseite zu Friedensverhandlungen zu zwingen.

Die iranische Führung hingegen mag nur das erwähnte Kriegsbegrenzungsabkommen erneuern: Beendigung der Angriffe auf Öltanker im Golf, auf Passagierflugzeuge und Wohngebiete. Einen Waffenstillstand an der Front und Friedensverhandlungen aber lehnt sie weiter ab, solange Saddam Hussein im Amt sei.

Während das iranische Parlament (am 7. März), Khomeinis Verteidigungsrats-Beauftragter Rafsanjani u.a. die zügige Vorbereitung einer „Endoffensive“ forderten, gab es in Teheran (10.000 am 11.4.1985), Hamadan, Sussangerd und anderen Städten erstmals größere Protestdemonstrationen gegen eine Fortsetzung des Krieges.

Namibia

Der südafrikanische Präsident Pieter Botha hat am 18. April d.J. angekündigt, in Namibia eine Interimsregierung zu bilden. Der Generaladministrator Willie van Niekerk soll allerdings weiter für die Gesetzgebung und Pretoria für die Außen- und Verteidigungspolitik zuständig bleiben.

Dieser Vorschlag wurde im März d.J. der Regierung Botha von einer Kommission unterbreitet, der führende Vertreter der namibischen Wirtschaft und Politik angehören. Unterstützt wird der Plan von der Vielparteienkonferenz (MPC), die die Minister stellen soll. Ihr gehören die Demokratische Turnhallen-

allianz (DTA) von Dirk Mudge, der SWANU-Flügel um Moses Katjunga, die SWAPO-Demokraten von Andreas Shipenga, die Labour-Partei, die Rehoboth-Befreiungsfront und die Nationale Partei an.

Der Vorsitzende der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), die vor 25 Jahren am 19.4.1960 gegründet wurde, bezeichnete den Plan als „koloniale Nebelwand“, mit der „die Schaffung einer Marionettenregierung vernebelt“ werden solle. Eine Namibia-Konferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen verurteilte am 19.4.1985 ebenso wie die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) den Plan Pretorias und forderte den UN-Sicherheitsrat auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die UN-Resolution 435 von 1978 zu verwirklichen. Sie sieht die Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit und die Abhaltung von Wahlen unter Kontrolle der UNO vor.

Französische Kolonien

Vom 5.-7. April d.J. fand im französischen „Überseedepartement“ Guadeloupe die „erste Unabhängigkeitskonferenz der letzten Kolonien Frankreichs“ statt.

Die Vertreter der Volkunion für die Befreiung Guadeloupes (UPLG), des Nationalrats des Volkskomitees Martiniques, der Guayanischen Arbeiterunion (UTG), der Unabhängigkeitsbewegung von Réunion (MIR), der Demokratischen Front der Komoren und der Kanakischen Sozialistischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS) verlangten von Frankreich die Anerkennung des Rechts ihrer Länder auf politische Unabhängigkeit und Selbstverwaltung. Der Entkolonialisierungsausschuß der UNO wurde aufgefordert, die französischen Überseegebiete auf die Liste der in die Unabhängigkeit zu entlassenden Kolonien aufzunehmen. Als Kontaktstelle der Unabhängigkeitsbewegungen der weit voneinander entfernten Länder wurde die Errichtung eines Verbindungs- und Informationssekretariats in Paris beschlossen.

Honduras

Im Zusammenhang mit der Besetzung des Obersten Gerichtshofs ist es in Honduras Ende März/Anfang April d.J. zu einer innenpolitischen Krise gekommen. Fünf Richter wurden wegen des Verdachts auf Korruption und Bestechlichkeit vom Parlament abgesetzt und durch neue ersetzt.

Für diese Entscheidung stimmten auch Teile der Parlamentsfraktion der Liberalen Partei des Präsidenten Suazo Cordova. Dieser ließ daraufhin den neuen obersten Richter verhaften und durch einen Strafrichter die Aufhe-

bung der Immunität der 53 Abgeordneten betreiben, die für die Absetzung der von ihm ernannten Richter gestimmt hatten. Sie sollen des Hochverrats angeklagt werden.

Im Gegenzug billigte das Parlament ein Amnestiegesetz, um den Richter freizubekommen. Der Präsident legte gegen dieses Gesetz ebenso sein Veto ein wie gegen ein neues Wahlgesetz, das Vorwahlen für die Aufstellung von Kandidaten für die anstehenden Präsidentschaftswahlen vorsieht.

Hintergrund für diese Verfassungskrise sind Rangeleien in der Liberalen Partei um die Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen. Dabei spielt auch der Widerstand von Teilen der Partei gegen die Unterwerfung unter Washingtons Kriegskurs eine Rolle.

Brasilien

Das in den Jahren 1975/76 zwischen der BRD und Brasilien abgeschlossene Atomabkommen ist zumindest teilweise in Frage gestellt. Es sah die Einrichtung eines kompletten Brennstoffkreislaufs in Brasilien – von der Uranerzgewinnung bis zur Wiederaufbereitungsanlage – und den Bau von acht Atomkraftwerken vor. Das Bergbau- und Energieministerium Brasiliens arbeitet gegenwärtig an einer Studie über den voraussichtlichen Energieverbrauch des Landes und an Vorschlägen zur Abänderung der Vereinbarungen mit der BRD. Nicht zuletzt wegen Finanzierungsschwierigkeiten sieht sich Brasilien heute nicht mehr in der Lage, das 18,4-Mrd-Dollar-Abkommen zu realisieren.

Die von der Siemens-Tochtergesellschaft KWU (Kraftwerk Union AG) zu erstellenden Kraftwerke Angra II und III sollten nach bisherigen Vorstellungen bis 1990 bzw. 1992 in Betrieb genommen werden. Jedoch sind für Angra III noch nicht einmal die Bauaufträge erteilt und der Fertigstellungstermin von Angra II wird aufgrund des Geldmangels verschoben werden.

Peru

Bei den Präsidentschaftswahlen in Peru konnte Alan Garcia, der Kandidat der sozialdemokratischen Amerikanischen Revolutionären Volksallianz (APRA), einen überragenden Wahlsieg erringen (siehe AIB 4/1985, S. 47ff.). Er erreichte ca. 49% der Stimmen. Auf den Zweitplazierten Alfonso Barrantes

Der peruanische Wahlsieger A. Garcia feiert mit seinen Anhängern



von der Vereinigten Linken (IU) entfielen 23-24%. Alva Orlandini, den Kandidaten der Volksaktion (AP), der Partei des jetzigen Präsidenten Belaunde Terry, der 1980 47% aller Stimmen erhalten hatte, wurde von ca. 5% der Peruaner gewählt. Auf den Parteiführer der ebenfalls an der Regierung beteiligten Christlichen Volkspartei (PPC), Luis Bedoya, entfielen ca. 12%. Weitere fünf Kandidaten erhielten zusammen weniger als 3% der Stimmen.

Da die Stimmenausschüttung erst im Mai d.J. abgeschlossen sein wird, ist noch nicht sicher, ob Garcia mehr als 50% erreicht hat und somit eine Stichwahl zwischen ihm und Barrantes im Juni d.J. überflüssig sein würde.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Senat und zur Abgeordnetenversammlung hat die APRA erstmals seit ihrer Gründung (1924) jeweils die absolute Mehrheit erreicht. Trotz Boykottaufrufen durch die maoistische Guerillaorganisation Leuchtender Pfad beteiligten sich ca. 90% der Wahlberechtigten an den Wahlen.

Um der Wirtschaftskrise Herr zu werden, hat Garcia angekündigt, ein Schuldenmoratorium zu verhängen, Importe zu erschweren und die Nahrungsmittelproduktion zu fördern.

Bolivien

Vom 8.-23. März 1985 fand einer der längsten Generalstreiks der bolivianischen Geschichte statt. Auslöser waren die Hiobsbotschaften über den Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung der Minenarbeiter und eine Preiserhöhung für öffentliche Verkehrsmittel, Benzin und Lebensmittel um bis zu 450%, die bereits am 9.2.1985 verkündet wurde. Allein im Januar d.J. betrug die Inflation 85%, was aufs Jahr umgerechnet einer Rate von 116.000% entspricht. Die Gewerkschaftszentrale COB forderte insbesondere eine Kopplung der Löhne an die Inflation, die Sicherstellung der Versorgung, Preiskontrollen und schließlich den Rücktritt der Regierung Siles Suazo.

12.000 Bergarbeiter besetzten die Hauptstraßen der Hauptstadt La Paz. 150.000 Bauern blockierten die Zufahrtsstraßen. Die Regierung setzte erstmals das Militär gegen die Streikenden ein. Durch Vermittlung der Kirche konnte schließlich ein Kompromiß erzielt werden, der eine Erhöhung des Mindestlohns von 1,1 Mio Pesos (40 DM) auf 4,2 Mio Pesos (150 DM) vorsieht. Am 1. April d.J. trat

eine Anpassungsklausel an die Inflation in Kraft.

Die für Juni d.J. vorgesehenen Parlamentswahlen mußten wegen des Streiks auf den 14.7.1985 verschoben werden. Dem ehemaligen Diktator Hugo Banzer werden große Chancen eingeräumt, zum neuen Präsidenten gewählt zu werden.

Um dies zu verhindern, haben sich mehrere Linksparteien Mitte April d.J. zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen. Es handelt sich dabei um die Kommunistische Partei Boliviens (PCB), die Revolutionäre Partei der Nationalen Linken (PRIN) des COB-Vorsitzenden Juan Lechin, zwei Fraktionen der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und andere in der COB vertretene Linksparteien.

Mexiko

Ende März d.J. wurde zwischen Mexiko und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) eine Vereinbarung über die Gewährung eines neuen IMF-Kredits in Höhe von 1,2 Mrd Dollar erzielt.

Mexiko, dessen Außenverschuldung 96 Mrd Dollar beträgt, erklärte sich bereit, das Haushaltsdefizit auf 4,2% des Bruttosozialprodukts zu senken. Um dies zu erreichen, ist der erneute Abbau von Subventionen und Preiskontrollen notwendig. Opfer dieser Sparpolitik sind vor allem die unteren Einkommensklassen und Arbeitslosen. Ohnehin leben ca. 50% der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums.

Mexiko erklärte sich außerdem zur weiteren Abwertung des Peso gegenüber dem Dollar und zur Liberalisierung des Außenhandels bereit. Diese wirtschaftspolitische Absichtserklärung der Regierung der la Madrid ermöglichte zudem am 29.3.1985 die Unterzeichnung eines Abkommens über die Umschuldung von 48,7 Mrd Dollar zwischen Mexiko und einem Konsortium von 550 Privatbanken. Es ist das größte Umschuldungsabkommen, das je zwischen Banken und einem Entwicklungsland zustandekam.

Indien

Die indische Regierung hat Anfang April d.J. bei einem Gericht in New York den US-Chemiekonzern Union Carbide auf Schadensersatz verklagt. Anfang Dezember 1984 hatte eine Wolke hochgiftiger Chemikalien aus einer Anlage des Unternehmens in der zentralindischen Stadt Bhopal über 2.000 Einwohner getötet und schätzungsweise weiteren 200.000 Menschen schwere gesundheitliche Schäden zugefügt (siehe AIB 2/1985, S. 27f.).

In der Klageschrift wird betont, daß als direktes Resultat der Nachlässigkeit und der Verheimlichung von Sicherheitsproblemen durch die Leitung des Unternehmens „tausende Menschen in Bhopal und der Umgebung einen qualvollen, schleichenden Tod sowie schwere und dauerhafte Verletzungen erlitten haben“. Die US-Firma hatte der indischen Regierung zuvor das Angebot unterbreitet, in einem außergerichtlichen Vergleich den Opfern der Giftgaskatastrophe 200 Mio Dollar zu zahlen. Bedingung dafür sei allerdings, daß die Summe über den Zeitraum von 15 Jahren gezahlt werde und die indische Regierung nicht den Rechtsweg gegen das Unternehmen beschreite. Indiens Regierung hat diese Bedingungen jedoch rundheraus abgelehnt.

Am 16. April d.J. hat unterdessen in New York ein Prozeß gegen Union Carbide begonnen, der von US-Anwälten angestrengt wurde, welche sich die Vertretungsrechte von Hinterbliebenen und Opfern sicherten. Sie haben den Konzern auf Schadensersatz in Höhe von 15 Mrd Dollar verklagt. Das US-Berichtsgericht in Manhattan muß zuerst über seine Zuständigkeit entscheiden, die von Union Carbide bestritten wird.

Kampuchea

Bis Ende dieses Jahres sollen ein Drittel und bis 1995 alle vietnamesischen Freiwilligenverbände aus Kampuchea abgezogen werden. Dies erklärte der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach Mitte April d.J. in Hanoi. Im April d.J. begann der Abzug von 15.000 Soldaten. Eine ähnliche Position bezog sein kampucheanischer Amtskollege Hun Sen in einem Interview mit der US-Zeitschrift Newsweek (8.4.1985). Er erklärte außerdem, daß im Falle einer Verhandlungslösung der Abzug wesentlich schneller stattfinden könnte.

Der schrittweise vietnamesische Truppenabzug ist vor allem durch die militärischen Erfolge gegen die Verbände der „Roten“ und „Weißen Khmer“ möglich geworden. Am 11.3.1985 war mit Tatum, dem Hauptquartier der Truppen Prinz Sihanouks, ihre letzte Bastion gefallen. Um den Niedergang der Rebellen aufzuhalten, hat am 10.4.1985 der Auswärtige Ausschuß des US-Präsidentenhaus eine Militärhilfe in Höhe von 5 Mio Dollar gebilligt. Davon sollen allerdings die Banden Pol Pots („Rote Khmer“), die China finanziert, ausgenommen werden.

Chile: Ein Folterer packt aus



Interview mit Andres Valenzuela Morales, Mitglied der Geheimpolizei der chilenischen Luftwaffe.

Das in Chile geführte Interview mit einem Folterer, der von 1974-1984 tätig war, gibt Aufschluß über die Foltermethoden und über die Schicksale mehrerer Verschwundener. Die 40seitige Broschüre kann für 2 DM bezogen werden bei:

Deutsch-Chilenisches Kulturzentrum e.V., Osterbekstr. 68, 2000 Hamburg 76



D 7426 E Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg



BERNT ENGELMANN
HANS VAN OOYEN (HG)

ÜBER DEN HASS HINAUS...

TEXTE ZUM 8. MAI 1945

Mit Texten von:
Alfred Andersch
Heinrich Böll
Wolfgang Borchert
Bert Brecht
Alfred Döblin
Thomas Mann
Gerd Fuchs
Nazim Hikmet
Peter Härtling
Ernest Hemingway
Pablo Neruda



und vielen
anderen

WELTKREIS-VERLAG
POSTFACH 789
46 DORTMUND 1

links lesen

APRIL '85

THEMENSCHWERPUNKT:

ISRAEL - PALÄSTINA
Antizionismus und Anti-
judaismus, die Identität
oppositioneller Juden in
Israel, neuer Nationalis-
mus und völkisches Den-
ken, die PLO seit 1982,
u.v.m.

Bernd Rabehl zu HOCH-
SCHULE UND LINKER IN-
TELLIGENZ.

IRING FETSCHER: Prinzip
Hoffnung - Prinzip Ver-
antwortung.

Michael Rediske: ein
Beitrag zur Debatte um
NICARAGUA.

Peter Glotz und Oskar
Lafontaine - eine fiktive
Unterhaltung, montiert
von Ludi Lodovico.

Kommentare zu den
WAHLEN u.v.m.

'links' - die sociali-
stische Monatszeit-
schrift.

links lesen

zu beziehen über: 'links', Postfach 591, 6050
Offenbach 4. Probeexemplar kostenlos!

Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w, Nr. 124/März 1985

Themenswerpunkt: Ökologie und 3. Welt ● Die ökologische Krise in Indien und soziale Bewegung ● Die Zerstörung der tropischen Regenwälder ● Umweltprobleme der Großstadt Kuala Lumpur ● Nachrichten und Berichte: Peru ● Chile ● Neukaledonien ● Nicaragua ● Libyen ● Die Äthiopisierung der Hungerberichterstattung ● Weder Bettler noch Schweine
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM

Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Brasilien Nachrichten, Nr. 85/1984

Gewerkschaften in Brasilien: Streiks bei Multis ● Streik der Landarbeiter ● Brasilianische Gewerkschafter besuchen die BRD ● Kirche und Gewerkschaft ● Deutsches Kapital in Brasilien ● Geschichte der Sozialpakte ● Geschichte der Arbeiterbewegung ● CPT klagt an ● Indianerkampagne
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM

Bezug: Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 89/März 1985

Weltwirtschaftsgipfel: Literatur, Aktionstheater ● Aufruf zur Aktion „12 vor 5“ zur Deutschen Bank ● Protokoll der KA-Sitzung ● Pharma-Brief ● Afrika-Forum (Treffen von Afrika-Solidaritätsgruppen) ● Mosambik/BRD ● Äthiopien ● Guatemala-Infostelle ● Frauenseminar
Einzelpreis 3 DM; Abo 18 bzw. 30 DM

Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 136/April 1985

Nicaragua: Reagans Rechtsverständnis ● Chile: Das Erdbeben und die Folgen ● Brasilien: Mörderische Rohstoffgier ● Puerto Rico: Giftkatastrophe ● Paraguay-BRD: Stroessner-Besuch ● Honduras: Folter ● Guatemala: Counterinsurgency Politik ● Grenada ● Mexiko: Opposition ● Kolumbien: Selbsthilfe ● Peru: Wahlen ● Mittelamerika: Friedensmarsch
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2/März 1985

Schwerpunkt: Südafrika - Perspektiven des Widerstands ● Botschaft des ANC ● Anschläge des ANC ● Aktionsbündnis ● Hochverratsprozess gegen UDF-Führer ● Interviews mit: P. Lekota (UDF), A. Boesak (UDF), N. Alexander (NF) ● UDF und NF: Politische Kontraste ● 5. Kongreß der AZAPO ● Widerstand der Schüler und Studenten ● Deutsche Gewerkschafter: Sanktionen jetzt! ● Gewerkschaften und Politik ● Mosambik: Konferenz der OMM ● Pressekampagne gegen AAB
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

ila-info, Nr. 84/April 1985

Schwerpunkt: Bolivians Gewerkschaften contra IWF ● Bauerngewerkschafterin über die politische Zukunft des Landes ● Die Bewohner von Mexiko-Stadt atmen dicke Luft ● Alltag in einem Armenviertel in Mexiko-Stadt ● Berichte und Hintergründe: Deutsches Kapital in Brasilien (2) ● Paraguay ● Surinam ● Weltwirtschaftsgipfel
Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM

Bezug: ila, Römerstr. 88, 5500 Bonn

Peripherie, Nr. 18-19/Herbst-Winter 1984

Kulturelle Identität und Nationalstaat ● Nationalismus: Diskussion und Forschung ● Vorderer Orient: Kommunistische Bewegungen ● Islam und soziale Bewegung ● Irak/Iran ● Mosambik: Nationale Integration? ● Mythos von Stamm und Nation

Einzelheft 9 DM; Doppelheft 16 DM; Abo 30 bzw. 60 DM

Bezug: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61